



Die Stellung der Gewerkschaften zur socialpolitischen Gesetzgebung.

Von

Carl Legien.

(Berlin.)

Die Meinung, dass mit dem Ausbau der socialpolitischen Gesetzgebung, insbesondere durch den Ausbau der staatlichen Arbeiterversicherung, den Gewerkschaften das Tätigkeitsgebiet eingeengt werde, ist eine durchaus irrige und durch die Tatsachen längst widerlegte. Man kann im Gegentheil sagen, dass die Gewerkschaften ein wesentliches Interesse an der Entwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung haben und dass ihnen durch diese, wie auch durch die Arbeiterversicherungsgesetzgebung neue Tätigkeitsgebiete eröffnet werden. Die Arbeiterschutzgesetzgebung trägt dazu bei, den Bestand dessen, was die Gewerkschaften den Unternehmern abgerungen haben, zu sichern, während die Arbeiterversicherung den Gewerkschaften die Pflicht auferlegt, an den Wahlen für die Vertretung der Arbeiter in den verschiedenen Versicherungszweigen sich zu beteiligen und durch diese Vertretung in der Praxis den Nachweis der Mangelhaftigkeit dieser Gesetze zu liefern.

Die letzten zwei Jahre haben auf dem Gebiet der Socialpolitik nur eine geringe Ausbeute gebracht. Selbst wenn man von den dem Reichstag vorgelegten und grösstenteils erledigten Gesetzen noch die als zur socialen Gesetzgebung gehörend rechnet, welche nicht unmittelbar auf die Lage der Arbeiter im allgemeinen oder die bestimmter Berufe einwirken, ist das Ergebnis überaus dürftig. Als solche Gesetze würden zu gelten haben: das Gewerbegerichtsgesetz, das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen, das Gesetz über die kaufmännischen Schiedsgerichte. Das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen hat nur insofern für die Gewerkschaften eine Bedeutung, als durch dasselbe ein Rechtszustand gesetzlich festgelegt ist, der durch Entscheide des preussischen Kammergerichts und Obergerichtes schon seit Ende der achtziger Jahre gegeben war, den aber einzelne Behörden immer wieder zu durchbrechen versucht haben. Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf brachte den Gewerkschaften neue Gefahren, weil es nach dem Wortlaut des Entwurfes möglich war, die ihren Mitgliedern Unterstützung gewährenden Gewerkschaften dem Gesetz und damit der Staatscontrole u. s. w. zu unterstellen.

Die socialdemokratische Reichstagsfraction wies auf diese Gefahr hin und provocierte die Regierung zu der Erklärung, dass das Gesetz auf die Gewerkschaften keine Anwendung finden solle. Es gelang dann auch, eine Bestimmung einzufügen, nach welcher Vereine, die ihren Mitgliedern keinen Rechtsanspruch auf die Unterstützung gewähren, dem Gesetz nicht unterstellt sind. Damit dürften die Gewerkschaften für die Zukunft vor Belästigungen bewahrt sein, welche ihnen viel Arbeit machen und erhebliche Geldopfer auferlegen.

Das Gewerbegerichtsgesetz, wie auch das Gesetz über die kaufmännischen Schiedsgerichte befriedigen die Arbeiter keineswegs. Ganz im Sinne der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter versuchte die socialdemokratische Fraction bei dem ersteren Gesetz einige den Forderungen der Arbeiter entsprechende Bestimmungen hinein zu bringen. So beantragte sie, dass in allen Orten mit 15 000 Einwohnern oder mit 3000 gewerblichen Arbeitern die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch gemacht werden solle. Ferner verlangte sie die Ausdehnung des Gesetzes auf die in Gärtnereien, in der Land- und Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr und im Gesindedienst Beschäftigten, die Herabsetzung der Wahlrechtsgrenze auf das 21. Jahr, die Gewährung des activen und passiven Wahlrechtes an die Arbeiterinnen und die obligatorische Verhältniswahl im Gegensatz zu der Festsetzung der selben durch Ortsstatut. Alle diese Anträge wurden abgelehnt. Es steht zu erwarten, dass Aehnliches auch bei dem Gesetz über die kaufmännischen Schiedsgerichte, das den Reichstag noch beschäftigen wird, geschieht.

Von allgemeiner Bedeutung sind dann ferner die erst in den letzten Monaten vorgelegten Gesetzentwürfe über die Krankenversicherung, den Kinderschutz und die Verwendung von weissem und gelbem Phosphor bei der Fabrikation von Zündwaren. Das erste Gesetz ist nur ein Flickwerk, während es dringend geboten ist und von der Arbeiterschaft gefordert wird, eine grundlegende Aenderung des Krankenversicherungswesens durchzuführen. Eine solche Aenderung, die eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Krankenversicherung bringen muss, würde für die Gewerkschaften bedeutungsvoll sein, weil sie zum Ausbau dieses Unterstützungszweiges in den Gewerkschaften und damit zu deren Befestigung beitragen würde. Auch bei dieser Gesetzesnovelle bemühte sich die socialdemokratische Fraction vergeblich, den Wünschen der Arbeiter entsprechende Verbesserungen einzufügen. Das Wenige, was das neue Gesetz bietet, wird aufgehoben durch die Beschlüsse der Commission, welche die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz beraten hat, die eine Beschränkung der Selbstverwaltung herbeiführen. Auch das Gesetz über den Kinderschutz ist durchaus nicht ausreichend, weil es die Ausbeutung der Kinder in häuslichen Diensten und in der Landwirtschaft nicht beseitigt. Wie bei den anderen Gesetzentwürfen wurde den Wünschen der Arbeitervertreter nicht Rechnung getragen. Ein ausreichender Kinderschutz ist aber für die Gewerkschaften von grösster Bedeutung, weil er nicht nur die Widerstandskraft der Arbeiterclassen erhöht, sondern auch auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter günstig einzuwirken geeignet ist.

Erwähnen wir dann noch die für die seemännische Bevölkerung so tiberaus wichtige Abänderung der Seemannsordnung, so ist die socialpolitische Gesetzesmacherei der letzten zwei Jahre erschöpft. Die Seeleute hatten mit Rücksicht darauf, dass die bisherige Seemannsordnung 30 Jahre lang unverändert bestand, ein Anrecht darauf, dass das Gesetz den modernen Auffassungen über den Arbeitsvertrag entsprechend gestaltet würde. Die Hoffnungen und Erwartungen wurden trotz der Bemühungen der socialdemokratischen Fraction nicht erfüllt, und diese war genötigt, trotz einiger Verbesserungen, welche das neue Gesetz brachte, doch gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Sie handelte hier im vollen Einverständnis mit der gewerkschaftlichen Organisation der Seeleute, welche umfangreiches Material zur Begründung der von den Arbeitervertretern gestellten Forderungen dem Reichstag unterbreitete. Es ist notwendig, zu erwähnen, dass seit mehr als einem Jahrzehnt die socialdemokratische Fraction, angeregt und unterstützt von der Organisation der Seeleute, eine Aenderung der Seemannsordnung herbeizuführen bestrebt war. Schon 1890 brachte sie einen diesbezüglichen Gesetzentwurf bei dem Reichstag ein, und dieselbe Vorlage wurde, entsprechend verbessert und ausgestaltet, dem Reichstag 1893 und 1895 wiederum vorgelegt. Reichstag und Regierung waren demnach über die berechtigten Wünsche der Seeleute ausreichend unterrichtet; trotzdem gelangte das Gesetz in einer Form zur Verabschiedung, die nicht einmal annähernd diesen Wünschen Rechnung trug. Die Vorenthaltung des unbeschränkten Coalitionsrechtes, die drakonischen Strafbestimmungen für Seeleute, welche sich wiederholten Ungehorsams schuldig machen, werden durch die geringen Verbesserungen der bisherigen Gesetzesbestimmungen nicht aufgewogen. Etwas günstiger für die Arbeiter sind die Nebengesetze zur Seemannsordnung, betreffend die Stellenvermittlung der Seeleute, den Bergelohn und die Mitnahme heimzuschaffender Seeleute durch andere Schiffe. Auch einige Aenderungen des Seeunfallversicherungsgesetzes und die dadurch bedingte Aenderung des Statuts der Seeberufsgenossenschaft brachten den Arbeitern einige Vorteile, wenn auch hier keineswegs die berechtigten Forderungen der organisierten Seeleute ausreichend berücksichtigt worden sind.

Zu den socialpolitischen Massnahmen, die zwar nicht durch die gesetzgebende Körperschaft herbeigeführt worden sind, jedoch auf das Drängen insbesondere der Arbeitervertreter in dieser Körperschaft zurückgeführt werden müssen, sind die Bundesratsverordnungen für bestimmte Industriezweige zu rechnen.

In den letzten zwei Jahren wurden von diesen Verordnungen auf weitere zehn Jahre erneuert, aber leider nur ganz unwesentlich verbessert oder erweitert: die Verordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, die gleiche Verordnung für Rohzuckerfabriken etc. und die Verordnung für Walz- und Hammerwerke. Neu erlassen wurde die Verordnung für das Gastwirtsgewerbe, welche unter anderm eine Ruhezeit von 9 Stunden täglich für erwachsene Arbeiter vorsieht und die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen unter 16 Jahren in den Stunden von abends 10 Uhr

bis morgens 6 Uhr, sowie die Bedienung der Gäste durch nicht zur Familie gehörende weibliche Personen unter 18 Jahren verbietet. Diese Verordnung ist an sich, insbesondere aber deswegen nicht als ausreichend anzusehen, weil das Hilfspersonal in den Küchen in die Schutzbestimmungen nicht einbegriffen ist. Die Organisation der Gastwirtsgehilfen war eifrig bemüht, durch Herbeischaffung von Material den Bundesrat zu veranlassen, die Verordnung den Verhältnissen im Gastwirtsgerwerbe und den Wünschen der organisierten Arbeiter entsprechend zu gestalten. Bei allen diesen gesetzlichen Massnahmen waren die betreffenden Berufsorganisationen bestrebt, einen entsprechenden Einfluss zu gunsten der zu schützenden Arbeiterkategorien auszuüben, damit documentierend, dass die Gewerkschaften diesen Massnahmen eine grosse Bedeutung beilegen und in ihnen eine Unterstützung der Bestrebungen der Gewerkschaften und eine Erleichterung der Erfüllung ihrer Aufgaben sehen.

Eine weitere, wohl anzuerkennende, aber gleichfalls nicht befriedigende Verordnung ist die über Einrichtung und Betrieb der Anlagen zur Vulcanisierung von Gummiwaren. Auch die Verordnung über die Führung von Lohnbüchern in der Kleider- und Wäscheconfection wird der Ausbeutung der Arbeiter und insbesondere Arbeiterinnen in dieser Industrie wenig Einhalt tun. Dazu gehören andere Massnahmen, als sie bisher vom Bundesrat getroffen worden sind.

Von grösserem Vorteil für die Arbeiter ist die Verordnung des Bundesrats, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien. Die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit für erwachsene Arbeiter auf 10 Stunden bei der Steingewinnung und von 9 Stunden bei der Steinverarbeitung sind für die Arbeiter und auch für den Verband der Steinarbeiter von grösster Bedeutung. Desgleichen das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, sowie die Bestimmung über die Anbringung von Schutzdächern und die Beschaffung von Arbeitsbuden. Es wird dadurch der Organisation nicht nur der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Lohnes erleichtert, sondern diese Verordnung, resp. das Bestreben der Organisation, ihr Geltung zu verschaffen, wird dazu beitragen, bisher unzugängliche Kreise der Steinarbeiter für den Organisationsgedanken zu gewinnen.

Wie schon bemerkt, sind alle diese gesetzlichen Bestimmungen auf das fortgesetzte Drängen der organisierten Arbeiter und darauf zurückzuführen, dass sich die Arbeiterschaft eine Vertretung im Parlamente gesichert hat. Bei allen socialpolitischen Gesetzentwürfen war es diese Vertretung, war es die socialdemokratische Fraction, welche mit aller Energie bestrebt war, den Gesetzen eine den Wünschen der Arbeiter entsprechende Fassung zu geben. Wenn andere Parteien im Reichstag sich auch den Schein zu geben bemüht waren, als wollten sie diese Gesetzgebung fördern, so geschah es sicher nicht, um der Arbeiterschaft zu nützen, sondern, um nicht allen Credit bei den Arbeitern, die leider noch einen grossen Teil der Wähler dieser Parteien bilden, zu verlieren. Dass die socialdemokratische Fraction die Vertretung der Arbeiterschaft ist und im Einverständnis mit den organisierten Arbeitern handelt, hat sie auch durch die Einbringung

selbständiger Gesetzentwürfe bewiesen. Es sei nur der Gesetzentwurf, betreffend die Einsetzung von Arbeitsbehörden (Reichsarbeitsamt, Arbeitskammern u. s. w.), erwähnt, ganz abgesehen von den Anträgen, welche den Gewerkschaften grössere Bewegungsfreiheit sichern sollten, durch Beseitigung der reactionären vereinsgesetzlichen Bestimmungen. Die Notstandsinterpellation, die Interpellation bezüglich der rechtlichen Stellung der Arbeitersecretariate haben den Beweis erbracht, dass die Gewerkschaften in der socialdemokratischen Fraction allein ihre Parlamentsvertretung haben, welche ihre Forderungen und Beschwerden im Reichstage und der Regierung gegenüber vertritt. Schliesslich hat ja auch der Staatssecretair Graf Posadowsky anerkannt, dass diese Fraction die Vertretung der Arbeiter bildet. Es sei auch noch das Verhalten der socialdemokratischen Fraction gegenüber dem Zolltarif erwähnt. Die durch den Zolltarif herbeigeführte Verteuerung der notwendigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände macht alle mit schweren Opfern durch die Gewerkschaften erkämpften Lohnerhöhungen illusorisch. Es wird vieler opferreicher Kämpfe bedürfen, ehe es gelungen sein wird, die durch den Zolltarif herbeigeführte Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter durch entsprechende Lohnerhöhungen wieder auszugleichen.

Die Gewerkschaften bedürfen einer Vertretung im Reichstag nicht nur, um die socialpolitische Gesetzgebung ihren Wünschen entsprechend zu gestalten, das durch den wirtschaftlichen Kampf Errungene durch die Gesetzgebung zu sichern und die Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben zu erleichtern, sondern auch, um eine Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter durch andere Gesetze, wie beispielsweise den Zolltarif, abzuwehren. Diese Vertretung können sie nur in der socialdemokratischen Partei haben. Das ergibt sich, ganz abgesehen von der principiellen Stellung, aus den Beratungen des Reichstags über die socialpolitischen Gesetzentwürfe. Das wird und muss auch in aller Zukunft so bleiben, denn in den Grundgedanken, wie in den Gegenwartsforderungen decken sich die Bestrebungen der Gewerkschaften mit denen der socialdemokratischen Partei. Dieser Umstand beeinträchtigt den von den Gewerkschaften eingenommenen Standpunct der Neutralität in parteipolitischen Fragen keineswegs. Dass die Gewerkschaften ohne eine Vertretung in der gesetzgebenden Körperschaft nicht dauernd erfolgreich arbeiten können, ist nach den Erfahrungen, welche aus der Geschichte der gewerkschaftlichen Kämpfe zu ziehen sind, für jeden halbwegs verständigen Menschen klar. Dass diese Vertretung principiell und taktisch den Anschauungen, welche im Gewerkschaftsleben zur Geltung kommen, entsprechen muss, ist ebenso selbstverständlich. Wäre diese Vertretung in der socialdemokratischen Partei nicht gegeben, so müsste sie geschaffen werden. Die Neutralität der Gewerkschaften darf nicht so aufgefasst werden, dass diese es abzulehnen haben, in irgend einer Partei im Reichstag ihre politische Vertretung zu sehen, sondern sie ist nur dahin zu betätigen, dass von den der Gewerkschaft Beitretenden ein politisches oder religiöses Glaubensbekenntnis nicht verlangt und auf die Mitglieder kein Druck ausgeübt wird, einer bestimmten politischen oder religiösen An-

schauung sich anzuschliessen. Die Gewerkschaften sollen allen Arbeitern, gleichviel, zu welcher politischen oder religiösen Richtung diese sich bekennen, offen stehen; es wäre aber unlogisch, wollten die Gewerkschaften nicht einer bestimmten politischen Partei die Wahrnehmung der Interessen in der gesetzgebenden Körperschaft anvertrauen. Ebenso unlogisch ist aber auch die Idee, durch Normierung von besonderen Gewerkschaftscandidaten eine eigene *reine* Arbeiterpartei zu bilden, deren Vertreter für die Durchführung der gewerkschaftlichen Forderungen zu wirken haben, ohne den weitergehenden Bestrebungen der politisch reifen Arbeiterschaft Beachtung zu schenken. Es kann nur eine Vertretung der Arbeiterschaft im Reichstag geben, weil es nur einheitliche in der Gegenwart zu erfüllende Forderungen der Arbeiter geben kann. Diese zur Geltung und Durchführung zu bringen, ist Aufgabe der Vertreter im Reichstag, eine Aufgabe, deren Erfüllung sich die socialdemokratische Fraction stets angelegen sein liess, so dass nicht einzusehen ist, wem mit der Entsendung besonderer Gewerkschaftsvertreter gedient werden soll. Es mag bei den ganz vereinzelt auftauchenden Anhängern dieser Idee der Gedanke leitend sein, dass dadurch eine grössere Zahl unmittelbar aus dem Arbeiterstande hervorgegangener Vertreter ins Parlament kommen würde. Dem steht aber weder das Programm, noch die Taktik der socialdemokratischen Partei entgegen; im Gegenteil, beides spricht für weitestgehende Heranziehung solcher Vertreter. Ist diese nicht in ausreichendem Masse erfolgt, so liegt die Schuld einzig und allein bei den Arbeitern. Aus der Arbeiterbewegung gehen Persönlichkeiten hervor, die, ohne die Eigenschaften des berühmten *schlichten Mannes aus der Werkstatt* zu haben, die Fähigkeit besitzen, ihre Classengenossen im Parlament vertreten zu können. Sie werden sicher in der Erfüllung ihrer Aufgaben den akademisch gebildeten Genossen nichts nachgeben. Man braucht nur die Arbeiterparlamente zu beobachten, die Generalversammlungen der gewerkschaftlichen Centralverbände, die alljährlich in grosser Zahl tagen, und man wird erkennen, dass sehr brauchbare Kräfte in den Kreisen der Arbeiter vorhanden sind, die ebenso gute Gewerkschafter als Socialdemokraten sind. Wenn die Genossen vielfach der Meinung sind, dass nur ein mit Namen und Titel versehener Candidat einen Reichstagswahlkreis würdig vertreten kann, so muss man sich mit dieser Meinung abfinden, bis die Erkenntnis kommt, dass Namen und Titel es nicht sind, die einen brauchbaren Arbeitervertreter im Reichstag machen. Jeder Versuch, neben der socialdemokratischen Parteivertretung eine andere Arbeitervertretung im Reichstag zu schaffen, kann nur den Gegnern der Arbeiterbewegung, der politischen wie der gewerkschaftlichen, Vorteil bringen. Für die Arbeiter selbst würde sie eine Zersplitterung der Kräfte und eine wesentliche Herabminderung ihres Einflusses in der Gesetzgebung bedeuten. Glücklicherweise liegt kein Grund zu der Befürchtung vor, in Deutschland könne einmal der Zustand eintreten, dass von der Arbeiterschaft gewählte Parlamentsvertreter nicht ein und derselben Partei, der proletarischen Classenpartei, angehören.

Von der Anschauung, dass die socialdemokratische Partei die Vertretung der Gewerkschaften im Parlament bildet, wird die Arbeiterschaft auch dadurch nicht abgebracht werden, dass man an massgebender Stelle

den Schein zu erwecken sucht, als hätte man Sympathie für die Gewerkschaftsorganisationen, als würde man deren Forderungen nachgeben, wenn die Arbeiter sich von der socialdemokratischen Partei lossagen würden.

Tatsache ist ja, dass in den letzten zwei Jahren den Gewerkschaften von seiten der Regierung grösseres Entgegenkommen, oder richtiger: nicht mehr eine absolute Ablehnung, gezeigt ist. Die Anwesenheit von Regierungsvertretern auf dem letzten Gewerkschaftscongress, trotz Aufstellung der Büsten der Revolutionäre Marx und Lassalle, sowie die Heranziehung der Gewerkschaften zu den statistischen Aufnahmen seitens des reichsstatistischen Amtes ist geeignet, den Schein zu erwecken, als wolle man die Gewerkschaften als berechnigte Institutionen anerkennen. So hat zum Beispiel am 12. März dieses Jahres im reichsstatistischen Amt unter dem Vorsitz des Präsidenten Wilhelmi eine Conferenz der Vorsitzenden der in Berlin domicilierenden Verbände, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, und eines Vertreters der *Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands* getagt. Es handelte sich um die Beratung der Grundlagen für eine regelmässige Statistik über die Zahl der Arbeitslosen und die Summe der gezahlten Arbeitslosenunterstützung dieser Verbände. Es sind dies Vorgänge, die wesentlich abstecken von der Haltung der Regierung bei Begründung der noch nicht vier Jahre zurückliegenden sogenannten *Zucht-hausvorlage*. Diese mit den Gewerkschaften angebahnte Verbindung kann doch nur unter Zustimmung der Regierung erfolgen, und sie erfolgt unter Leitung des selben Staatssecretairs, der 1899 jene Vorlage, mit der die Gewerkschaften erdrosselt werden sollten, verteidigte. Dieser Umstand dürfte aber auch geeignet sein, vorläufig nicht allzu optimistische Hoffnungen aufkommen zu lassen. Vor einem Wechsel der Anschauung in Regierungskreisen sind wir nicht sicher. Allerdings, auf die Dauer lässt sich eine Ignorierung der Gewerkschaften nicht aufrechterhalten. Sobald das Reich Arbeiterstatistik treiben will, ist es auf die Mithilfe der Gewerkschaften angewiesen. Die Inanspruchnahme der Gewerkschaften beruht auch nicht auf einer veränderten Haltung dieser Organisationen, sondern einfach darauf, dass diese sich zu einer Macht entwickelt haben, die man nicht übergehen kann.

Aber noch ein anderer Umstand gibt zu Bedenken Anlass. Auf der einen Seite unterhandelt die Regierung resp. eine ihr unterstellte Reichsbehörde mit den Gewerkschaften, als wären diese vom Staate anerkannte Organisationen, und auf der anderen Seite sieht man ruhig zu, wie diese Organisationen durch die Polizeibehörden in unglaublicher Weise behandelt werden. Den Gewerkschaften eine rechtliche Basis zu geben, fällt der Regierung nicht ein, obgleich Anregungen dazu aus der Mitte des Reichstags in genügendem Masse gekommen sind. Der Einwand, dass die Belästigung der Gewerkschaften durch die Landesbehörden auf Grund der Landesgesetze erfolgt, kann — abgesehen davon, dass eine reichsseitige Regelung der betreffenden Gesetzesmaterie nicht nur möglich, sondern durch die Reichsverfassung direct geboten ist — schon darum nicht stichhaltig sein, weil die Regierung des Reiches und die Regierung des Bundesstaates, in welchem diese Belästigungen hauptsächlich erfolgen, ein und dieselbe ist.

Die Gewerkschaften haben alle Ursache, durch die Anzeichen, welche auf eine veränderte Haltung der Regierung gegenüber den Organisationen schliessen lassen, sich nicht in den Glauben wiegen zu lassen, die Aera der vollen Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen sei bereits gekommen. Diese Anerkennung wird kommen; aber es ist durchaus falsch, wenn man glaubt, sie würde durch eine Aenderung der principiellen und taktischen Haltung der Gewerkschaften schneller herbeigeführt werden. Nicht dadurch wird diese Anerkennung erfolgen, sondern durch die Macht, welche die Gewerkschaften durch äussere Ausdehnung und innere Festigkeit zu repräsentieren vermögen.

Die Gewerkschaften bedürfen der socialpolitischen Gesetzgebung zur Lösung ihrer Aufgaben. Den Wünschen der Gewerkschaften entsprechend ist diese Gesetzgebung nur von der socialdemokratischen Fraction befürwortet worden, nur diese hat sie wirklich durchzuführen versucht. Daher können die Gewerkschaften nur in der socialdemokratischen Fraction ihre politische Vertretung sehen. Eine Aenderung dieser Auffassung darf im eigensten Interesse der Gewerkschaften nicht eintreten, und sie kann nicht eintreten, weil die überwiegende Mehrzahl der wahlberechtigten Gewerkschaftsmitglieder der socialdemokratischen Partei angehören oder wenigstens socialdemokratische Candidaten für den Reichstag wählen. Die Gewerkschaften als solche sollen nicht in parteipolitischen Fragen Stellung nehmen, sie sollen aber ihre Mitglieder darüber belehren, welche Bedeutung die Socialpolitik für die Gewerkschaftsbewegung hat und welche Haltung die einzelnen Parteien bei wichtigen socialpolitischen Fragen eingenommen haben. Es wird sich dann ergeben, dass sich die socialdemokratische Partei nicht durch einen besonderen Beschluss, wohl aber durch ihre Praxis, durch die Tätigkeit ihrer Vertreter im Reichstag, tatsächlich als Vertreterin der Gewerkschaftsforderungen darstellt. Die Schlussfolgerung aus dieser Darstellung zu ziehen, mögen die Gewerkschaften den Mitgliedern überlassen. Die Gegner unserer modernen Arbeiterbewegung mögen sich dann darüber ereifern, dass die Gewerkschaften nicht *politisch neutral* sind. Wir verlangen von diesen Gegnern nur, dass sie in den Organisationen, die sich auch als *Gewerkschaften* bezeichnen, in gleicher Weise verfahren. Das werden sie wahrscheinlich nicht tun, weil sie dann die Absichten, die sie mit der Gründung von Gegenorganisationen gegenüber den Gewerkschaften verfolgen, nicht erreichen würden. Die Gewerkschaften sollen und werden sich aber von ihrer bisherigen taktischen Haltung und den Anschauungen über ihre politische Vertretung nicht abbringen lassen, weder durch die anscheinend veränderte Haltung der Regierung, noch durch das Raisonement der Gegner über vermeintliche Verletzung der Neutralität.

Zur vorläufigen Abwehr.

Von
Eduard David.

(Malnz.)

Die Beurteilungen, die mein Buch *Socialismus und Landwirtschaft* gefunden hat, stehen im schärfsten Widerspruch zu einander.

Die politische Presse der nichtsocialdemokratischen Parteien hat in meinem Buch vor allem die Marx-Kritik gesehen und ihm, insoweit es sich um diese handelt, hohes Lob gezollt. Das ist erklärlich. Die marxistische Orthodoxie hat jahraus jahrein die Meinung genährt, dass Marxismus und Socialdemokratie wie Geist und Körper untrennbar zusammengehören, dass sie gewissermassen nur die zwei Seiten derselben Sache seien. Kein Wunder, dass demgemäss nun jede kritische Correctur der marxistischen Lehrsätze als ein Abtrag an den Fundamenten der socialdemokratischen Partei eingeschätzt und ausgeschrien wird. Glücklicherweise aber ist jene Behauptung von der untrennbaren Zweieinigkeit des Marxismus und der Socialdemokratie falsch. Den Existenzgrund der Socialdemokratie bilden nicht die Quadersteine der marxistischen Theorie, sondern die menschlichen und menschlichen Interessen der werktätigen Volksmasse. Die Aufgabe der Socialdemokratie ist die Durchsetzung dieser Interessen bis zur vollen politischen, wirtschaftlichen und socialen Emancipation der Arbeiterclassen. Die Mittel zur Erreichung dieses Zieles sind die politische Machtbildung durch die Partei und neben ihr die wirtschaftliche Machtbildung durch Gewerkschaft und Genossenschaft. Und wenn das ganze theoretische Lehrgebäude von Karl Marx zusammenstürzte, wenn die Werttheorie, die Concentrationstheorie und die materialistische Geschichtstheorie als wissenschaftlich unhaltbar nachgewiesen würden, so bliebe die Existenzberechtigung der Socialdemokratie unerschüttert, und der Befreiungskampf der werktätigen Volksmasse nähme seinen Fortgang bis zur endgültigen Beseitigung der politischen Bevormundung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der socialen Niederhaltung der Arbeiterclassen durch eine besitzende und privilegierte Minderheit.

Ich sagte, wenn das ganze Lehrgebäude von Karl Marx zusammenstürzte. Es ist bis jetzt nicht zusammengestürzt und wird meiner Meinung nach auch niemals ganz zusammenstürzen. Marx war ein Grosser im Reich der ökonomischen Wissenschaft; sein *Capital* ist ein gewaltiges Geisteswerk. Ich habe ihm diese Anerkennung auch in meinem Buche nicht versagt und würde sie ihm auch dann nicht versagen, wenn der Fortgang der wirtschaftlichen Entwicklung und der wissenschaftlichen Forschung mich zu der Ueberzeugung brächte, dass noch weitergreifende Correcturen an seiner Lehre vorzunehmen seien, als die mir zur Zeit notwendig erscheinenden. Was er für seine Zeit geleistet, ist immens, und was von seiner geistigen Arbeit Besitzstand für alle Zeiten bleiben wird, ist genug, um ihm einen unsterblichen Namen in der Geschichte des geistigen Fortschritts zu sichern.

Und daneben hat er unbestreitbare, von keinem Socialdemokraten jemals bestrittene Verdienste um die praktische Arbeiterbewegung. Er gehört zu ihren grossen Bahnbrechern. Er ist einer von denen gewesen, die zuerst die Notwendigkeit einer selbständigen politischen Arbeiterpartei erkannten und die Realisierung dieses Gedankens zu ihrer Lebensaufgabe machten. Die Socialdemokratie hat darum allen Grund, das Andenken von Karl Marx in Ehren zu halten.

Wenn aber die marxistische Orthodoxie die Verehrung, die die Socialdemokratie für einen ihrer ersten Vorkämpfer empfindet, benutzt, um die wissenschaftliche Kritik der Marxschen Theorie in der Augen der Parteigenossen zu discreditieren, so muss dagegen protestiert werden. Man appelliert damit an Gefühle in Fragen, wo der Verstand allein zu urteilen berufen ist. Diese Methode der Ketzerbekämpfung ist zwar altbewährt und versagt selten ihre Wirkung. Aber in die moderne Arbeiterbewegung gehört sie nicht hinein. Die Socialdemokratie will nicht nicht nur der materiellen Not ein Ende machen — sie erstrebt

auch die geistige Hebung und Emancipation des werktätigen Volkes. Ohne diese ist jede höhere Gesellschaftsform unmöglich. Das Wesen der geistigen Befreiung ist die Befähigung des Individuums zu selbständigem Urteilen. Selbständig urteilen aber heisst urteilen unbeeinflusst von der Autorität anderer und unbeeinflusst von den eigenen Wünschen und Gefühlen. Mit diesem Ziel ist der Socialdemokratie eine gewaltig hohe und schwere Aufgabe gestellt. Wer den Marx-Cultus gegen die Marx-Kritik ausspielt, arbeitet nach der entgegengesetzten Richtung; er verwüstet den Wahrheitssinn und schwächt die Fähigkeit zu objectivem Urteilen. Das ist ein Verfahren, das sich selbst richtet.

Sind die bürgerlichen Kritiker einig in der Belobigung der marxkritischen Seite meines Buches, so gehen ihre Meinungen weit auseinander in Bezug auf den übrigen Inhalt. In der liberalen Presse hat jemand grossen Anklang gefunden mit der Entdeckung, dass ich nur mit dem liberalen Pfund wuchere. Ich gebe zu, dass die stärkere Betonung des psychologischen Factors im Wirtschaftsleben übereinstimmt mit der Auffassung liberaler Wirtschaftstheoretiker. Aber seit wann haben die Theoretiker des Liberalismus den capitalistischen Grossbetrieb für unvereinbar erklärt mit der notwendigen Entwicklung der heimischen Landwirtschaft zu höchster Intensität — ohne Productivitätsminderung? Seit wann ist ferner der Liberalismus ein Gegner des Lohnarbeitersystems auf landwirtschaftlichem Gebiet? Oder soll vielleicht meine hohe Einschätzung der genossenschaftlichen Bewegung, in deren siegreichem Vordringen ich den Socialisierungsprocess der Landwirtschaft sich anbahnen sehe, das liberale Pfund sein? Owen war doch vor Schultze-Delitzsch! Soweit liberale Theoretiker und Politiker heute die Genossenschaftsbewegung anerkennen und fördern, wuchern sie mit einem socialistischen Pfund. Sie wuchern damit aber keineswegs allgemein und mit ehrlicher Consequenz. Siehe die Worte und Taten Crügers in Kreuznach!

Was die conservativ-agrarischen Blätter betrifft, so finden sie ausser der Marx-Kritik an meinem Buche überhaupt nichts zu loben. Mein Urteil über den heimatischen Grossbetrieb gefällt ihnen nicht. Aus guten Gründen! Die gegenwärtige glückliche Mischung von Gross-, Mittel- und Kleinbetrieben erscheint ihnen der ideale Zustand. In diesem Punct sagt ihnen die Kautskysche Agrartheorie mehr zu, als die meinige. Auch in praktischer Hinsicht erscheint ihnen Kautsky sympathischer, da er die Gewinnung der kleinen, aber rein bäuerlichen Wirtschaften für aussichtslos erklärt und sich mit ihrer Neutralisierung als agitatorischem Gegenwartsziel bescheidet. Die Conservativen und Bündler sehen in meinem Buch eine neue Art Bauernfang, den sie mit dem Hinweis auf die wahren Ziele der Socialdemokratie abzuwehren gedenken. Die Herren denken: *Wie's trifft!* Kommt ein Socialdemokrat und sagt: dem Kleinbauer ist nicht zu helfen, sein Betrieb ist dem naturnotwendigen Untergang verfallen, das Interesse der Gesamtheit an productiven und culturellen Fortschritt verbietet uns, Bauernschutz zu treiben, so notieren sie das schleunigst als Bereicherung ihrer bekannten Citatensammlung vom Breslauer Parteitag etc. und bringen den Bauern damit das Gruseln vor der marxistischen Lehre und ihren Verfechtern bei. Kommt dann ein anderer Socialdemokrat und erklärt, er halte die Auffassung vom naturnotwendigen Untergang und der Leistungsunfähigkeit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs für falsch, der heimische Kleinbetrieb müsse im Gegentheil erhalten und entwickelt werden auf Kosten des Grossbetriebs, dann nehmen die Herren nichtsdestoweniger ihre Citatensammlung heraus und sagen: Siehst du, Bruder Bauer, was dir die Socialdemokraten in Aussicht stellen? Das ist sehr logisch!

Ich vermute übrigens, die agrarischen Herren werden weniger mit dem Hinweis auf die *wahren Ziele*; als mit unserer Ablehnung der agrarischen Zölle die *neue Art Bauernfang* in Misscredit zu bringen suchen. Und da hoffe ich denn, dass mein Buch den Parteigenossen, die in kleinbäuerlichen Gegenden zu agitieren haben, gute Dienste leisten wird. Es bietet ihnen eine weltwirtschaftliche Rechtfertigung der zollgegenerischen Agrarpolitik unserer Partei und legt die schädlichen Wirkungen bloss, welche die grossagrarische Interessenpolitik für die Aufwärtsentwicklung gerade der kleinbäuerlichen Landwirtschaft haben muss.

Die umfassendste Kritik meines Buches ist aus der Feder Karl Kautskys geflossen. Sie ist zugleich auch die unwissenschaftlichste, die mir bis jetzt zu Gesicht gekommen ist. Wie auch ein Kritiker sich zu einem Autor stellt, eine elementare Voraussetzung, die er in jedem Fall zu erfüllen hat, ist, dass er den Sinn des zu kritisierenden Werkes im ganzen wie im einzelnen richtig erfasst und darstellt. Die kritische Methode Kautskys beruht vom Anfang bis zum Schluss auf dem Kunststück, den Sinn meines Buches zunächst in Unsinn zu verkehren, um diesen dann ad absurdum zu führen.

Ich könnte einer solchen Besprechung gegenüber die Verteidigung ruhig meinem Buche selbst überlassen. Aber leider sind nicht alle Parteigenossen, auf deren Urteil es mir ankommt, in der glücklichen Lage, ein so umfangreiches Werk mit Musse zu studieren. Und zweitens halte ich es auch für notwendig, im Interesse des geistigen Fortschritts, diese Methode einmal in ihrer ganzen unverhüllten Schönheit ans Licht zu stellen. Die bevorstehenden Reichstagswahlen heischen jedoch die Aufschiebung dieser Arbeit bis nach dem grossen Kampf.

Vorerst will ich nur einen Druckfehler richtig stellen, der dem Genossen Kautsky zum Anlass einer unglaublichen Verwirrung seiner Begriffe über meine Begriffe geworden ist. In § 63 meines Buches, der über die *Ertragsbewegung bei gleichbleibender Culturarbeit* handelt, entwickelte ich schematisch den Verlauf der Productivität (Verhältnis von Aufwand zu Ertrag) bei steigender Bebauungsintensität. Zu diesem Zweck setze ich den Fall, dass auf einem gegebenen Grundstück ein steigender Arbeitsaufwand stattfindet. Um nun zu vermeiden, das ein weniger geschulter Leser bei *Arbeitsaufwand* nur an die neu verbrauchte lebendige Arbeit denkt, fügte ich an einer Stelle — auf Seite 626 des Buches — hinter *Aufwand an Arbeit* in Klammern ein *lebender und vergangener = Arbeitslohn und Geräte-, Gebäude- u. s. w. Verschleiss*. Nun hat es das Unglück gewollt, dass der Setzer die Gleichheitsstriche vor dem Wort *Arbeitslohn* für Bindestriche angesehen und sie, dem sonstigen Usus der Druckerei entsprechend, nur durch einen kürzeren Strich wiedergegeben, so dass die Geschichte nun so aussieht: »Aufwand an Arbeit (lebender und vergangener -Arbeitslohn und Geräte-, Gebäude u. s. w. Verschleiss).« Ein Bindestrich zwischen *vergangener* und *Arbeitslohn* ist natürlich ganz sinnlos. Jedem einigermaßen aufmerksamen Leser musste das auffallen, er musste sich sagen: da stimmt irgend etwas nicht, und ein kurzes Nachdenken musste ihm auch auf die richtige Spur bringen. Dies um so mehr, als ich zwei Seiten vorher eine Definition des Begriffs *Arbeitsaufwand* gegeben hatte. Dort sagte ich in einer besonderen Anmerkung: »Unter *Arbeitsaufwand* verstehen wir den Aufwand an lebendiger und vergangener Arbeit, wie sich letztere in Rohstoffen, Geräten, Gebäuden und Betriebseinrichtungen aller Art darstellt.«

Aber der kritische Spürsinn Kautskys versagt völlig, wo er sich einmal zu gunsten eines literarischen Gegners betätigen sollte. Statt das Gleich-

heitszeichen zu reconstruieren, fegt er auch noch den letzten Rest weg, liest fröhlich *lebender und vergangener Arbeitslohn* und entwickelt daraus nun einen Rattenkönig von Unsinn, dessen Vaterschaft er mir anträgt. Ich danke bestens und spreche Kautsky mein lebhaftes Bedauern aus für den grossen Aufwand an Scharfsinn, den er sich nachher zugemutet hat, um den möglichen Sinn meines *Unsinns* zu finden. Die Anstrengung wäre unnötig gewesen, wenn mein Kritiker nur ein ganz klein wenig mehr Achtung vor dem Denkvermögen seiner literarischen Gegner zu empfinden vermöchte.

Es gibt Leute, die sich selbst immer und überall nur die sublimste Weisheit, ihren Widersachern dagegen ohne weiteres den allergrössten Blödsinn zutrauen. Das ist der tiefere psychologische Grund auch für das Malheur, das Kautsky bei der Besprechung des ganzen betreffenden Paragraphen passiert ist. Diese ganze Kritik beruht nämlich auf einem einzigen grossen — nun, ich will mich so höflich als möglich ausdrücken — *Missverständnis*, mit dessen Richtigstellung sie in allen ihren Teilen zusammenstürzt, wie ein Kartenhaus, dem man sein papierenes Fundament wegzieht.

Ich erläutere dort das An- und Abschwellen der landwirtschaftlichen Productivität bei fortgesetzt steigendem Arbeitsaufwand auf einem gegebenen Bodenstück. Zu diesem Zweck construieren ich einen reinen Fall, indem ich gleichbleibende Culturart, gleichbleibenden Stand der Agronomie und gleichbleibende Preise für die Aufwandsfactoren wie für die Producte voraussetze. Kurz, ich gebe eine schematische Darstellung des sogenannten *Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag*. Und mein Kritiker glaubt nun, das solle eine historische Darstellung der gesellschaftlichen Productivitätsentwicklung sein. Er hält die Stationen meiner Productivitätscurve für die geschichtlichen Culturstadien der Landwirtschaft!

Der Henker weiss, wie Kautsky auf diesen Holzweg geraten ist. Wohl gar durch meine scherzhafte Heranziehung der Ceresschen Bestellungsverfahren in Schillers *Eleusischem Fest*. Das wäre! Aber einerlei, was den gelehrten Mann dazu gebracht hat, die Tatsache dieser unsinnigen Unterstellung besteht. In Consequenz dessen ist er in dem Wahn befangen, ich wolle hier so ganz *en passant* die Marxsche Mehrwerttheorie umstossen und eine neue Auffassung über die Entstehung des Profits und der Rente als gesellschaftlicher Einkommenskategorien zum besten geben. Demgemäss spricht er auch ausdrücklich und wiederholt von meiner *Rententheorie*, obgleich ich ausdrücklich und wiederholt darauf hingewiesen habe, dass ich die Rententheorie in der *Eigentumsfrage* behandeln werde, wo sie logischerweise auch hingehört mitsamt der ganzen Werttheorie. In der Meinung, eine Rententheorie vor sich zu haben, kommt Kautsky denn auch ganz folgerichtig zu der tollen Verwechslung des Falles, wo ein local und zeitlich fixierter Einzelbetrieb eine zu weit gehende Intensitätssteigerung mit einer Verminderung des Reinertrags zu büssen hat, mit dem Fall, wo infolge wachsender Nachfrage und steigender Preise die capitalistisch vorteilhafteste Intensitätsstufe und zugleich die gesamte Rentenmasse eines landwirtschaftlichen Production- und Marktgebietes gehoben wird. Daher denn die amüsante Entdeckung, ich sei ein umgekehrter David Ricardo. Das ist in der Tat heiter!

Doch nach den Wahlen reden wir weiter darüber, wie über alle die anderen haltlosen kritischen Unterstellungen. Dabei wird sich denn auch zeigen, dass die im Triumph durch die gegnerische Presse geschleihte Behauptung Kautskys, mein Buch »vollziehe einen gänzlichen Bruch mit den Anschauungen des Socialismus«, es suche nachzuweisen, »dass socialistische Pro-

duction und landwirtschaftliche Production, also Socialismus und Landwirtschaft unvereinbar sind, in keiner Weise der Wahrheit entspricht. Mein Buch weist allerdings darauf hin, dass die Entwicklung der Landwirtschaft sich nicht so vollzieht, wie Karl Marx und andere Socialisten angenommen haben; es weist aber darauf hin, dass nichtsdestoweniger das socialistische Wirtschaftsprincip sich der Landwirtschaft bemächtigt. Wer nicht den Begriff *Socialismus* in unzulässiger Weise verengt, wer als das Wesen des Socialismus ansieht: die planmässige Organisation der Production im Sinne höchster Productivität und im Interesse der Gesamtheit, unter Ausschaltung der capitalistischen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen — der wird aus meinem Buche keine Absage an den Socialismus herauslesen, sondern er wird daraus die Ueberzeugung schöpfen, dass die Fahne des Socialismus dereinst auch über dem Werkfeld der organischen Production flattern wird!

Unsere theoretischen Debatten und der Wahlkampf.

Von

Eduard Bernstein.

(Berlin.)

Der Artikel *Der Marx-Cultus und das Recht der Revision* im vorigen Heft dieser Zeitschrift hat das nicht ganz neue Schicksal gehabt, seinem Verfasser den Vorwurf zuzuziehen, dass er durch ihn der Agitation der Socialdemokratie im bevorstehenden Wahlkampf unnötige Schwierigkeiten bereite. Nachdem eine Anzahl gegnerischer Blätter ein Stück des Artikels, das sich auf die Entwicklung des Familienlebens der Arbeiter bezog, in ihrer Weise gegen die Partei auszuschlachten versucht und dem Artikel eine Gegnerschaft gegen die Feier des Andenkens von Marx nachgesagt hatten, die ihm in keiner Weise innewohnt, hat ein angesehenes Parteiorgan, der Hannoversche *Volkswille*, in einem allgemeinen Mahnwort an etliche Theoretiker der Partei, während des Wahlkampfes die Streitaxt zu begraben, den erwähnten Vorwurf gegen den Schreiber dieser Zeilen erhoben, und andere Parteiblätter haben die betreffenden Bemerkungen reproducirt.

Mir sind derartige Vorwürfe oder Beschwerden niemals gleichgiltig gewesen, denn wenn oder soweit sie berechtigt sind, bedeuten sie die Feststellung eines in der Tat tadelnswerten Verhaltens. Aus dieser Anschauung heraus habe ich dem *Volkswillen* eine Erwiderung eingesandt, die dieser auch in loyaler Weise vollinhaltlich abgedruckt hat. Da sie eine Frage von allgemeinerem Interesse behandelt und auf Punkte eingeht, die in dem oben erwähnten Artikel berührt wurden, halte ich es für am Platze, die betreffende Zuschrift etwas verkürzt auch hier wiederzugeben. Sie ist überschrieben *Der Theoretiker an die Praktiker. Eine Antwort* und lautet — einige übrigens unwesentliche Druckfehler sind hier verbessert —:

„Gehrte Redaction!

In Ihrem Artikel *Ein ernstes Wort an etliche unserer Theoretiker* beschäftigen Sie sich auch mit dem Aufsatz *Der Marx-Cultus und das Recht der Revision*, den ich im April-Heft der *Socialistischen Monatshefte* veröffentlicht habe. Ich muss die Vorwürfe, die Sie auf Grund dieses Artikel gegen mich richten zu müssen glauben, auf das entschiedenste zurückzuweisen.

Zunächst ist es durchaus unrichtig, dass ich mich gegen die Würdigung wende, die Karl Marx und seinem Lebenswerk aus Anlass des 20jährigen Todestages unseres Vorkämpfers in fast allen Parteiblättern zu teil wurde. . . . Tatsächlich ist das Gegen-

teil der Fall. Der Artikel billigt jene Würdigung von Marx durchaus. Wogegen er sich wendet, ist vielmehr, dass einzelne Blätter, voran die *Neue Zeit*, mit der Würdigung gehässig herabsetzende Angriffe gegen diejenigen Parteimitglieder verbunden haben, die man mit dem Namen *Revisionisten* bezeichnet Mein Artikel ist ein reiner Abwehrartikel, und wer die Angriffe nachliest, die ihn provociert haben, wird zugestehen müssen, dass er in der Form so zurückhaltend wie nur möglich gehalten ist Gerade weil die Reichstagswahlen vor der Tür stehen, habe ich es für nötig gehalten, noch einmal festzustellen, um was es sich, soweit ich dabei in Frage komme, bei der *Revision des Socialismus* wirklich handelt, und das Recht und die Notwendigkeit dieser Revision zu erweisen.

Als ein Beispiel dafür habe ich die Frage der Entwicklung der Familie in der Neuzeit angeführt und gezeigt, wie entgegen früher aufgestellten Thesen, das Familienleben in der Arbeiterklasse sich befestigt, und dass die Socialdemokratie in ihrer praktischen Tätigkeit durch Agitation für eine weitergehende Beschränkung der gewerblichen Kinderarbeit, Verbesserung der Volkswohnungen etc. selbst nach Kräften dazu beiträgt, dies Ergebnis herbeizuführen.

Das letztere werden Sie gewiss nicht bestreiten. Streiten könnte man nur darüber, ob das Resultat auch das von mir angegebene ist. Aber wenn ich erwähne, dass in der Periode von 1882 bis 1895 die Zahl der verheirateten Arbeiter in der Industrie sich in Deutschland von 42,65 auf 45,12 % vermehrt hat, so werden Sie mir zugeben, dass dies stark zu gunsten meiner Behauptung spricht.

Nun lassen Sie mich meine Folgerung *unter anderm* dadurch schliessen, dass *Anzeichen* vorliegen sollen, dass die gewerbliche Arbeit der Frauen in der Arbeiterklasse wieder zurückgeht, und stellen damit einige Angaben eines in der gleichen Nummer der *Socialistischen Monatshefte* veröffentlichten Artikels von Lily Braun in *Gegensatz*.

Erlauben Sie mir die Bemerkung, dass da ein Gegensatz tatsächlich gar nicht besteht. Frau Braun betont eine allgemeine Tendenz, die niemand leugnet, die überall eintritt, wo die moderne Industrie ihren Einzug hält und sich zunächst mit ihr auch noch steigert. Ich aber zeige eine Gegentendenz, die auf einer weiteren Stufe unter gewissen Bedingungen eintritt. In Ihrem Citat aus meinem Artikel fehlt ein bedeutungsvoller Zwischensatz, der diese Bedingung fixiert, und er lautet: »in dem Masse, als sich die wirtschaftliche Lage der männlichen Arbeit verbessert.« Als Beispiel dafür führe ich an, dass zwischen 1881 und 1891 in den Textilbezirken Lancashires, mit Ausnahme einer einzigen Stadt, in allen Fabrikcentren die Zahl der arbeitenden verheirateten Frauen der Altersklassen von 25 bis 45 Jahren zurückgegangen ist. Das hat eine hochangesehene englische Statistikerin, Miss Clara Collett, eine Freundin der zu früh verstorbenen Eleanor Marx, auf Grund von genauen Erhebungen festgestellt. Auch der Statistiker Professor Rauchberg in Prag führt in seinem 1901 erschienenen Werk über die deutsche Gewerbebeziehung von 1895 England als Beispiel dafür an, »dass eine Rückbildung der gewerblichen Frauenarbeit eintritt, sobald der sociale Fortschritt dem technischen nachfolgt, den männlichen Lohn bis zur Höhe des Familienbedarfs steigert und so den Druck mildert, welcher die Frau aus dem Schoss der Familie hinausgeführt und in die Fabrik gezwungen hat.«

Meine Bemerkung war also keineswegs aus der Luft der reinen Deduction gegriffen. Im Uebrigen habe ich ausdrücklich erklärt, dass mir die vorhandenen Anzeichen noch nicht genügten, um in Bezug auf diesen Punct — die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen — allgemeinere Schlüsse zu ziehen. Und ich will noch henterken, dass Rauchberg an der gegebenen Stelle damit schliesst, dass für Deutschland »dieser Zeitpunkt (der Abnahme der ehewerblichen Erwerbsarbeit) in der Entwicklung der Volkswirtschaft noch nicht gekommen zu sein scheint, das heisst die Löhne der männlichen Arbeiter noch nicht die nötige Höhe erreicht haben.

Aber die Zunahme der Arbeiterreihen in der Industrie constatirt auch er. Und darauf kam es in meiner Beweisführung an, darum handelt es sich bei ihr. Welcher Grund aber sollte mich abhalten, dies auszusprechen? Etwa die Nähe der Reichstagswahlen?

Aber die Tatsache, die ich da hervorhebe, ist gerade geeignet, die Agitation der Partei bei der Reichstagswahl zu unterstützen, ihr Nachdruck zu verleihen. »Die

wirtschaftlichen und politischen Emancipationsbestrebungen der Arbeiterclassen, heisst es in meinem Artikel, »werden durch deren Sinn für Errichtung und Ausgestaltung eigener Haushalte sicherlich nicht abgeschwächt, sondern nur noch gestärkt.« Und in unzähligen Versammlungen habe ich in den letzten Jahren darauf hingewiesen, dass gerade, weil der Arbeiter heute mehr als früher zur Familienbildung schreitet, er erhöhtes Interesse an allen Fragen der Politik und Verwaltung, erhöhten Anspruch auf Stimme in Staat und Gemeinde hat, dass infolge dieser Tatsache die Forderung des allgemeinen Wahlrechts aus einem blossen Postulat abstracter Gerechtigkeit zu einer Sache der socialen Nothwendigkeit geworden ist; habe ich gezeigt, dass die heute im Vordergrund er öffentliche Debatten stehende handelspolitische Frage gerade zu einer so bedeutungsvollen Frage für die Arbeiterclassen geworden ist, seitdem diese einen immer grösseren Procentsatz von Familien repräsentiert, einen immer grösseren Procentsatz von Familienangehörigen zu ernähren hat. Ueberall, und erst vor wenigen Tagen in Ihrer eigenen Stadt Hannover, sind gerade diese Stellen meiner Nachweise von den Genossen mit den lebhaftesten Beistimmungsbezeugungen aufgenommen worden, nirgends auf die geringste Opposition gestossen.

Kein agitatorisches Bedürfnis der Partei verbietet die Feststellung der Tatsache der Zunahme der Arbeiterfamilien. Vielmehr erheischt die wissenschaftliche Klarheit, dass wir uns ihrer bewusst werden und die nötigen Folgerungen für die Theorie aus ihr ziehen.

Nun sollen meine Behauptungen aber *den Gegnern als Waffe dienen*. Ja, was dient denn unsern Gegnern nicht als Waffe, was hat ihnen nicht schon alles als Waffe gedient.... Wer kann sich dagegen schützen? Wenn der mögliche Missbrauch, der mit unseren Arbeiten getrieben wird, ein Grund sein sollte, von ihnen abzulassen, dann würde in unserer Literatur bald die Ruhe des Kirchhofes herrschen.

Indes, die Gefahr dieser Ausschachtung wird ungemein übertrieben. Im Wahlkampf handelt es sich nicht um Theorien, sondern um concrete Interessenfragen. Wo das Verständnis für diese geweckt ist, da machen die Citatensalven der Gegner absolut keinen Eindruck. Ich gebe zu, dass es für einen jüngeren Agitator im ersten Moment unangenehm sein mag, wenn ihm so ein kunstvoll hergerichtetes Citat vorgehalten wird. Aber dagegen giebt es zwei Mittel. Erstens ein gesundes Misstrauen gegen die *Correctheit der Citate*. Die Worte können richtig und das Citat doch falsch sein. Die Fortlassung eines Nebensatzes, einer vorausgeschickten Einschränkung etc. kann einem Citat einen total anderen Sinn geben, als den es im Artikel selbst hatte. So ist es mir zum Beispiel nicht eingefallen, die Bestätigung der Arbeiterfamilie als eine sich von selbst vollziehende Sache hinzustellen. Ausdrücklich bemerke ich vielmehr, dass *gesellschaftliche Gegenwirkungen aller Art* den Fortschritt des Zersetzungsprocesses verhindert haben. Eine solche Gegenaction ist, wie schon bemerkt, das Verbot der Kinderarbeit, die Hebung der Volksschule etc. — alles Dinge, für welche die Socialdemokratie kämpft und die zum Teil durch ihre Agitation erst möglich geworden sind. Die Wiederherstellung der Familie ist in der That in hohem Grade eine Wirkung der socialistischen Action und der Arbeiterbewegung im allgemeinen.

Das zweite Mittel, sich gegen die Citatengeschosse der Gegner zu wappnen, ist, das man sich über die theoretischen Discussionen der Partei auf dem Laufenden hält.

Ich weiss, dass das nicht jedem in wünschenswertem Masse möglich ist, aber ich weiss auch, dass da in vielen Fällen mehr geschehen könnte, als heute der Fall ist. In gewissem Sinne könnte man sagen, dass nicht die Wirkungsfähigkeit, sondern die Wirkungslosigkeit der gegnerischen Kritik bei den Massen das Gefährlichere für die Partei ist.... Wir rühmen uns oft des theoretischen Sinnes der Partei. Soll das aber keine blossen Phrase sein, so darf man auch verlangen, dass wenigstens die Genossen, die Zeit und Gelegenheit dazu haben, sich über den Stand der theoretischen Discussionen auf dem Laufenden halten. Dies um so mehr, als wir danach trachten müssen, jeden Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der Partei zu vermeiden.

Letzteres ist, wie ich in dem angegriffenen Artikel ausführe, gerade die Aufgabe, die dem socialistischen *Revisionismus* zufällt, wie ich ihn verrete.

Die Partei wird in ihrer Praxis nicht lediglich durch theoretische Erwägungen geleitet. Hier spricht vielmehr das reale Bedürfnis der Massen ein grosses Wort mit,

und dies wiederum folgt der Sprache der Tatsachen, die nicht stillstehen, sondern in beständigem Fluss begriffen sind. So wird es unvermeidlich, die Theorie entsprechend diesen Veränderungen zu corrigieren, Auffassungen, die einmal berechtigt waren, aber von der Wirklichkeit überholt sind, richtig zu stellen.

.... Für mich existiert kein Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, bezw., wo er sich einzustellen droht, muss er meines Erachtens energisch bekämpft werden. Als Abgeordneter und demnächst Candidat der Partei habe ich so viel Interesse an der politischen Action, als nur irgend ein Genosse, und als Genosse, der nach seiner Möglichkeit → ja, ich darf beinahe sagen, noch über diese hinaus — sich der Agitation widmet, darf ich auch beanspruchen, einiges Verständnis für ihre Bedürfnisse zu haben. Ich habe bei Niederschrift des betreffenden Artikels durchaus nicht übersehen, dass die Reichstagswahlen vor der Tür stehen, aber ich habe auch keine Silbe davon geschrieben, die der Wahlaction der Partei irgend welche Schwierigkeiten bereiten könnte. Der Wahlkampf dreht sich nicht darum, ob Marx in allen Dingen recht behalten hat, sondern ob die Arbeiterclassen politisch und wirtschaftlich emancipiert werden soll. Wer dies im Auge behält und seine Agitation danach einrichtet, was können dem die Nadelstiche gegnerischer Blätter anhaben?*

*
*
*

Soweit die Zuschrift. Die nachfolgenden Zeilen sollen das in ihr Gesagte noch in einigen Punkten ergänzen. Die sich zunächst aufdrängende Frage ist die, welche Rücksichten diejenigen bekannteren Mitglieder der Partei, die sich specieller mit der Erörterung theoretischer Fragen befassen, bei ihren Veröffentlichungen auf den praktischen Kampf der Partei nehmen sollen.

Für eine radicale Denkart liegt es nahe, darauf zu antworten: gar keine. Jede Rücksichtnahme dieser Art sei von grösserem Uebel, als der durch freies Aussprechen etwa anzurichtende Schaden. Sie würde zur Gewöhnung an innere Vorbehalte führen, den ersten Schritt auf dem Wege zu dem, was man gewöhnlich *Jesuitismus* nennt. Die Partei aber brauche solche Vorbehalte und Rücksichtnahme nicht, da ihr praktischer Kampf auf dem Classenbewusstsein und dem Classeninteresse der Arbeiterschaft beruhe, die durch theoretische Erörterungen gar nicht getroffen werden könnten.

Gegen diese Auffassung lässt sich geltend machen, dass die Socialdemokratie als kämpfende politische Partei nicht nur auf die schon gewonnenen, sondern auch auf die noch zu gewinnenden Elemente, nicht nur auf die ausgebildeten, sondern auch auf die noch wenig ausgebildeten, in ihren Ansichten noch nicht gefestigten Parteigänger und Mitläufer Rücksicht zu nehmen habe und dass in vielen Fällen der Kampf für Einzelforderungen seine volle Kraft erst dadurch erhalte, dass diese als notwendige Teile eines grossen Ganzen aufgefasst werden; dass, wenn das Bild des Ganzen verdunkelt wird, auch der Zusammenhang der Einzelforderungen mit ihm in Zweifel gestellt und so die Einheit des grossen Kampfes gefährdet, das geistige Band gelockert werde, das Arbeiter und Partei verbinde. Wenn sich auch keine absolut bestimmende Regel über Zeit, Form und Mass der Kritik aufstellen lasse, so sei es doch bei einigem Tactgefühl wohl möglich, zu erkennen, wann der Zeitpunkt für die Kritik besonders ungünstig sei und wo ihr möglicher Nutzen anfangs, durch den Schaden aufgewogen zu werden, den ihr zersetzender Einfluss auf die noch ungefestigten Ueberzeugungen auszuüben geeignet sei, zumal wenn sich gewandte Gegner ihrer als Waffe bedienen.

Ich bin nicht doctrinär genug, diesen Einwänden jede Berechtigung abzustreiten, zumal wenn, wie dies von seiten der Redaction des *Volkswillens* geschah,

die Frage eben als eine solche des Tactes gestellt, nur ein Appell an das Tactgefühl der kritisierenden Theoretiker ausgesprochen wird. Ich habe mich denn auch Anrufungen dieser Art niemals grundsätzlich verschlossen. Es wäre in der Tat überaus töricht, sich zu verhehlen, dass für die Wirkungskraft und Wirkungsart der Kritik Zeit, Form und Mass durchaus nicht gleichgiltig sind. Wenn ich im ganzen der erstentwickelten Auffassung nahe stehe, so hat sie für mich doch nicht unbedingte Geltung. Wie alle Freiheit in der Gesellschaft nur möglich wird durch Selbstbeherrschung, so erheischt auch das Recht der Selbstkritik in der Partei eine gewisse Selbstdisciplin. Wie weit diese gehen soll, ist freilich eine schwer zu beantwortende Frage. Aber sicher kann sie zu weit getrieben werden. Nehmen wir an, von den Mitgliedern einer Gruppe, die für ein bestimmtes Programm kämpft, komme eines nach dem andern im Laufe der Zeit zu der Ueberzeugung, dass ein Satz dieses Programms, der ursprünglich als wesentlich für das Ganze gehalten wurde, dies nicht, sondern im Gegenteil falsch und damit geeignet sei, zu falschen Folgerungen und falschen Massnahmen zu verleiten. Wenn ein jeder der zu dieser Ueberzeugung gelangten sie bloss mit Rücksicht darauf für sich behalt, dass der Satz vermeintlich für alle anderen noch die alte, das Ganze stützende Bedeutung habe, so würde schliesslich der unsinnige Zustand eintreten, dass die ganze Gruppe unentwegt einen Satz verficht, an dessen Wahrheit innerlich niemand mehr glaubt. So crass stellen sich ja nun die Dinge in der Wirklichkeit selten, wenn es auch im gesellschaftlichen Verkehr häufig genug vorkommt, dass Leute infolge blossen Nichtaussprechens sich und ihren Freunden nutzlose Lasten auferlegen. Aber Annäherndes geschieht doch auch in der Politik, wo die Menschen oft sehr lange noch die Bleikugel irgend welcher hinfällig gewordenen Ueberlieferung an den Füßen mit sich schleppen, ehe sich jemand findet, die nötig gewordene Ablösung vorzuschlagen. Bei der grossen Bedeutung aber, die dem Zeitmoment in der Politik innewohnt — die Nichtausnutzung einer Gelegenheit kann sehr teuer zu stehen kommen —, ist es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht desjenigen, der die feste Ueberzeugung gewonnen hat, dass er hinter den Irrtum einer bisher geglaubten Ansicht gekommen sei, dies auch so bald als möglich kund zu geben. Einer Bewegung, die aus den tatsächlichen Verhältnissen, und zwar in erster Reihe aus dem Fundament des Gesellschaftslebens, den wirtschaftlichen Verhältnissen, ihre Kraft zieht, kann solches Aussprechen nur in ganz aussergewöhnlichen Situationen schaden. Als eine solche Situation, darin hat der *Volkswille* sicher recht, muss ein grosser allgemeiner Wahlkampf betrachtet werden, der für den Status der Partei und das Interesse der von ihr vertretenen Classe auf lange hinaus entscheidend ist. Wer in einem solchen Moment, wo ein ruhiges Discutieren nicht möglich ist, durch Proclamation neuer Theorien Verwirrung in die eigenen Reihen trägt, würde allerdings den schärfsten Tadel verdienen.

Aber wer wird töricht genug sein, so etwas zu unternehmen? Schon da-
allerelementarste Selbstinteresse spricht dagegen. Denn wer mit Ansichten auftritt, die er für neu hält, will doch vor allem gehört sein; in der Hitze einer Kampfepoche kann er aber sicher sein, selbst bei vielen derer auf taube oder selbst widerwillige Ohren zu stossen, die sonst sein Publicum bilden würden. Es liegt denn auch kein einziger Fall vor, auf den dies Kriterium passte. Die Falle, die der Hannoversche *Volkswille* rügt, gehören in ganz andere Kategorien.

Der *Volkswille* tadelt es, dass der Genosse Göhre entgegen dem bekannten Spruch des Parteivorstandes über die Mitarbeiterschaft von Socialisten an der

nichtsocialistischen Presse in der Hardenschen *Zukunft* einen Artikel über den Glauben des deutschen Kaisers veröffentlicht hat. Indes beanspruchte der Spruch des Parteivorstandes keineswegs die bindende Kraft eines Parteibeschlusses, und selbst wenn sie ihm innewohnte, wäre das Verhalten Göhres für den Wahlkampf der Gesamtpartei bedeutungslos. Man mag es mit dem *Volkswillen* bedauern, aber wie die Dinge liegen, spricht es nur gegen das Gerede von der Knechtschaft in der Socialdemokratie.

Dass mein Artikel *Der Marx-Cultus und das Recht der Revision* nichts enthält, was der Partei in ihrem Wahlkampf von Nachteil sein könnte, glaube ich in der oben abgedruckten Zuschrift zur Genüge nachgewiesen zu haben. Auch habe ich das dort über die Befestigung der Arbeiterfamilie Gesagte keineswegs jetzt zum erstenmal geäußert. Schon vor über drei Jahren habe ich vielmehr in einem Vorwort zu einer italienischen Neuausgabe von Engels' *Ursprung der Familie* genau dieselben Gedanken ausgesprochen und das Vorwort in deutscher Sprache in den *Socialistischen Monatsheften* abgedruckt.¹⁾ »Factisch tendiert die Arbeiterreihe in den vorgeschrittenen Ländern«, heisst es dort, »mehr dahin, bürgerlich zu werden, als sich von der bürgerlichen Ehe hinweg zu entwickeln, und vorläufig wenigstens ist die sociale Gesetzgebung mehr geeignet, auf das erstere, als auf das letztere hinzuwirken.« Dies wird dann näher begründet, worauf es weiter heisst: »Wir können wohl eine Reihe von Erscheinungen feststellen, die auf Erleichterung und Ergänzung der Einzelhaushalte hinwirken, aber eine Auflösung lässt sich nicht feststellen — wenigstens nicht in der Arbeiterklasse.« Und so müsse es »denn auch als fraglich bezeichnet werden, ob wir einer Zeit entgegengehen, wo der monogamischen Ehe die wirtschaftlichen Grundlagen entzogen sind.«

Wenn also zum Beispiel die *Weserzeitung* in den Ausführungen über die grössere Häufigkeit der Arbeiterreihe in der Gegenwart eine funkelnagelneue Ketzerei des Unterzeichneten entdeckt, so ist sie etwas sehr zu spät aufgestanden. Und durchaus auf dem Holzwege ist sie, wenn sie weiter schreibt:

»Es sind das fatale Ketzereien. Die socialistischen Agitatoren werden ihr Recept, nach dem sie arbeiten, wiederum ändern müssen; ihren ungeheuerlichen Schilderungen von dem Elend in Arbeiterhäusern, wo Mann, Frau und Kinder von einander gerissen werden, um durch Arbeit den Kampf um die Existenz zu führen, wird man diese Beweisführung ihres eigenen Genossen entgegenhalten dürfen, der ihnen rund und nett sagt: Ihr verallgemeinert einzelne Fälle und schliesst die Augen gegenüber den Tatsachen und der Entwicklung dieser — eine Antwort, die ihnen von liberaler Seite schon viel früher gegeben ist, die nun aber, wie die Dinge liegen, viel wirksamer sein kann.«

Die *socialistischen Agitatoren* brauchen an ihrem Recept gar nichts zu ändern, denn die Ansicht von der völligen Aufhebung der gegenwärtigen Familienform ist niemals von der Socialdemokratie agitatorisch verwendet worden. In ihrer Agitation und Action hat die Partei vielmehr stets auf den Schutz der Arbeiterfamilie gegen Zersetzung hingewirkt, und wenn in dieser Hinsicht einiges in den Verhältnissen gegen früher besser geworden ist, so hat gerade die socialdemokratische Agitation nicht wenig dazu beigetragen. Aber noch in viel zu vielen Fällen ist das Elend so ungeheuerlich, wie es die crasseste Schilderung nur darstellen kann, noch wirkt in unzähligen Fällen der Capitalismus als zerstörender Feind auch des Familienlebens der Ar-

¹⁾ Bemerkungen über Engels' *Ursprung der Familie*. *Socialistische Monatshefte*, 1900, pag. 447 ff.

beiter, und nur ein unablässiger Gegendruck dieser auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet hindert die auflösenden Tendenzen des Capitalismus, sich in ihrer vollen Kraft geltend zu machen. Dass aber die Arbeitererehe heute häufiger ist, als in der vorcapitalistischen Zeit, liegt, worauf übrigens in dem betreffenden Artikel schon hingewiesen wurde, zu einem guten Teil daran, dass der Arbeiter es heute immer seltener zur Selbständigkeit als Producent bringt und, weil er Lohnarbeiter bleibt, auch als Lohnarbeiter heiratet, während der Handwerksgehilfe in der grossen Mehrheit der Fälle erst heiratete, wenn er aufhörte, Geselle zu sein, und sich als Meister niederliess. Zum anderen Teil aber ist die grössere Häufigkeit der Arbeitererehe die Folge der Ueberflügelung des Landes durch die Stadt und der technischen Umwälzung der bäuerlichen Wirtschaft. Der Gutsknecht, der in sehr vielen Fällen überhaupt nicht zum Heiraten kam, nimmt in der Gesamtarbeiterschaft einen immer geringeren Procentsatz ein, sieht aber vielfach heute schon ganz anders aus, als früher. Wie stark indes heute noch in der Landwirtschaft die Ehelosigkeit der Arbeiter ist, geht daraus hervor, dass 1895 von 100 männlichen Arbeitern in der Industrie 45,12, in der Landwirtschaft aber nur 32,78 verheiratet waren. Gegenüber der Landwirtschaft bedeutet die moderne Industrie unzweifelhaft Vermehrung der Arbeitererehen. Aber das betrifft vorläufig nur erst die Familienform, nicht den Inhalt des Familienlebens, nicht den Wohlstand der Familie, nicht die aus ihr quellende Befriedigung. Darauf aber kommt es an, und solange eine Gesellschaft es hier an den notwendigen Vorbedingungen fehlen lässt, liegt kein Grund vor, mit der blossen Zunahme der Zahl der Familien gross zu tun. Der städtische Arbeiter von heute muss heiraten, will er nicht ein klägliches Dasein führen, und weil er heiraten muss, weil er Familienvater wird, muss er, wie oben gezeigt, auch ganz andere Ansprüche an den Staat stellen, wie der alte Handwerksgehilfe und der Gutsknecht. Dies der *Weserzeitung* zur Antwort. Und damit sei dieser Gegenstand hier verlassen.

* * *

Ein unerquicklicher Umstand ist es ferner nach dem *Volkswillen*, dass Genosse David noch schnell vor der Wahl die Anschauungen wohl der Mehrzahl der Parteigenossen über die Agrarfrage in einem dicken Buch gründlich revidieren zu müssen glaubte.

Hier sei unserm Collegen so viel zugestanden, dass im Verhältnis zur Bedeutung des Davidschen Buches die Frist zwischen seinem Erscheinen und dem Wahlkampf für eine erschöpfende Discutierung in der Tat nicht als ausreichend erachtet werden kann. Nur kann man David nicht gut daraus einen Vorwurf machen. Sein Buch ist die Frucht vieljähriger Arbeit und der jetzt erschienene Band seit langem im Druck. Das Erscheinen des Buches aber nun zurückzuhalten, weil die Wahl mittlerweile näher gerückt war, dazu lag für David um so weniger Anlass vor, als nach seiner festen Ueberzeugung — und ich habe bereits in dieser Zeitschrift ausgeführt, dass dies auch die meine ist — sein Buch im Wahlkampf der Partei lediglich von Nutzen sein kann.

Das ist nun freilich von einer gewissen Seite her nicht nur bestritten, sondern es ist sogar David auf Grund seines Buches alles Verständnis für den Socialismus abgesprochen worden. Aber was war das auch für eine Kritik! Obwohl der *Volkswille*, wie aus der zuletzt citierten Stelle ersichtlich ist, in der Agrarfrage bis jetzt noch eher auf seiten Kautskys steht, spricht er sich doch scharf gegen

den Ton der von Kautsky in der *Neuen Zeit* an David geübten Kritik aus. Sie müsse, schreibt er, »aufs tiefste verletzen, Hass und Erbitterung in die Reihen der Parteigenossen tragen«.

Es ist leider nicht gut angängig, diesen Vorwurf als unbegründet zu bezeichnen. Handelte es sich nur um einige Derbheiten in der Form, so würde man billigerweise Kautsky etwas zu gute halten müssen, da David ihn zuweilen auch nicht gerade zart behandelt hat. Aber nicht die Form, das ganze System des Angriffs fordert zum Protest heraus.

David hat sich entschlossen, die eingehende Zurückweisung der ihm von Kautsky zu teil gewordenen Kritik bis nach beendetem Wahlkampf zu vertagen, wo für die Befassung mit den dabei in Betracht kommenden Streitfragen mehr Zeit und Stimmung sein wird. Nun bin aber auch ich bei der Sache beteiligt. Die, meines Erachtens viel zu schwach ausgefallene, Anerkennung, die ich Davids Buch in dieser Zeitschrift gezollt habe, hat es mit sich gebracht, dass sich Kautskys Kritik derselben wiederholt auch gegen mich wendet. Und selbst wenn dies nicht direct geschähe, würde Kautskys Kritik, sofern sie zuträfe, neben dem Verfasser des Buches auch dessen Lobredner vernichtend blossstellen. Ganz unbeantwortet kann ich sie also nicht lassen. Da aber meine Antwort viel kürzer sein kann, als die Davids, sei es mir gestattet, sie auch gleich hier zu erledigen. Zusammenfassend kann ich nur sagen, dass nach meinem Dafürhalten noch selten ein Buch mit Bezug auf seinen Charakter, seine Tendenz, seine Beweisführung und seine Schlüsse falscher dargestellt worden ist, als es mit Davids Buch in den fünf Heften der *Neuen Zeit*, Nr. 22 bis 26, durch Kautsky geschehen ist, und im nachstehenden will ich es versuchen, an einem für die Agitation der Socialdemokratie wichtigen Punkt den Beweis für die Berechtigung dieser Behauptung zu erbringen.

In Deutschland bekämpft die Socialdemokratie energisch die Einfuhrzölle auf Agrarproducte. Den Erklärungen und Berechnungen der Agrarier, dass die heimische Landwirtschaft bei dem Weltmarktpreis, wie er sich unter dem Einfluss der überseeischen Lebensmittelconcurrnz stelle, unmöglich bestehen könne, begegnet sie theils mit deductiven Einwänden, theils mit dem Hinweis auf Beispiele aus der Erfahrung, die zeigen, dass, wo Landwirte des alten Europa sich an die Situation anpassen, wie sie durch den Eintritt jener Concurrnz geschaffen worden ist, sie auch ohne Zoll bestehen und sogar gedeihen können. Als classisches Beispiel dafür fungiert in der Regel Dänemark. In einer der wirksamsten Reden, die in dem ganzen Feldzug socialistischerseits im Reichstag gehalten wurden, hat August Bebel in der Reichstagssitzung vom 25. October 1902 wiederholt den glänzenden Stand der dänischen Landwirtschaft betont und ihn theils der grossartigen Ausbildung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Dänemark und theils der Tatsache zugeschrieben, dass die Dänen eben keine Agrarzölle haben, die ihnen die Futtermittel verteuern. In letzterer Hinsicht bemerkte er:

»Nun ist es interessant, zu sehen, wie sich die Einfuhr von Kraftfuttermitteln auf Deutschland, England und Dänemark verteilt. Bei uns beträgt die Einfuhr von Mais auf 100 Stück Rindvieh 73 Doppelcentner, in England 237, in Dänemark 250. (*Hört! hört!* links.) Da begreift man, woher die riesige Entwicklung der dänischen Viehwirtschaft kommt. Die Dänen sind nicht so einfältig, wie wir Deutschen, dass sie die notwendigsten Futtermittel, die sie im eigenen Lande nicht bauen können, durch Zölle künstlich verteuern. (*Sehr wahr!* bei den Socialdemokraten.) Nein, die lassen sie frei ein, und der Erfolg ist, dass sie im Vergleich zu unserer deutschen ungefähr $3\frac{1}{2}$ mal so viel Kraftfuttermittel auf 100 Stück Rindvieh bei sich einführen, als wir, und damit ihre wundervolle Viehzucht halten können, in der sie uns

Deutschen weit überlegen sind. Wenn etwas beweist, wie töricht gerade die bisherige Entwicklung der Futtermittelzölle mit Rücksicht auf die Viehzucht war, dann beweisen es diese Zahlen. (*Sehr richtig!* links.) Bei der Einfuhr von Oeikuchen kommen auf 100 Stück Rindvieh in Deutschland 26, in England 34, in Dänemark 122 Doppelcentner. (*Hört! hört!* links.) Auch hier wieder riesige Zahlen, die günstig für die Entwicklung der dänischen Viehwirtschaft sprechen und für uns ein Menektekel sein sollten, in dieser Weise nicht weiter zu gehen.*

Nun ist die dänische Landwirtschaft in hohem Grade Bauernwirtschaft. Dänemark ist vor allem ein Bauernland, und gerade die Classe der Kleinbauern hat sich unter der Wirkung der geschilderten Verhältnisse sehr gestärkt. Der dänische Socialist Gustav Bang schreibt darüber:²⁾

»Der ländliche Kleinbetrieb hat in Dänemark seine eigene Geschichte. Seit der Agrarkrisis in den siebziger und achtziger Jahren war er in bemerkenswertem Aufgang begriffen. Bis zu dieser Zeit war der Zwergbauer fast ausschliesslich Lohnarbeiter; sein eigener Betrieb war gewöhnlich Nebenerwerb. Die veränderte Lage der Landwirtschaft schob ihn in den Vordergrund, denn er wurde von den sinkenden Kornpreisen nicht getroffen, weil er nicht Korn producierte; vielmehr profitierte er von ihnen. Die genossenschaftliche Bewegung war ihm sehr günstig: sie setzte ihn in stand, die Milch seiner Kuh, das Fleisch seines Schweines, die Eier seines Geflügels in Geld zu verwandeln. Mit fast unglaublicher Mühe haben seitdem Tausende von Häuslern ihren Betrieb in der Weise emporgearbeitet, dass sie sich schrittweise von der Lohnarbeit im Dienste Fremder emancipierten und ausschliesslich oder fast ausschliesslich von den Erzeugnissen der eigenen Wirtschaft ernährten.«

Bang meint nun, unter Hinweis auf eine Erhebung über die Lebenshaltung der dänischen Landbevölkerung, der Erfolg sei das *dürftigste Leben unter der Sonne*, ein *Leben auf der Schwelle zwischen Hunger und Nighthunger*, und wenn später der Sohn den Betrieb des Vaters übernehme, so werde er die Früchte von dessen Schweiss *im Hypothekencapital verzinsen* müssen. Aber das letztere ist eine reine Vermutung, und das erstere wird durch seine eigenen vorhergegangenen Ausführungen widerlegt. Denn wie mangelhaft auch dieser Kleinbauer heute im Verhältnis zu einer Idealnorm lebe, so ist doch die Frage, auf die es hier ankommt, die: wie lebt er im Verhältnis zu seiner früheren Existenzweise als Landarbeiter? Und da heisst es bei Bang selbst, dass der Kleinbauer »bezüglich der Ernährung viel besser daran ist« und auch »bezüglich der Wohnung besser gestellt ist, als der Landarbeiter«. Obendrein hat Bang hier mehr den Zwergbauer, als den Durchschnittskleinbauer im Auge.

Kurz, es ist eine unumstössliche Tatsache, dass die Anpassung an die veränderten Weltmarktbedingungen hier der Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft ausserordentlich günstig gewesen ist, dass unter ihr die Erträge der dänischen Landwirtschaft sich ungemein gehoben haben, der Wohlstand der dänischen Landbevölkerung gestiegen ist.

Aehnliches hat sich auch anderwärts gezeigt. Die veränderten Bedingungen der Weltwirtschaft verweisen die Landwirtschaft der dichtbevölkerten Länder Europas auf die intensiveren Culturen, und bei diesen ist die kleinbäuerliche Wirtschaft, wo sie rationell mit den Mitteln und nach den Grundsätzen der modernen Agronomie betrieben wird und genossenschaftlich organisiert ist, in einer ganzen Reihe von Productionszweigen dem Grossbetrieb gewachsen, ja vielfach sogar überlegen. Das ist keine leere Behauptung, keine blosser Deduction, sondern eine erfahrungsmässig festgestellte Tatsache. Für sie sucht Davids Buch die theoretische

²⁾ Vergl. Gustav Bang: *Die Lebenshaltung der unteren Schichten der dänischen Landbevölkerung*. *Die Neue Zeit*, 1901—1902, II. Bd., pag. 776 ff.

Erklärung, und nachdem eine ausserordentlich tiefgehende Analyse des landwirtschaftlichen Productionsprocesses ergeben hat, dass hier nicht eine den allgemeinen Gesetzen der Wirtschaft widersprechende, sondern mit ihnen durchaus in Uebereinstimmung stehende Erscheinung vorliegt, entwickelt David auf Grund ihrer seine Thesen für die Agrarpolitik der Socialdemokratie. Seine Methode ist wissenschaftlich unanfechtbar, selbst Kautsky hat gegen sie nichts irgendwie Stichhaltiges vorzubringen gewusst, und es hiesse auch die grösste Errungenschaft der Marxschen Methode über den Haufen werfen, wollte man an ihr principiell Anstoss nehmen.

Natürlich schliesst die beste Methode keine irrigen Folgerungen aus, keine irrthümliche Wertung von Tatsachen etc. Das sind Dinge, über die man streiten kann und auf die hier im einzelnen nicht eingegangen zu werden braucht. Aber wie man sich auch zu Davids Folgerungen stellen mag, so kann doch so viel mit Fug und Recht behauptet werden: sie sind gewonnen auf Grund einer Untersuchung, die in ihrem Aufbau jedem Bewunderung abnötigt, der überhaupt Gefühl für wissenschaftliche Architektonik hat, und sie fussen auf einer ganz bestimmten bedingenden Voraussetzung: dem Eintritt der jungfräulichen Culturen Nord- und Südamericas und anderer überseeischer Länder in die Weltwirtschaft und der Fortdauer dieser Concurrenz. David lässt darüber absolut keinen Zweifel, immer wieder kommt er darauf zurück, noch im letzten bzw. vorletzten Capitel — im § 68, der überschrieben ist *Die weltwirtschaftliche Formation der organischen Production* — behandelt er diesen Punkt in aller Ausführlichkeit und Schärfe. Man braucht nur das Inhaltsverzeichnis dieses Capitals zu lesen, um den Zusammenhang sofort zu begreifen: »Voraussetzung ist genügende Production von Massennahrungsmitteln«, heisst es da als zweite These, und weiter nach einem Zwischengliede: »Daher Expansion der Anbaufläche. Nordamerica. Argentinien.« Und dann erst, nachdem noch einige Zwischenglieder aufgeführt sind: »Vorsprung des Kleinbetriebes bei dieser Entwicklung; Gruppierung der landwirtschaftlichen Weltproduction nach dem Princip des specifischen Arbeitsfassungsvermögens« und so fort. Man kann es dem Leser wirklich nicht leichter machen, den Zusammenhang des Gedankenganges zu begreifen.

Davon aber erfährt der Leser in den zehn Artikeln, in denen Kautsky David abtut, kein Wort. Nur an einer Stelle lässt Kautsky etwas davon merken, dass David sich mit der überseeischen Concurrenz befasst, aber gerade da — auf Seite 811 — wird die Sache total verdreht dargestellt. Er lässt David in einem Specialfall *wieder* die überseeische Concurrenz *zu Hilfe rufen* und setzt höhnisch hinzu, dass diese »allerdings den Tatbestand etwas *verschleierte*. Es ist, als schriebe jemand, dass Marx im *Capital* an irgend einer Stelle *wieder* die Umwälzung der Productionstechnik *zu Hilfe rufe*, um seine, der Himmel weiss wie, gefundenen Sätze über das Verhältnis von Capitalist und Arbeiter in der modernen Industrie zu beweisen. Dann werden Sätze Davids, die bestimmte Tendenzen kennzeichnen, mit Hinweisen auf Tatsachen corrigiert, die in dessen Buch ausdrücklich hervorgehoben und gewürdigt sind.²⁾ Aber der wirkliche Zusammenhang der Entwicklung bei David, die Rolle.

²⁾ Allerdings auch durch solche, die für die Theorie ganz beweisunkräftig sind. So ist die deutsche Körnerproduction, deren Zahlen Kautsky gegen David aufmarschieren lässt, durch Schutzzölle von 25 % und darüber im Wert gegen die überseeische Concurrenz geschützt. Die tatsächliche Entwicklung der deutschen Landwirtschaft lässt also nicht erkennen, welches die Wirkung jener Concurrenz bei völlig freier Weltwirtschaft gewesen wäre. Bekämen wir den 7 Mark Zoll, den die Agrarier verlangen, dann würden Getreidewirtschaften rentabel, die heute als solche nicht bestehen können, aber David wäre

die die überseeische Concurrenz in Wirklichkeit bei ihm spielt, bleibt dem Leser der Kautskyschen Kritik vollständig verborgen. So erscheinen eine ganze Reihe Davidscher Sätze bloss auf Grund dieser Verschweigung, und sie ist nicht die einzige, in durchaus schiefem Lichte. Was soll man aber von einer Kritik halten, wie charakterisiert sich eine Kritik, die eine grundlegende Voraussetzung der gezogenen Folgerungen verschweigt oder, um einen Ausdruck Kautskys zu brauchen, *verschleiert*?

Ich will kein charakterisierendes Wort gebrauchen, das Verfahren kennzeichnet sich von selbst zur Genüge. Kautskys ganze Kritik ist dictiert von dem Bestreben, David als einen Menschen hinzustellen, der keine Ahnung von den wirklichen Zusammenhängen des Wirtschaftslebens hat, der total unfähig ist, sich über den bürgerlichen Horizont zu erheben und ganz und gar kein Verständnis dafür hat, was der Socialismus wirklich ist. Gegen einen solchen Menschen polemische Siege zu erkämpfen, ist eigentlich keine sehr grosse Ehre; wer etwas auf sich hält, sollte sich würdigere Gegner wünschen, und wenn er sie nicht haben kann, sie sich wenigstens herzurichten suchen.

Indes, das ist Gefühlssache. Um beim Thema zu bleiben, so ist es total unrichtig, dass David die Ueberlegenheit des bäuerlichen Betriebs über den agrarischen Grossbetrieb als allgemein giltiges Gesetz aufstellt; er entwickelt vielmehr genau eine ganze Reihe von technischen und socialen Bedingungen, von denen sie abhängt, und übergeht auch nicht die Umstände, die diese Tendenz durchkreuzen. Ein von ihm berührter Factor der Ueberlegenheit gibt Kautsky zu besonderen Angriffen auf *David und seine Leute* Anlass und soll daher hier nicht übergangen werden.

Es betrifft dies die grössere Emsigkeit und Sorgfalt des bäuerlichen Selbstwirtschafers gegenüber dem Lohnarbeiter der Landwirtschaft. Dass David diesen Factor betont, stellt ihn nach Kautsky in ein sehr ungünstiges Licht. Marx, schreibt er spöttisch, 'hat kein so geschärftes Auge für die Faulheit und die Allotria der Lohnarbeiter, wie David'. Aber wenn er das Buch *Das Capital* eines gewissen Karl Marx vornimmt, so wird er gleich im ersten Band im fünften Capitel als einen der Umstände, die die auf Slaverei gegründete Production verteuern, die *Allotria* angeführt finden, die der Slave bei der Arbeit mit Tier und Arbeitszeug treibt, weshalb es *ökonomisches Princip in dieser Productionsweise* sei, nur die rohesten, schwerfälligsten Arbeitsinstrumente anzuwenden.¹⁾ Das heisst mit anderen Worten, dass die Lohnarbeit die höhere Productionsweise ermögliche, weil beim Lohnarbeiter die betreffenden *Allotria* des Slaven wegfallen. Die Sarkasmen, die Marx dabei hinsichtlich der Lohnarbeit einstreut, lassen die Tatsache, die er feststellt, unberührt. An einer anderen Stelle, im dritten Band des *Capital*, erklärt Marx es für eine der *civilisatorischen* Seiten des Capitals, dass es die Mehrarbeit in einer Weise und unter Bedingungen erzwingt, die der Entwicklung der Productivkräfte der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Schöpfung der Elemente für eine höhere Neubildung vorteilhafter sind, als unter den früheren Formen der Slaverei, Leibeigenschaft u. s. w.²⁾

Aber ist nicht die grössere Emsigkeit des bäuerlichen Selbstwirtschafers einfach übermässige Abackerung, so dass die grössere Ergibigkeit seiner Arbeit nur

darum doch nicht widerlegt. Die deutschen Consumenten würden einfach eine Steuer an die Grundbesitzer zahlen, welche die deutsche Volkswirtschaft schwer belasten und verschiedentlich zurückschrauben würde.

¹⁾ Vergl. Karl Marx: *Das Capital*. I. Bd., 4. Aufl., pag. 159.

²⁾ Vergl. s. a. O., III. Bd., 2. Teil, pag. 354.

Schein ist? Kautsky behauptet dies und erklärt Davids Ausführungen über diesen Punkt als einfache Bestätigungen für seine Ansicht. Ich gebe ohne weiteres zu, dass, wenn oder wo die grösseren Erträge einer Wirtschaftsform über andere durch grössere Abnutzung des Menschen in der Arbeit erzielt werden, diese nicht als überlegen betrachtet werden darf. Aber es ist durchaus nicht gesagt, dass der grössere Fleiss und die grössere Sorgfalt des Kleinbauern auch grössere Abrackerung bedeuten.

Man darf hier nie den Unterschied der landwirtschaftlichen von der heutigen Industriearbeit ausser acht lassen. Er besteht vor allem in der grösseren Mannigfaltigkeit der Verrichtungen. Die Arbeit gerade des kleinen Landwirts wechselt nicht nur nach den Jahreszeiten und Tagen, sondern oft selbst nach den Tageszeiten. Schon das macht es unmöglich, an sie ganz den gleichen Massstab anzulegen, wie an die des industriellen Arbeiters. Sie ist zeitweise viel schwerer, als die des letzteren, zeitweise aber auch viel leichter und anmutender. Sie nimmt die Nerven weniger in Anspruch und gibt seelisch grössere Genugtuung. Und wie jede Tätigkeit, bei der die Seele, das Gemüt auf ihre Rechnung kommen, selbst bei physischer Anstrengung den Charakter der Arbeit zum Teil verliert, so ist auch manche Verrichtung des Selbstwirtschafers, die für den Lohnarbeiter der Landwirtschaft Arbeit ist, dies für ihn nicht oder doch nur in viel geringerem Masse.

Hier spielt eben das Moment der *anziehenden Tätigkeit* hinein, um mit Fourier zu reden. In der Streitschrift von Marx-Engels-Hess gegen Stirner heisst es an einer Stelle, es handle sich »nicht darum, die Arbeit zu befreien, sondern sie aufzuheben.«⁶⁾ Dieser Satz ist nur zu verstehen, wenn man im Sinne Fouriers an eine Umwandlung der productiven Tätigkeit aus Arbeit in anziehende Beschäftigung denkt. Es ist interessant und für den geistigen Entwicklungsgang von Marx, die Wandlung seiner Anschauungen überaus charakteristisch, mit jener Stelle das Stück am Schluss des dritten Bandes *Capital* zu vergleichen, wo Marx, der im ersten Band noch Proudhons Satz *Jede Arbeit muss einen Ueberschuss lassen* mit der Bemerkung verhöhnt hatte, das schein auch zu den Rechten und Pflichten des Bürger zu gehören, darlegt, dass *Mehrheit, als Arbeit über das Mass der gegebenen Bedürfnisse hinaus, immer bleiben muss.* »Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äussere Zweckmässigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Production.«⁷⁾ Von einem *Aufheben* der Arbeit ist hier nicht mehr die Rede. Im Gegenteil, das Reich der Production »bleibt... immer ein Reich der Notwendigkeit.« Erst »jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit...«

Für die Industrie, die mechanische Production ist das unbedingt richtig. Hier ist die Grenze zwischen Unterordnung der menschlichen Kraftentwicklung unter einen organisierten Arbeitsprocess und der freien Kraftentwicklung streng geschieden. Aber wie in gewissen Zweigen des Kunstgewerbes, so verwischt die Grenze sich auch unter bestimmten Bedingungen in der Landwirtschaft, und diese sind in der bäuerlichen Selbstwirtschaft gegeben. Darum ist es unmöglich, an ihre Besorgung ganz den gleichen Massstab anzulegen, wie an durch Lohnverhältnisse etc.

⁶⁾ Vergl. *Der heilige Max Documente des Socialismus*, 1903, Nr. 4, pag. 177.

⁷⁾ Vergl. Karl Marx: *Das Capital*. III. Bd., 2. Teil, pag. 355.

erzwungene Landarbeit. Im übrigen ist David weit davon entfernt, den gegenwärtigen Kleinbetrieb für ideal und die denkbar höchste Form des Landwirtschaftsbetriebs zu erklären.

Aber jede Gesellschaft kann zunächst nur mit den Productionselementen rechnen, die ihr zur Verfügung stehen, und muss von ihnen diejenigen zur Entfaltung zu bringen suchen, welche die höchste Wirtschaftlichkeit repräsentieren. Wenn Kautsky an einen Satz Davids, der vom gesellschaftlichen Interesse an der höchsten landwirtschaftlichen Productivität spricht, die Bemerkung anknüpft, da sei ja gar nicht vom Interesse des Arbeiters die Rede, für die proletarische Denkweise aber sei der Arbeiter Selbstzweck, nicht, wie für die bürgerliche, Mittel zum Zweck — womit *David und seine Leute* wieder einmal als Bourgeois gebrandmarkt sind —, so soll diese Dialektik uns nicht weiter kümmern. Die Arbeiterklasse hat mindestens ebenso sehr als jede andere Classe ein Interesse an der höchsten Ergibigkeit der landwirtschaftlichen Production, und sie betätigt dieses Interesse, soweit sie in der Socialdemokratie organisiert ist, auch dadurch, dass sie jede Agrarpolitik verwirft, die auf Erhaltung von Landwirtschaftsbetrieben abzielt, die nicht auf der Höhe der Productivität stehen, und für eine Agrarpolitik eintritt, bei der die productivsten Betriebe den Platz behaupten sollen. Das würde noch mehr in dem Moment der Fall sein, wo der Socialdemokratie die politische Macht und damit die Verantwortung für den allgemeinen Wohlstand zugefallen wäre. „Nun haben wir aber noch kein Beispiel dafür, dass landwirtschaftliche Productivgenossenschaften auf die Dauer Bestand gehabt hätten. Die communistischen Colonien Nord-america's können hier gar nicht in Betracht kommen, weil ihre bodenwirtschaftlichen etc. Voraussetzungen in der alten Culturwelt hinwegfallen, und Ralahine, das Kautsky ebenfalls hier aufmarschieren lässt, ist das unglücklichste Beispiel für eine landwirtschaftliche Productivgenossenschaft, das sich nur denken lässt. Diese viel gerühmte Gründung bestand genau so lange, als der wohlthuende Mr. Vandeleur hinter ihr stand, und verpuffte wie eine Seifenblase, ohne eine Spur zu hinterlassen, dessen Geld zu Ende war. Nein, die Productivgenossenschaft der Landarbeiter ist vorläufig noch überall ein ungelöstes Problem. Bewährt aber haben sich überall die bäuerlichen Producentengenossenschaften, und vielfach ist es auch schon gelungen, solche mit Arbeiterconsumvereinen in Verbindung zu bringen. Die Socialdemokratie kann in ihrer Entwicklung gar nicht umhin, da, wo das Kleinbauerntum in ihnen überwiegt, sich freundlich und fördernd zu ihnen zu stellen, sie wurde ihrer Ausbreitung selbst die Tür verrammeln, wenn sie es nicht täte.

Es ist keineswegs, wie Kautsky liebenswürdig unterstellt, die Unfähigkeit, sich über den bürgerlichen Horizont hinaus zu erheben und sich eine socialistisch geordnete Wirtschaft vorzustellen, was unsere Stellung zur Agrarfrage bestimmt. Aber wir haben es bisher als das unterscheidende Merkmal der Marx'schen von anderen socialistischen Theorien betrachtet, dass sie alles Construieren aus der Utopie und auf Grund abstracter Principien verwirft und aus der wirklichen Bewegung, der sich vollziehenden tatsächlichen Entwicklung der Wirtschaft die Hebel und Elemente für die Weiterentwicklung der Gesellschaft zu ermitteln sucht. Wir haben an dem vorgeführten Beispiel gesehen, wie Marx den so reizvollen Gedanken Fouriers verabschiedet und die ewige Dauer der notwendigen Arbeit verkündet. Ein fossilisierter Fourierist, dem das Phalantastere vor Augen schwebt, würde auf den Marx'schen Satz genau die Worte anwenden können, die Kautsky den bürgerlich bornierten David und Genossen ins Gesicht schleudert. Ferner, was unterscheidet Marx principiell

von Proudhon? Die Kritik, die Marx an Proudhon im *Elend der Philosophie* und anderwärts geübt hat, muss in vielen Punkten als übertrieben und ungerecht bezeichnet werden. Aber den fundamentalen Unterschied der Denkweise lässt sie selbstverständlich klar erkennen. Proudhon, so viel Richtiges er gegen die Utopisterei geschrieben hat, bleibt mit seinen Versuchen, fertige Formeln für die Verwirklichung des Socialismus zu construieren, mit seinen Constructionen aus abstracten Principien halben Fusses selbst in der Utopie stecken. Ausserdem knüpft Proudhons Hauptproject an die Circulation an, während Marx, sowohl in seiner Analyse, wie auch in der Vorauszeichnung der zukünftigen Entwicklung, von der Production als dem bestimmenden Factor ausgeht. In beiden Beziehungen sehen wir David durchaus auf der Seite von Marx. In Bezug auf gewisse Specialvorschläge Proudhons haben wir aber gelegentlich auch Marx an der Seite des von ihm so oft verspotteten Mannes gesehen, und in anderen hat die Entwicklung Proudhon recht gegeben. Wenn also irgend ein Punkt des Davidschen Programms sich mit irgend einem Vorschlag Proudhons begegnet, so ist eine Kritik, die David daraufhin zum *Neuproudhonisten* stempelt, so wissenschaftlich, wie das Verfahren jenes Weisen, der alle Wesen, die schwimmen, für Fische erklärte.

Aber ob *Neuproudhonismus* oder was sonst, das Facit von Davids Buch entspricht genau der Stellung gegenüber den Landwirtschaftsgruppen und Landwirtschaftsforderungen, welche die Socialdemokratie in den Kämpfen wider das Agrariertum bisher vertreten hat und sich anschickt, auch im bevorstehenden Wahlkampf zu vertreten.

Principielles zum Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

Eine Replik.

Von

Willy Hellpach.

(Berlin.)

Im vorigen Heft dieser Zeitschrift hat Oda Olberg meinen Aufsatz *Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten* mit einigen Einwänden bekämpft, die etwas wirr und zusammenhanglos aneinandergereiht erscheinen, aber deutlich erkennen lassen, dass sie gegen mich das *Princip* retten zu müssen glaubt. Es ist allerdings weniger mein Essay, als mein jüngst erschienenes Buch *Nervosität und Cultur*, und zwar dessen VII. Capitel *Liebeseben und Nervenleiden*, das Olbergs Seele bedrückt. Was ich dort geschrieben habe, oder besser: was Oda Olberg dort gelesen zu haben glaubt — ist nach ihrer Meinung unsocialistisch. Die Anklage erscheint mir wichtig genug, um alle anderen Einzelheiten in Olbergs Entgegnung zu übergehen und mich nur mit den Sätzen zu beschäftigen, die die Entweihung des *Princips* festnageln und — für nicht sehr anspruchsvolle Causalitätswesen — auch sozusagen begründen. Es sind folgende Stellen:

„Obwohl wir wissen, dass im Kampfe gegen sie die Socialdemokratie zu den einzelnen humanitären Gesellschaften steht, wie die radicale Behandlung zur symptomatischen, dürfen wir dieser keineswegs unsere Mitarbeit verweigern; aber wir können meines Erachtens doch nicht von unseren socialistischen Grundanschauungen abstrahieren, was Willy Hellpach mir zu tun scheint....

.... Er steht ja nicht allein. Versuche, die Studentenliebschaften als sittliche Verfeinerung zu preisen, sind so alt, wie diese selbst; nur von socialistischer Seite dürften sie bisher noch nicht gekommen sein....

.... Wir können uns gewiss an aller Gegenwartsarbeit beteiligen, an den Versuchen, die schwersten Missstände zu mildern, solange sie irgend wirksam erscheint

und nicht darauf hinläuft, den Elenden und Bedrückten die Möglichkeit künftiger Befreiung gegen Gewährung kleiner Augenblicksvorteile zu nehmen. Dieselben psychologischen Eigenschaften, die einen zum Socialdemokraten machen, schliessen es aus, dass man den Bestrebungen, das schlimmste Elend zu lindern, teilnahmslos gegenüberstehe. Aber Vorschläge, eine Gesellschaftsschicht zu sanieren durch Durchseuchung einer anderen, sind unsocialistisch. Für die sociale Hilfsarbeit sind für den Socialisten feste und unverrückbare Leitsätze vorhanden; ich sehe absolut keine Möglichkeit, die von Hellpach in seinem Buche eingenommene Stellung mit diesen Leitsätzen zu vereinen.*

Und nun meine Antwort.

Es war gerade kein sehr glücklicher Zeitpunkt, den Oda Olberg wählte, um den Standpunkt der *unverrückbaren Leitsätze* hervorzuholen und den Andersgläubigen zu verdammen. Sind denn in der Tat die *Leitsätze*, die sie im Auge hat, *unverrückbar*? Sicherlich gibt es gewisse Grundanschauungen, ohne die der Socialismus nicht denkbar ist, und wenn man zuweilen reden hört, heute sei in gewissem Sinne *jeder Mensch* Socialist, so muss man solchen Verwässerungen mit Entschiedenheit entgegenreten. Was das Wesen des Socialismus charakterisiert und diesen von allen sonstigen sozialen Bestrebungen scheidet, ist die Ueberzeugung, dass allein die Beseitigung der Ausbeutung des einen Menschen durch den andern, die nur erreicht werden kann durch gesellschaftliche oder genossenschaftliche Regelung der Production und Distribution, und das dadurch bedingte Aufheben jeglicher Classenherrschaft eine wirkliche Durchbildung und Differenzierung der menschlichen Gesamtcultur ermöglichen kann. Die Gegenwartsaction eines Socialisten wird also bestimmt durch die Ueberzeugung, dass die steigende Beteiligung der Arbeiterklasse an den Früchten wie den Aufgaben unseres gesamten Culturlebens die Bedingung einer gedeihlichen Fortentwicklung unserer Cultur überhaupt sei und dass diese Beteiligung nach der ganzen gegebenen Culturfrage nur durch eine steigende Anteilnahme der Arbeiter an den Früchten und den Aufgaben der wirtschaftlichen Production gesichert werden kann.

Diese Anschauungsweise scheint mir in der Tat für einen Socialisten *fest und unverrückbar* zu sein. Was aber meiner Ansicht nach ganz und gar nicht *fest und unverrückbar* ist, das sind die *Leitsätze*, an die Oda Olberg denkt: die *Leitsätze* für die Beteiligung der socialistischen Denkenden in der Gegenwartsarbeit. Wenn es Oda Olberg zu mühevoll ist, die Acten der deutschen Parlamentsgeschichte des Reiches wie der Einzelstaaten durchzublättern, um sich dort von der unaufhörlichen Verückung dieser *Leitsätze* zu überzeugen, so genügen ihr vielleicht die Namen *Turati* und *Millerand*, um ihren Irrtum zu corrigieren. Dass der Socialismus sich in den paar Leuten erschöpfte, die durch *unverrückbare* *Leitsätze* für die sociale Hilfsarbeit zusammengehalten werden, dürfte von Oda Olberg wohl schwerlich behauptet werden.

Nun ist es ja mit der reinlichen Scheidung von Zukunfts- und Gegenwartsarbeit überhaupt eine recht missliche Sache. Wohltätigkeitsbazare sind eine Form socialer Hilfstätigkeit, die auch von sehr conservativen Leuten abgelehnt wird; ernste social-reformerische Erfolge oder Bestrebungen aber von oben herab als *socialer Hilfsarbeit* abzutun, zeugt von geringer Kenntnis der historischen Entwicklung, überhaupt von einem wenig concreten Denken. Zumal wenn diese Hilfsarbeit durch den Kampf wider die Geschlechtskrankheiten dargestellt wird. Die rassenhygienischen Bestrebungen, wie sie vor allem in der Bekämpfung der Tuberculose, des Alkoholismus und der Geschlechtskrankheiten gegeben sind, bedeuten gerade für die Arbeiterschaft einen so unerlässlichen Factor des Aufstiegs zu höherer Cultur, dass ohne sie auch eine Idealgesellschaft ganz jämmerlich wieder verelenden müsste. Wenn sie diese Bewegungen schon von der Zukunftsarbeit abzieht, dann bitte ich Oda Olberg doch mir zu zeigen, was noch übrig bleibt: sicherlich nicht so viel, um eine gute Komödie daraus zu machen, geschweige denn Geschichte.

Aber freilich: Oda Olberg wird mir entgegen, auch mit der oben charakterisierten Auffassung vom Wesen des Socialismus sei die von mir empfohlene Form ausserehelichen Liebesverkehrs nicht zu vereinen. *Absolut* nicht, natürlich; denn dieses Wörtchen gehört zur *Unverrückbarkeit*. Wenn nur Oda Olberg mit dem schweren Geschütz ihrer Anklage nicht gar so planlos in die Luft feuerte, anstatt gegen meine Behauptungen!

Da werde ich des Versuches bezichtigt, das Verhältnis als *sittliche Verfeinerung* zu *preisen*. Ich erschrecke über mich selber, und wälze mein Buch: keine Spur; meinen Aufsatz: keine Spur! In meinem Aufsätze finde ich, dass ich die Worte *ästhetische Verfeinerung* und *sittliche Vergröberung* als Characteristica des *Verhältnisses* im Sperrdruck habe setzen lassen; da aber Oda Olberg trotzdem mir unterschiebt, dass ich von sittlicher Verfeinerung geredet habe, so fühle ich mich am Ende meiner Ausdrucksmittel — es gibt eben eine Entrüstung *unverrückbarer* Herzen, die das Auge selbst gegen Sperrdruck blind macht. In meinem incriminierten Buche habe ich auf Seite 167 ausgeführt, wie das *Verhältnis* »durch die ausgiebige Gewährung oberflächlicher Sinnenliebe im Manne das Verlangen nach rein sinnlichen Reizen dampft, die Sehnsucht nach tieferer seelischer Gemeinschaft in ihm wachruft und so eine wertvolle Erziehung zur Ehe darstellt. So wird das *Verhältnis* einerseits als etwas empfunden, das das Leben nicht genügend auszufüllen vermag.... Andererseits wieder steht es hoch über dem Umfang mit der Prostitution, indem es den Mann gewöhnt, seine sinnlichen Triebe nur im Verkehr mit einem geliebten und vertrauten Geschöpf zu befriedigen, und so sein geschlechtliches Fühlen entschieden veredelt.« Wenn Oda Olberg die Veredelung des geschlechtlichen Fühlens, also eine *sinnliche* Verfeinerung schlechtweg in eine *sittliche* umcorrigiert, so muss ich freilich bekennen, dass derartige Missverständnisse die Diskussion gerade nicht sehr reizvoll gestalten. Schliesslich kann man doch nicht jedes Mal wieder mit der Erklärung der elementarsten Begriffe anfangen....

Aber das ist noch harmlos; es kommt noch weit schlimmer. Mein Vorschlag soll *unsocialistisch* sein, weil er darauf hinausläuft, nein — ich fälsche Oda Olbergs Worte. Sie sagt mit Bezug auf mich: »Vorschläge, eine Gesellschaftsschicht zu sanieren durch Durchseuchung einer andern, sind *unsocialistisch*.« Ich kann mir das nun deuten, wie ich will: entweder, dass ich bewusst vorschlage, durchseuchend zu sanieren — oder dass, wengleich ohne mein Wissen, mein Vorschlag doch hierauf hinausläuft.

Die erste Auslegung verbietet so ziemlich jeder Satz meines Buches wie meines Essays. Da ich unmöglich ganze Seiten citieren kann, so muss ich schon die Leser, die meiner Versicherung misstrauen, bitten, die fraglichen Stellen selber nachzulesen. Wo ich mich über die Ansteckung, die Befruchtung, das Sitzenlassen des *Verhältnisses* aussprach, verliess mich sogar hie und da die objective Ruhe des Psychologen zu gunsten unzweideutiger Verurteilung. Das rechne ich mir nicht etwa als besonderes Verdienst an; vielmehr halte ich es für recht pharisäisch, wenn Oda Olberg jeden Durchseuchungsvorschlag als *unsocialistisch* brandmarkt. Er ist ebensogut unliberal und unaristokratisch; ist schlechthin unmenschlich — ein Ausfluss sittlicher Minderwertigkeit.

Indessen hat Oda Olberg überhaupt keinen Beweis dafür erbracht, dass meine Vorschläge auf eine Durchseuchung hinauslaufen. Zunächst suche ich vergeblich eine Zeile meines Buches, in der ich Vorschläge gemacht haben soll. Es ist keine Rede davon. Ich habe dort lediglich Tatsachen festgestellt, socialpsychische Complexe analysiert und nach ihren Ursachen gefahndet, endlich die unverkennbare Richtung der momentanen Entwicklung anzudeuten versucht. Bei psychologischen Untersuchungen sind Wertausdrücke, wie *Veredelung*, *Verfeinerung*, *Entwürdigung* und andere natürlich nicht zu umgehen; nirgends aber ist mir eingefallen zu sagen: so oder so sollte es sein, müssten wir die

Dinge zu wenden suchen — sondern stets nur: so ist es, so wurde es, so scheint es jetzt und für die allernächste Zeit zu werden. In den beiden einzigen Capiteln, wo ich ab und zu eine Massregel zur Erwägung stellte, in Capitel IX und X, ist vom Liebesleben mit keiner Silbe mehr die Rede. In meinem Aufsätze entsinne ich mich nur eines vorgeschlagen zu haben: die ärztliche Belehrung der jungen Leute über die Mittel gegen Infection und Empfängnis; das Gleiche habe ich in der wesentlich für breite Schichten bestimmten kleinen Studie *Liebe und Liebesleben im XIX. Jahrhundert* empfohlen. Einen *Durchseuchungsvorschlag* kann man das wohl nicht gut nennen. Im übrigen habe ich die Heilung der dem *Verhältnis* heute anhaftenden Schäden von der weiteren Entwicklung, nicht zum wenigsten von der Steigerung des Selbstbewusstseins der niederen Volksklassen erwartet; auch in jener Studie sprach ich auf Seite 51 die Hoffnung aus, dass die jungen Leute mehr und mehr ihr voreheliches Liebesleben innerhalb der eigenen Classe abwickeln werden. Kurzum — ich habe wieder genau das Gegenteil von dem geschrieben, was Oda Olberg bei mir gelesen haben will. Ich habe als Hauptkrebsschaden des *Verhältnisses* neben Ansteckung und Befruchtung die Wahl von Mädchen sogenannten *niederen Standes* gekennzeichnet, habe die Momente umrissen, die uns berechtigten, an eine Heilung dieses Krebschadens zu glauben, und habe an dieser Heilung der Arbeiterbewegung einen wesentlichen Anteil zugesprochen. So sieht mein Vorschlag aus, eine Gesellschaftsschicht zu sanieren durch *Durchseuchung* einer andern; so *unsocialistisch* — für *einen Unverrückbaren!*

Da Oda Olberg es nicht für nötig hielt, meine Ausführungen genau kennen zu lernen, ehe sie mich des Principienverrates anklagte, so kann ich natürlich erst recht nicht erwarten, dass sie ihre Behauptung nun irgendwie zu beweisen versucht. Die paar Sätze, die sie selber über das *Verhältnis* vorbringt, sind herzlich nichtssagend und zu der von ihr gestellten Frage ohne jede Beziehung. Habe ich denn jemals behauptet, das *Studentenliebchen* sei bei den Arbeitern beliebt? Abgesehen davon, dass das *Verhältnis* doch nicht allein, ja nicht einmal vorwiegend von Studenten cultiviert wird, einfach darum, weil unter den 35 Grossstädten des Deutschen Reiches, den Hauptpflegestätten des *Verhältnisses*, nur 10 Hochschulstädte sich befinden, in denen ausserdem noch die Mehrzahl der im *Verhältnis* lebenden Mädchen nicht der Arbeiterschaft, sondern dem Kleinbürgertum entstammen. Und was die Feststellung angeht, dass die *Studentenliebchen* sich an ein *steriles* und *oberflächliches* Leben gewohnt hätten und darum unbeliebt seien, so ist deren Berechtigung eine ausserst dürftige. Auch die *Studentenliebchen* sind doch wahrhaftig keine *femmes soutenues*, sondern haben ihren Beruf, in dem sie meist zehn Stunden oder noch mehr arbeiten müssen; und ob es nun so viel *steriler* ist, die kargen Mussestunden im Plaudern oder im Geschlechtgenuss mit einem *Bourgeoisöhnchen* — Oda Olberg legt ihre ganze Verachtung in dies Wort — oder mit jungen Arbeitern hinzubringen, das ist mir wenigstens nicht so a priori selbstverständlich. Man muss nämlich daran denken, dass diese vermeintlichen *Bourgeoisöhnchen*, die hier vornehmlich in Betracht kommen, gerade diejenigen Studenten sind, die wegen ihres kargen Monatswech-sel's gezwungen sind, neben ihrem Studium noch durch Stundengeben, Stenographieren u. s. w. etwas zu verdienen, um überhaupt den Ansprüchen, die Leben und Studium an sie stellen, nachkommen zu können, dass es gerade die, wie man sie nennen konnte, *proletarischen Schichten* unter den Akademikern oder unter den jungen Kaufleuten etc. sind, die ein *Verhältnis*, eine *Ehe auf Zeit*, mit seinen bescheidenen Bohémiensfreuden eingehen, während ihre begüterten Collegen sich raffiniere Genüsse in der eigentlichen Demimonde, bei Cocotten etc. suchen. Bei den *Verhältnissen* jener von Oda Olbergs Gnaden zu *Bourgeoisöhnchen* avancierten jungen Leute pflegt die oft sehr fragliche ökonomische Ueberlegenheit des männlichen Teils die allergeringste Rolle zu spielen. Es liegt mir fern, die *Studentenliebschaften* be-

sonders glorificieren zu wollen. Aber von einer *Durchseuchung* kann da nur jemand sprechen, der von den tatsächlichen Verhältnissen eine sehr geringe Kenntnis hat.

Aber Oda Olberg hat vielleicht alles noch ganz anders gemeint. Sie gibt mir vielleicht zu, dass ich gar keine Vorschläge zur *Durchseuchung* gemacht habe, entschuldigt sich vielleicht, dass Irren menschlich sei — und hält doch fest daran, dass die in meinem Buche *ingenommene Stellung* mit den *unverrückbaren Leitsätzen* des Socialismus nicht vereint werden könne. *Stellung*, das heisst mein Urteil über die vor unseren Augen sich abspielende Entwicklung; hat sie doch nicht bloss Nachdruck, sondern sogar *Begeisterung* in meinem Eintreten für das *Verhältnis* gefunden. Ich überlasse es dem Leser, zu entscheiden, wieviel Begeisterung aus den früher citierten Sätzen spricht; denn es sind die einzigen, die Oda Olberg meinen kann. Nun, es ist längst kein Geheimniss mehr, dass es für eine gewisse *Unverrückbarkeit* schon Principienverrat ist, wenn einer wagt, Tatsachen festzustellen. In meinem Buche handelte es sich, wie der doch sehr deutlich gedruckte Titel sagt, um *Nervosität* und *Cultur*; näher bezeichnet, um *Reissamkeit* und *Nervosität* als Culturprobleme. Ich kam zu dem Schlusse, dass sie wesentlich Erscheinungen der bürgerlichen Seite unserer capitalistischen Cultur seien, während die unnormalen und krankhaften Seelenzustände auf proletarischer Seite sich noch vorwiegend als das charakterisierten, was ich in einer auf klinische Erfahrung und psychologische Analyse gestützten *Einleitung* als *Leuksamkeit* und *Hysterie* zusammengefasst habe. Man kann dies Ergebnis bestreiten. Lamprecht zum Beispiel hat es mir stark angezweifelt; aber für meinen weiteren Gedankengang war es massgebend in dem Sinne, dass ich wesentlich nur noch die bürgerliche Seite unseres öffentlichen Lebens zu analysieren hatte. So lag mir auch daran, zu untersuchen, wie der Seelenzustand der bürgerlichen jungen Leute in ihrem heutigen Liebesleben sich präsentiere. Möglich, dass meine Ergebnisse unrichtig sind; möglich, dass das *Verhältnis* den jungen Bürger nicht sinnlich verfeinert, sondern verroht, dass es keine gute, sondern eine schlechte Vorbereitung der Ehe ist u. s. w. Alles das gebe ich sachlicher Kritik anheim. Wie es aber möglich sein soll, dass eine derart *ingenommene Stellung*, das heisst die auf Grund psychologischer Untersuchung erfolgte *Constatierung* vorteilhafter seelischer Veränderungen in den männlichen Gliedern einer socialen Classe — dass sie mit irgendwelchen unverrückbaren *Leitsätzen* irgend einer Lebensanschauung sich nicht vereinen lassen sollte: das ist mir und wahrscheinlich noch recht vielen bei aller Hochachtung vor Oda Olberg logisch nicht, allenfalls psychologisch, begreiflich.

Zur Sociologie der Arbeitseinstellungen.

Ein Blatt aus der neuesten Geschichte Ostgaliziens.

Von

Zofia Daszynska.

(Krakau.)

Der letzte Bauernstrike in Ostgalizien, der vor einiger Zeit auch einen Verhandlungsgegenstand im österreichischen Abgeordnetenhaus gebildet hat, war in mancher Beziehung bemerkenswert. Die aus ihm sich ergebenden Gesichtspunkte verdienen es, einer eingehenden und objectiven Betrachtung unterzogen zu werden.

Der moderne Proletarier, organisiert oder nicht, ist durch die Industrie selbst in Verhältnisse gestellt, die ihn zu einer planmässigen Kampfweise befähigen, zu einem Aufgebot der Massen hindrängen, die den einzelnen die

ihm gesetzlich zustehenden Rechte verstehen lassen und ihm seine Classenzugehörigkeit, sowie die aus ihr sich ergebenden Pflichten klarlegen. Alle diese Bedingungen fehlen beim ländlichen Proletarier. Daher wird der moderne Strike nur ganz ausnahmsweise sein Kampfmittel werden. Dieser schien nun gar völlig ausgeschlossen bei einer Bauernbevölkerung, deren Besitzverhältnisse ungleich sind und deren culturelles Niveau tief unter dem allgemeinen europäischen steht. Und trotzdem haben in 24 Bezirken Ostgaliziens unter einer vorwiegend kleinbäuerlichen Bevölkerung Arbeitseinstellungen stattgefunden, die insgesamt gegen 100 000 Personen umfassten und an vielen Orten eine Erhöhung der Löhne zur Folge gehabt haben. Die Bewegung selbst ist, wie die Bedingungen und das Milieu derselben, von dem gewöhnlichen Verlauf der Arbeitseinstellungen sehr verschieden gewesen und bietet dem Sociologen das Bild eines sonderbaren Gemenges von ökonomischen, socialen und nationalen Elementen, die vor allem betrachtet und verstanden werden müssen, will man den Strike selbst richtig würdigen.

Was zunächst das nationale Moment betrifft, so ist dieses nicht nur von den kämpfenden Parteien selbst, sondern auch von der dem Polentum feindlichen Presse in hervorragendem Masse ausgebeutet worden.

Die Bevölkerung Ostgaliziens besteht aus Ruthenen und Polen, die neben einander in einem gemischten Sprachgebiete leben und in diesem Zusammenleben notwendigerweise gegenseitigen Einfluss auf einander ausgeübt haben. Der ruthenische Adel ist von der polnischen höheren Cultur absorbiert worden, so dass die Ruthenen heute keinen Adelstand besitzen und der ganze Grossgrundbesitz polnischen Magnaten gehört. Diese Tatsache, die heutzutage den Aerger ruthenischer Patrioten erregt, ist das Resultat eines sich in der Geschichte öfter wiederholenden Aufsaugungsprocesses, dem die oberen Classen schlechter widerstehen, als die unteren. Die Bauern sind ruthenisch geblieben, sie sprechen ihre Sprache und bekennen sich zur griechisch-katholischen Religion. Neben ihnen leben polnische Bauern, die heute in manchen Gegenden auch das Ruthenische zu ihrer Umgangssprache gemacht haben, aber ihrer Religion, ihrer Haussprache nach römisch-katholisch und polnisch sind. Die Zahl der polnischen Bevölkerung ist sogar in Ostgalizien sehr bedeutend. In den Strikebezirken zum Beispiel lebten im Jahre 1900 neben 1 522 838 Ruthenen 831 775 Polen.¹⁾ Unter den Bauern hat auch der Aufsaugungsprocess gewirkt, aber er hat sich in entgegengesetzter Richtung vollzogen: die an Zahl stärkere ruthenische Bevölkerung hat in manchen Gegenden die minderstarke polnische assimiliert, da beide in gleichen Verhältnissen leben und auf einem ähnlichen Culturniveau stehen. Auch erheben die ruthenischen chauvinistischen Elemente Anspruch auf diese ruthenischen Bauern, die jetzt bei dem Ausbruche des nationalen Haders von den Polen um jeden Preis der polnischen Nationalität und Cultur wiedererobert werden sollen. Das eine wie das andere ist weder gut, noch schlecht; es ist rein menschlich und muss als natürliche sociologische Tatsache betrachtet werden. Da die nationalen Fragen einmal in den Vordergrund des politischen Lebens in Galizien getreten sind, ist sogar die Tendenz zur Wiedereroberung des polnischen bäuerlichen Elementes im Osten viel berechtigter vom Standpunkte der einfachen Ethik, als die Annectierung der polnischen Elemente durch die

¹⁾ Berechnet nach der Umgangssprache. Bei einer Berechnung nach dem Glaubensbekenntnis ist römisch-katholisch eine Bevölkerung von 572 023, griechisch-katholisch eine von 1 528 655 (vergl. *Oesterreichische Statistik*, LXIII. Bd., I. Heft, pag. 106—127). Zur polnischen Umgangssprache bekennt sich auch ein grosser Teil der jüdischen Bevölkerung.

Ruthenen, die, auf die Tatsache der Nationalität gestützt, nach der Teilung Galiziens streben. Es ist die Ethik eines vollständig berechtigten Kampfes ums Dasein.

Die Bauern selbst wissen aber bis jetzt sehr wenig, sowohl von sociologischen Gesetzen, wie vom nationalen Hader unter einander. Es gab Fälle, wo die ganze Dorfbevölkerung an dem Bau der griechischen und dann der katholischen Kirche freiwillig teilnahm und diese gegenseitige Hilfe als vollständig berechtigt empfand. Auch haben an den Arbeitseinstellungen ohne Unterschied ruthenische und polnische Bauern teilgenommen.²⁾ Es gab sogar einen Fall, in Busk, wo die Polen, vorwiegend Landarbeiter und Häusler, strikten und die ruthenische grundbesitzende Bevölkerung keinen Anteil daran hatte.

Trotzdem ist die nationale und die sociale Schichtung der Bevölkerung in Ostgalizien wie geschaffen, um eine ökonomische Bewegung, wie der Strike es war, zu einer nationalen aufzubauchen. Diese Wendung der Sache, aufgebaut auf dem socialen Kampfe zweier national heterogenen Elemente, ist sowohl den ruthenischen wie den polnischen national-bürgerlichen Elementen und ihrer Presse so sehr genehm, dass sie die eigentliche ökonomische Ursache in den Hintergrund schieben und sie sogar ganz wegzuleugnen versuchen. Die ruthenischen und polnischen Socialdemokraten, die das ökonomische Moment hervorheben, werden dabei beinahe zu Landesverrätern gestempelt.

I.

Mögen aber die Thatsachen ihre beredete Stimme erheben.

Galizien umfasst eine sehr hohe Zahl ackerbautreibender Bevölkerung und übertrifft damit alle anderen österreichischen Länder. Im Jahre 1890 entfielen auf 1000 ortsanwesende Bewohner an landwirtschaftlicher Bevölkerung:

im Reichsdurchschnitte	624
in Niederösterreich	294
„ Böhmen	468
„ Schlesien	478
„ Mähren	562
„ Galizien	838.

Die industrielle Entwicklung des Landes ist sehr gering, und ihre Fortschritte werden durch die Nachbarschaft hochindustrieller Länder, die zum gemeinsamen Zollgebiete gehören, verhindert. Dieser Mangel konnte durch die grössere Menge fruchtbaren Landes nicht aufgewogen werden. Wenn auch im Staatsdurchschnitte auf 100 Einwohner 48 Hektar und in Galizien 63,8 Hektar Ackerlandes entfallen und ein grösserer Teil dessen (86 gegen 84 %) als Felder und Wiesen bebaut wird, so hat doch diese zahlreiche landwirtschaftliche Bevölkerung kein genügendes Feld zur Betätigung ihrer Kräfte. Die Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Technik und die Verteilung des Grundbesitzes verurteilen den galizischen Bauern zu einer wahren Proletarierexistenz, die unter der Lebenshaltung eines schlecht entlohnten Fabrikarbeiters steht.

Man darf nicht vergessen, dass Galizien bis in die letzten Jahrzehnte hinein in der Feudalwirtschaft gesteckt hat. Unter dem sogenannten *land-*

²⁾ Nach der Berechnung des Hauptführers dieser Arbeitseinstellung, Wityk, 20 000 polnische Bauern, von denen 42 zu schwereren Strafen verurteilt worden sind.

*täflichen Grundbesitze*³⁾) herrscht der Grossgrundbesitz und das Latifundium vor, der mittlere Grundbesitz ist aufs äusserste zusammengeschrumpft und verschwindet mit einer beängstigenden Raschheit. Als Beispiel dieser Verteilung sei angeführt, dass eine Fläche von 2 657 786 Joch⁴⁾), ein Fünftel der ganzen bebauten Landesfläche, 161 Grundbesitzern gehört! Vom ganzen *landtäflichen Grundbesitz* machen grosse Güter über 1000 Joch 83 % und mittlere von 100 bis 1000 Joch bloss 16 % aus.

Dem Grossgrundbesitz und dem Latifundium gegenüber steht der Zwergbetrieb als vorherrschende Bauernwirtschaftsart. Auf ein Bauerngut entfielen im Jahre 1892 durchschnittlich 4,4 Joch. Die rasch anwachsende Bevölkerung, die keinen Abfluss zur Industrie findet, benutzt das Recht der Freiteilbarkeit der Güter, um ihre Besitzungen immer weiter zu zersplittern! Auf diese Weise hat sich die Zahl der Grundbesitzbogen seit 1857 um 168,7 % vermehrt, und das auf einen Bogen entfallende Areal ist um 62,7 % gefallen. Entsprechend vermindern sich auch die Erträge des Bodens, da die Intensität der Bebauung nur langsam oder gar nicht steigt. Grundsteuer über 10 Gulden bezahlen in Galizien bloss 3,6 % aller Besitzungen, gegen 21,8 % im benachbarten Böhmen. Die niedrigen Erträge auf eigenem Grundbesitze werden für den galizischen Bauern weder durch industriellen noch durch landwirtschaftlichen Nebenerwerb aufgewogen. Die Latifundien betreiben hauptsächlich Waldwirtschaft, der mittlere Grundbesitz ist äusserst selten, und der Grossgrundbesitz hat mehr Hände zur Verfügung, als er brauchen kann. Diese im ganzen Lande vorhandenen Uebelstände, die die Bauernfrage zu einer brennenden Landproletarierfrage gestalten, potenzieren sich nach allen Richtungen im Osten des Landes. Die grössten Latifundien, deren Besitzer nur ausnahmsweise auf ihren Gütern wohnen, befinden sich im Osten. Der mittlere Grundbesitz ist meistens zu sehr hohen Pachtpreisen an jüdische Speculanten vergeben, die eine rücksichtslose Raubwirtschaft an Boden- und Menschenkräften treiben. Daneben besteht die elendeste Zwergwirtschaft der Bauern, die sämtlich auf Lohnarbeit angewiesen sind. Die Kleinbauern, deren Höfe oft unter 2 oder sogar 1 Joch Ausdehnung haben, arbeiten neben den Kindern vermögender Kleinbesitzer, die keine genügende Fläche zur Anwendung aller Kräfte der Familie besitzen und ihr Gespann, wie ihre Töchter und Söhne dem Grossgrundbesitzer zur Verfügung stellen. Die Lage dieser Lohnarbeiter, die sich aus allen Schichten des Bauerntums rekrutieren, ist so prekär, dass sie bis jetzt zu jedem Preise gearbeitet haben, obgleich ihr eigener Grund und Boden zu den besten in Europa gehört. Es ist dies der humose Boden Podoliens (*Tschernosem*), der tief ins Land einschneidet. Ein Beweis dafür ist, dass 74 % der ganzen Fläche als Ackerland verwendet werden kann.

Auf diesem vorzüglichen Boden wird jedoch eine höchst primitive landwirtschaftliche Cultur betrieben. Der Kleinbetrieb, der Gartencultur einführen, Handelsgewächse bauen, Obst in grösseren Quantitäten ausführen sollte, baut seinen Acker nach altüblicher Weise und bleibt in seinen Ernterträgen hinter dem Grossbetriebe zurück.⁵⁾) In einzelnen Bezirken stehen

³⁾ Die grossen und mittleren Grundbesitzer gehören in Oesterreich gemäss der Ständeversammlung einer besonderen Kategorie an, dem *landtäflichen Grundbesitz*, der dem früheren *dominikalen* entspricht, aber nach dem Gesetze von 1867 durch Angehörige jeden Standes erworben werden darf.

⁴⁾ 1 Joch = 0,5764 Hektar.

⁵⁾ Beim Grossgrundbesitze ergab die Ernte im Jahre 1896 in ganz Ostgalizien 16,4 Hektoliter Weizen und 14,6 Hektoliter Roggen pro Hektar. Für den Kleingrundbesitz waren die Erntemengen 14 und 13,1 Hektoliter.

die im Kleinbetriebe erzielten Resultate um ein Viertel und mehr hinter dem Grossbetriebe.⁶⁾

Das Resultat dieser Wirtschaftsweise ist die Kräftevergeudung der Bauernfamilie, die auf ihrem Grundstücke keine entsprechende Verwendung findet, das übermässige Angebot an landwirtschaftlichen Tagelöhnern und die diese Zustände begleitenden niedrigen Löhne und Verelendung.

Die Lohnfrage, als directe Ursache und letzter Grund der Strikebewegung, muss einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

II.

Beim Vergleiche der landwirtschaftlichen Löhne in verschiedenen österreichischen Ländern ergibt sich, dass sie am niedrigsten in Galizien sind. Nach der officiellen Statistik⁷⁾, deren Angaben durch die Handelskammer beschafft wurden, sind wir im stande, über die Löhne zu urteilen.

Die höchsten Löhne werden während der Ernte gezahlt und betragen für männliche Arbeiter in Westgalizien 1 bis 2,40 Kronen, in Ostgalizien 0,72 bis 2,24 Kronen pro Tag ohne Kost. Die niedrigsten Löhne in dieser Zeit fielen im galizischen Westen auf 0,70 bis 0,80 Kronen, im Osten auf 0,64 bis 1,60 Kronen. Im Sommer sind die Löhne im Osten noch verhältnismässig hoch, während des übrigen Jahres schwanken sie jedoch zwischen 0,50 bis 1,80 Kronen im Westen und 0,46 bis 1,14 Kronen im Osten. Die Entlohnung der Frauen bewegt sich meistens zwischen 40 Hellern und 1 Krone, und die der Kinder fällt häufig auf 30 und sogar auf 24 Heller für den Arbeitstag ohne Kost. Auch die Entlohnung der Dienstboten und des landwirtschaftlichen Deputatisten, Geld und Naturallohn eingerechnet, ist sehr niedrig. Sie bewegt sich in den meisten Fällen zwischen 60 und 80 Kronen jährlich für den Knecht und 40 bis 60 Kronen für die Magd nebst einer spärlichen Kost. In Ostgalizien werden die Dienstboten in der Bauernwirtschaft besser bezahlt, als bei den Grossgrundbesitzern. Die Entlohnung der Hirten ist im Kleinbesitze niedriger, da Kinder in der Regel als Viehhüter gebraucht werden. Die Accordlöhne sind selten in Geldform gebracht. Dafür hat der Anteil am Rohertrage als Form des Arbeitscontractes eine grosse Verbreitung. In Ostgalizien erhalten die Arbeiter bei der Heu- und Grummetmahd ein Achtel bis die Hälfte der Ernte. Bei der Getreideernte wird die 10. oder die 12. Garbe dem Arbeiter gegeben, wofür er alle Erntearbeiten besorgt. Bei der sogenannten *Halbwirtschaft* gibt der Gutsherr den Boden und der Arbeiter alles Uebrige, samt Saat und Dünger, her. Die Ernte wird zur Hälfte geteilt.

Die Löhne sind in Westgalizien durchschnittlich um 10 bis 20 % höher, als im Osten, was nicht nur mit der höheren Lebenshaltung des polnischen

⁶⁾ Als Beispiel wählen wir 4 Bezirke, die zum Strikegebiete gehörten:

Bezirke	Durchschnittl. Grösse eines Bauern- gutes in Morgen	In Hektolitern			
		Weizenernte		Roggenernte	
		auf landläfl. Gütern	auf Bauern- gütern	auf landläfl. Gütern	auf Bauern- gütern
Brzezany . . .	4,6	16,9	13,9	16,9	15,2
Podhajce . . .	4,9	20,5	14,7	17,8	15,0
Tarnopol . . .	3,8	16,0	12,7	14,3	11,6
Zaleszczyki . .	3,0	18,8	16,8	17,1	13,8

Berechnet nach dem *Statistischen Jahrbuch des K. K. Ackerbauministeriums*, 1896, Tab. IV.

⁷⁾ *Oesterreichische Statistik*, XLIV. Bd., I. Heft.

landwirtschaftlichen Arbeiters und der höheren wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängt, sondern auch durch die höhere Arbeitscapacität der Mazuren. der westgalizischen Bevölkerung, hervorgerufen wird. In vielen Fällen, in denen intensive Arbeit erforderlich ist, werden Arbeiter vom Westen her nach dem Osten gebracht, so bei den Branntweimbrennereien, Petroleumgruben, Eisenbahnbauten, manchmal zur Ernte u. s. w. Die ostgalizischen Ruthenen kommen zur Arbeit gewöhnlich erst um 8 oder 9 Uhr, da sie zugleich Grundbesitzer sind und am Morgen ihren kleinen Betrieb zu besorgen haben. Schlecht entlohnt, schlecht genährt, sind sie zu einer gleichmässigen und länger andauernden Arbeit wenig erzogen, da die Gutsbesitzer immer die niedrigsten Löhne gezahlt haben und nur geringe Leistungen dafür erhielten.

Bei dem Stande der Löhne in Ostgalizien war das Elend der auf Lohnarbeit angewiesenen Bauern eine fast unentrinnbare Begleiterin ihres Lebens, sogar da, wo sie das ganze Jahr Arbeit finden konnten. Dr. S. Schorr berechnet den Naturallohn während der Getreide- und Kartoffelernte, zusammen 30 Tage, auf 46 bis 48 Kronen, die übrigen 255 Arbeitstage — nach Abrechnung von 65 Sonn- und Feiertagen und eventuell 15 Tagen, an denen der Arbeiter keine Beschäftigung findet — zu 38 Heller durchschnittlich = 96,90 Kronen.⁸⁾ Somit beträgt das Jahreseinkommen bei guter Coniunctur 143,38 Kronen. Auch ist der Naturallohn immer von den Witterungseinflüssen abhängig und unsicherer, als ein fester Geldlohn.

Detaillierte, in Strikegebieten gesammelte Daten lassen die officiellen trotz ihrer pessimistischen Angaben beinahe als Schönfärberei erscheinen. An Geldlöhnen erhalten demnach erwachsene männliche Arbeiter in den seltensten Fällen über eine Krone, und oft fällt ihr Lohn bis auf 50 Heller; die Frauen bekommen 30 bis 70 Heller Lohn, die Minderjährigen 24 bis 40 Heller. Im Winter bei den kurzen Arbeitstagen wird der Lohn an manchen Orten pro Stunde berechnet und fällt bis auf 6 Heller. Die Naturallöhne betragen die 12. oder 10. Garbe, aber es wird dabei noch viel unbezahlte Arbeit verlangt.

Die Lohnarbeit wird im Grossbetriebe mehr als im kleinen und mittleren gebraucht. Nach dem Verhältnisse der Lohnsummen berechnet, ist der Anteil der Tagelöhner an der Bearbeitung der Felder in Westgalizien 40 %, im Osten sogar 48 %. Der Mittelbetrieb zahlt an Löhnen 36,9 und 42,7 % aller Arbeitskosten. Den anderen Teil der Hofarbeit verrichten die Hofknechte. Diese arbeiten ein volles Jahr. Wenn sie das Vieh oder die Pferde zu besorgen haben, haben sie Beschäftigung auch an Feiertagen. Dafür erhalten sie in bar 48 bis 70 Kronen, eine sehr kümmerliche Wohnung und 10 bis 12 Säcke Getreide und ebenso viel Kartoffeln. Nach der Berechnung von unbefangenen Schriftstellern und nicht von Elementen, die zur Arbeitseinstellung getrieben haben, ist dieses Deputat ungenügend, um Familie und Tiere zu erhalten. Auch sind die Wohnungsverhältnisse elend zu nennen.

Die erwähnten Löhne sind so gering, dass sie bloss als Zuschlag zu den Einnahmen der eigenen Wirtschaft gelten können. Diese Wirtschaft jedoch mit einem ungenügenden Areal bildet ihrerseits bloss eine Ergänzung der bäuerlichen Existenz. Man kann diese Zwergwirtschafter keineswegs als selbständige Grundbesitzer ansehen, sondern als landwirtschaftliche Proletarier, denen die Not die niedrigsten Löhre aufdrängt.

In diesen Verhältnissen erscheint die äusserste Unzufriedenheit des Landvolkes ganz natürlich, und dieser Missmut konnte leicht zum Brennstoff für die Arbeitseinstellung werden. Das Landvolk, gewöhnlich ein

⁸⁾ Vergl. Dr. S. Schorr: *Galizische Musterwirtschaft. Deutsche Worte*, 1895, pag. 101 ff.

Aggregat von besitzenden und besitzlosen Elementen, von bäuerlichen Grundbesitzern, die ihre wirtschaftliche Individualität bewahren möchten, trat als geeinte Masse den Grossgrundbesitzern gegenüber, bei denen alle, reichere und ärmere, im Lohn oder Dienstverhältnisse stehen. Die äusserlich heterogenen Besitzgruppen unter den Bauern brauchen alle die Lohnarbeit, um leben zu können. Als Lohnarbeiter haben sie gleiche oder ähnliche Interessen. Die Gleichartigkeit der Interessen aller Strikenden war also die zweite für die Strikebewegung unentbehrliche Bedingung. Als Zweck wurde von den Strikenden selbst Erhöhung sowohl der Geld-, wie der Naturallöhne gefordert⁹⁾; auch tauchten an vielen Orten die Forderungen auf, dass Wald und Weide den Bauern gehören müsse, da die Bauernwirtschaft in Ostgalizien diese beiden für die Wirtschaft wichtigsten Güter entbehre.¹⁰⁾

III.

Ein Blick auf die Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung in Galizien überhaupt und insbesondere im Osten des Landes erklärt uns die Möglichkeit der Strikebewegung. Die unzufriedene, culturell und ökonomisch ähnlich geartete Bevölkerung war, trotz ihrer nationalen und Vermögensunterschiede, ein passendes Element für eine grosse Arbeitseinstellung. Das Zusammenleben und das gleiche Culturniveau macht den ostgalizischen Bauern wenig empfindlich für die nationale Verschiedenheit. Erst in den letzten Monaten, also nach der Arbeitseinstellung, werden von polnischer und ruthenischer Seite nationale Bauerntage veranstaltet, in denen die nationalen Unterschiede und die nationale Politik klar gelegt wurden. Für eine Bevölkerung welche seit Jahrhunderten zusammen gelebt hat und in denselben Verhältnissen weiter leben wird, ist diese nationale Zweiteilung gewiss von einem sehr zweifelhaften Werte, für das Land selbst birgt sie eine grosse Gefahr. Die Vermögensunterschiede sind zwar nicht zu leugnen, aber die allgemeine Armut weist die ganze Dorfbevölkerung auf Lohnerwerb, wodurch sie ihren Lohngebern mit gleichen Ansprüchen und Forderungen gegenüber-treten.

Diese einer Strikebewegung günstigen Verhältnisse sind von den nationalen ruthenischen Parteiführern verstanden und ins Auge gefasst worden. Schon im Juli 1894 wurde auf dem Parteitage der ruthenischen radicalen Partei die Idee einer agrarischen Arbeitseinstellung besprochen. Die Strike-idee, aus dem Arsenal der westeuropäischen Kämpfe zwischen Capital und Arbeit entnommen, wurde durch zwei Socialdemokraten, Baczynski und Wityk, propagiert. Der bekannte ruthenische Schriftsteller Iwan Franko popularisierte sie in einer Artikelserie der Zeitschrift *Hromadsky Holos*. Während des Congresses der radicalen Partei im Jahre 1897 kam die Sache ebenfalls zur Besprechung, und seit dieser Zeit verschwand sie nicht aus der Presse. Auch wurde im Sommer 1899 ein erster Versuch mit 15 Gemeinden des Bezirkes Borszczow gemacht.

Der Landarbeiterstrike blieb jedoch nach wie vor nur ein theoretischer Programm-punct, wenn auch eine von vielen Bauern besuchte ruthenische Versammlung ihn im December 1901 als nationales Kampfmittel gegen die Polen anerkannte. Von wirklichen Vorbereitungen, einer planmässigen Organisation des Bauernvolkes, der Sammlung eines Strikefonds war weder

⁹⁾ Die allgemeinste Forderung war die 8. Garbe.

¹⁰⁾ Galizien besitzt $3\frac{1}{2}$ Millionen Morgen Waldfläche. Davon gehört dem ländlichen Besitze $\frac{6}{7}$ aller Wälder, und bloss $\frac{1}{7}$, das heisst 599 284 Morgen, gehört dem bäuerlichen Besitze, hauptsächlich den Gemeinden.

vor noch während der Arbeitseinstellung zu hören. Im Gegenteil, die radical-nationale Partei verhielt sich bei ihrem Ausbruche ganz passiv, die sogenannten *galizischen Moskalophilen* — das heisst die Anhänger des russischen Czarentums — nahmen sogar den strikenden Bauern gegenüber eine feindliche Stellung ein, da man in Russland eine Verbreitung der Bewegung über die Grenze zu befürchten schien. Die griechisch-katholische Geistlichkeit, ebenso wie die ruthenische Intelligenz, die Beamten, Lehrer, Aerzte und dergleichen, nahmen bloss ausnahmsweise teil an der Bewegung. Auch sah man ruthenische Grossgrundbesitzer, die hartnäckig auf den von ihnen bisher bezahlten Hungerlöhnen bestanden (im Bezirk Lemberg) und erst in äusserster Not ihren Bauern einige Concessionen machten.

Dieses passive Verhalten änderte sich jedoch im Verlauf der Strikebewegung im Monat August infolge einer ganz zufälligen Aenderung in der Redaction des ruthenischen Hauptorgans *Dilo*. Der Strike wurde auf einmal von jugendlichen Politikern zum nationalen Kampfe der ruthenischen Bauern gegen die polnischen Grossgrundbesitzer proclamiert. Durch Erhöhung der Löhne und Verweigerung der Arbeit sollten die Grossgrundbesitzer ruiniert werden und ihre Güter zu niedrigen Preisen an Bauern verkaufen. Auch wurde die Losung ausgegeben: Vertreibung des polnischen Elementes bis über den Fluss San, das heisst nach dem Westen Galiziens, eine ebenso unausführbare als leichtsinnige Forderung, die den Kampf der Bauern erschwerte. Auf diese Drohungen gestützt, erlangten die Grossgrundbesitzer Militair und Gensdarmen. Weder in Wien, noch in der Statthalterei in Lemberg sah man in der Arbeitseinstellung etwas anderes als den Aufruhr einer Nationalität gegen die andere.

Diese unvernünftige Politik war nicht einmal auf Anhang im Volke gestützt. Als die jungen Politiker, durch ihre eigene Dreistigkeit ermuntert, eine Fortsetzung der Arbeitseinstellungen während der Kartoffelernte proclamierten, folgte ihnen eine einzige Gemeinde, und sogar die Tatsache dieser Arbeitseinstellung ist nicht festgestellt. Auf dem Papier lieferte man jedoch blutige Schlachten. Einzig die Socialdemokraten, in dem Losungsworte *Arbeitseinstellung* mit den Radical-Nationalen einig, haben beim Ausbruche der Bewegung ihre planmässige Organisation und Leitung befürwortet und wirklich unermüdtlich daran gearbeitet. Die Broschüre von Wityk *Wie soll man während des Strikes vorgehen?*¹¹⁾ ist unter den Bauern in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet und von ihnen gewissenhaft befolgt worden. Consequent bis zu Ende, wollten die Socialdemokraten die ganze Bewegung auf eine ausschliesslich ökonomische Grundlage stellen, leugnen bis jetzt ihren nationalen Charakter und beschuldigen die nationalen Parteien, die Bauernsache in unrichtige und verderbliche Bahnen gelenkt zu haben.

Auf diese Weise entstand eine Ideologie der Strikebewegung, die sich bloss in einem geringen Grade mit ihrem wirklichen Verlaufe deckt. Principiell von politischen Parteien aufgestellt, lange Jahre besprochen und als Programmpunct betrachtet, bricht jedoch die Bewegung ohne eigentliche Organisation aus und wächst den Führern über den Kopf. Einmal ausgebrochen, sucht sie ihre eigenen Wege, zieht bloss diejenigen Elemente in den Kampf ein, die ein wirkliches, concretes ökonomisches Interesse an ihrem Gelingen hatten, das heisst die Bauern und die socialdemokratischen ruthenischen Agitatoren. Unter den arretierten und verfolgten Agitatoren waren fast keine anderen Parteien, als die, welche hartnäckig den elementaren Charakter des Strikes betont. Die anderen begnügten sich mit einem lebhaften Federkrieg.

¹¹⁾ Semen Wityk: *Jak postupati w czasi strajku?* Lemberg, 1902.

Der Kampf des verelendeten Landvolkes war ernst und verzweifelt. Er umfasste nach officiellen Zusammenstellungen 386, nach Zeitungsberichten über 500 Gemeinden. Die Forderungen waren ausschliesslich ökonomischer Natur, was die Bedeutung der Arbeitseinstellung als nationales Kampfmittel in den Hintergrund schiebt. Trotz aller schönen Worte waren die Bauern auf ihre eigenen Kräfte angewiesen und verdanken ihren teilweisen Sieg eigener Entschlossenheit und Solidarität. Oekonomisch ungebildet, haben sie jedoch die ganze Tragweite ihrer Arbeitsweigerung erkannt und richtig geurteilt, dass das Gesetz, das ihnen persönliche Freiheit zuerkennt, sie zur Arbeit nicht mehr zwingen dürfe. Die reicheren Bauern halfen den ärmeren mit Geld und Nahrung, gaben ihnen Beschäftigung auf ihrem Felde und intervenierten in manchen Fällen, in denen die Roheit der Gensdarmerie sich äusserst empfindlich kundgab.

IV.

Wir gehen nun zur eigentlichen Schilderung der Arbeitseinstellung über.¹²⁾

Die Bewegung fängt im Bezirke Lemberg an. Die Nähe der Grosstadt samt allen Factoren, die ihr Einfluss bringt, wäre genügend, um den Ausbruch zuerst in dieser Gegend zu erklären. Der Grund lässt sich jedoch genauer präzisieren. In Lemberg war in den Frühlingsmonaten ein grosser Maurerstrike, der ein blutiges Ende gehabt hat. Sowohl die berechtigten Forderungen der Arbeiter, wie das Verhalten der Polizei und des Militärs setzten die ganze öffentliche Meinung in Aufregung. Man gab den Opfern zahlreiche Beweise der Sympathie, wies eine Million Kronen für Notstandsarbeiten an, um die Arbeitslosen zu beschäftigen, und die Arbeitseinstellung erschien dem Volke als ein probates Mittel zur Verbesserung seiner Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Nachricht drang in die Landgemeinden ein mit den ländlichen Arbeitern, die von der Stadt zurückkamen. Auch trug zu ihrem Prestige die Haltung der Behörden bei, die, von einer ungewöhnlichen demagogischen Strömung hingerissen, fremde, das heisst ländliche Arbeiter in die Stadt nicht hinein lassen wollten. Die Behörden wurden in der naiven Phantasie des Bauern zu Verbündeten der Strikebewegung. Dasselbe wiederholte sich bei einem Maurerstrike in Tarnopol und anderen Städten und befestigte überall den Glauben an die Arbeitseinstellung, der sich gleich einer Feuersbrunst verbreitete.

Der agrarische Strike brach aus im Juni 1902, während der Tagung des galizischen Landtages, in dem die Ruthenen eine entschieden oppositionelle Haltung einnehmen. Er umfasste zuerst 14 Gemeinden des Bezirks Lemberg, wo gegen polnische und ruthenische Grundbesitzer wegen sehr niedriger Löhne gestrikt wurde. Nach zwei Wochen und einem blutigen Kampfe, in dem Arbeiter gegen Arbeiter aufgehetzt wurden, blieben in den meisten Gemeinden die Bauern Sieger. Die Arbeitseinstellung wurde auf den nächstliegenden Bezirk Przemyslany und gleichzeitig auf Tarnopol übertragen. Auch hier waren niedrige Löhne und schlechte Behandlung der Arbeiter Ursache. In Tarnopol waren die Bauern besser, als anderswo, geschult, da in der Bezirksstadt Tarnopol ein planmässig organisierter Maurerstrike stattgefunden hatte. Besonders massgebend war hier eine von vielen Tausenden besuchte Versammlung, in der der Reichsratsabgeordnete Daszynski referierte und einige Hundert Bauern zugegen waren. An dem bald nach der Versammlung ausgebrochenen Agrarstrike nahmen 15 Gemeinden teil. Es wurde eine musterhafte Ruhe und Ordnung bewahrt, obgleich die Bauern Hunger litten und

¹²⁾ Nach Zeitungsberichten und schriftlichen wie mündlichen Berichten von Augenzeugen.

ohne jeden Anlass ein Dragonerregiment im Bezirke hauste. Mit Ausnahme von 3 Gemeinden endete die Arbeitseinstellung überall mit einem Siege. Anfangs Juli bricht die Bewegung im Bezirke Zbaraz aus, dann in Zaleszczyki u. s. w., so dass sie bis zum 20. Juli 10 Bezirke umfasste. Eine Woche später, bis 27. Juli, traten neue 7 Bezirke in die Arbeitseinstellung ein, am 4. August standen im Strike 23 Bezirke, alle im Osten Galiziens, und überall wurde als Hauptforderung die Lohnerhöhung aufgestellt, überall wurde beraten auf Feldern, Wiesen, im Gebüsche der Wälder, um den Versammlungsverboten zu entgehen. In der zweiten Hälfte des August, mit dem Ende der Ernte, ging auch die Strikebewegung allmählich zu Ende.

Bloss die vielen Hunderte von Verhafteten, die in Lemberg, Tarnopol, Zloczow, Stanislawow, Zbaraz u. s. w. die Gefängnisse füllten, und die zahlreichen Prozesse, von deren Opfern manche jetzt noch ihre *Vergehen* abbüssen, blieben als Nachklang der Bewegung.

Es ist bemerkenswert, dass die öffentliche Meinung nicht nur unter den Ruthenen, sondern auch auf polnischer Seite am Anfang und sogar während der ersten 4 Wochen der Strikebewegung den Bauern gut gesinnt war. Pressorgane, die sonst von Volksfreundlichkeit nicht übertrieben, zum Beispiel der *Dziennik polski*, billigten ihren verzweifelten Kampf um Lohnerhöhung. Auch die Behörden bewiesen manchmal eine in galizischen Verhältnissen unerhörte Liberalität; so zum Beispiel erkannten sie die Strikeposten an. Auch wurden die meisten Lohnerhöhungen während dieser Zeit erlangt. Mit der Proclamation der Arbeitseinstellung zum nationalen Kampfmittel trat jedoch eine plötzliche Wendung gegen die Bewegung ein. Die Ruthenisch-Nationalen erschwerten in ihrem Eifer den Kampf der Bauern, anstatt ihn zu erleichtern.

Zwei Drittel der im Strike begriffenen Bezirke gehören zu denjenigen, in denen die Bauern die kleinsten Besitztümer im ganzen Lande haben.¹³⁾ Auch ist in diesen Bezirken ausser im Lemberger keine Industrie. Die niedrigen Löhne waren also Folge des übermässigen Arbeitsangebotes, und es ist fraglich, ob ihre Erhöhung sich auf die Dauer festhalten lässt. Auch ist die Arbeitseinstellung unter diesen Umständen kein genügendes Mittel zur Besserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung.

Gewöhnlich begann die Einstellung der Arbeit mit einer gut besuchten Bauernversammlung. Wenn die Behörden diese Zusammenkunft verhinderten, versammelten sich die Bauern in der Nacht. So fanden am 12. Juli zwei grosse Versammlungen im Bezirk Husiatyn statt. Beide waren von Hunderten besucht, wählten Comités zur Führung der Strikes und setzten Lohnarife fest.

Die zahlreichsten Bauernversammlungen tagten in Dolzanka und Drobniska. Die erste dauerte ein paar Tage und Nächte unter Teilnahme von ein paar tausend Bauern. Die zweite war geordnet und planmässig geleitet. Als sie am Tage aufgelöst wurde, suchten ihre 7000 Teilnehmer Wald und Nacht auf. Die Bauern aus zwei Bezirken, Tarnopol und Husiatyn, beschlossen eine Arbeitseinstellung zur Eroberung besserer Arbeitsbedingungen, appellierten an alle ruthenischen Bauern in Galizien zur Teilnahme an der Strikebewegung und stellten eine Reihe politischer Forderungen, wie das gleiche, allgemeine Stimmrecht, die sich im Programm der radicalen ruthenischen Parteien befinden, auf.

Aehnliche Versammlungen wurden massenhaft organisiert und übertrugen die Leitung localen oder Bezirkscomités. Manchmal, wenn die nächsten Be-

¹³⁾ Im Strikegebiete ist der durchschnittliche Umfang eines Bauerngutes in 7 Bezirken 3 bis 3,5 Joch, in 10 Bezirken 3,6 bis 4 Joch und bloss in 7 Bezirken über 4 Joch. In keinem Bezirke übertrifft er jedoch 5,2 Joch. Somit muss die mangelhafte Ausdehnung der Bauernhöfe unter die Gründe der Strikebewegung gerechnet werden.

hörden die Abhaltung der Versammlung im Dorfe verhinderten, siedelten sie in eine benachbarte Stadt über. So tagte in der Bezirksstadt Buczacz am 27. Juli eine Versammlung von 240 Delegierten aus 46 Dörfern. Die Teilnehmer zeigten eine seltene Begeisterung und Ausdauer, so dass die Beratungen 10 Stunden dauerten.

Die so organisierten Arbeitseinstellungen verbreiteten sich gewöhnlich rasch. Der am Abend beschlossene Strike brach am anderen Morgen aus. Es geschah sogar, dass auf dem Felde beschäftigte Arbeiter plötzlich ihre Arbeit verliessen auf Zuruf ausständiger Bauern aus anderen Dörfern.

Diese Organisation der Bauern bewirkte selbstverständlich ein ähnliches Zusammengehen der Gutsbesitzer. Aus ihrer gewöhnlichen Sicherheit und Indolenz durch die Action der sonst so nachlässigen und demütigen Arbeiter aufgerüttelt, hielten sie Versammlungen ab, brachten alle localen Behörden in Bewegung, gingen bis an die Centralgewalt in Wien und beschlossen vor allem, Arbeiter aus anderen Gegenden herbeizuholen. Beide Seiten, Arbeiter und Lohngeber, schienen, wie aus einem langen Schlafe plötzlich erwacht, von alten feudalen Verhältnissen auf einmal in einen ganz modernen energischen Kampf zwischen Capital und Arbeit herübergetragen.

Die Forderungen der Bauern waren überall einander ähnlich. Sie gingen auf Erhöhung des Geld- und Naturallohnes, Uebergabe von Wald und Weide, manchmal auch auf Verkürzung der Arbeitszeit, Bildung von Gewerkschaften, bessere Behandlung und dergleichen mehr. Letztere Forderungen traten bloss vereinzelt auf, da die Arbeitszeit in Ostgalizien der Landessitte gemäss auch ohnedies kurz ist. Sie fängt gewöhnlich um 9 Uhr früh an. Im Bezirk Lemberg wurde ein 12stündiger Arbeitstag gefordert, in Grodek 9 Stunden, in Husiatyn im Sommer 12 und im Winter 10 Stunden mit einer Stunde Unterbrechung. Nach Tarnopol kamen Scharen von Bauern in Arbeitervereine mit der Bitte, bei ihnen Gewerkschaften zu gründen. Die Erkenntnis der Notwendigkeit eines planmässigen und organisierten Vorgehens wurde auf einmal erkannt.

Die wichtigste Forderung aber und diejenige, welche in vielen Fällen durchgesetzt wurde, betraf die Erhöhung der Löhne. Von einer gemeinsamen Norm, die erreicht wurde, kann man überhaupt nicht reden, da auch die von den Bauern gestellten Bedingungen sich bloss in ähnlichem Rahmen bewegten, aber keineswegs gleichmässig waren. Gewöhnlich betraf die Lohnerhöhung ein oder ein paar Dörfer, und der Sieg wurde häufiger in den ersten Wochen der Bewegung erfochten als später, wo die Behörden und das Militair sie in gewaltsamer Weise zu unterdrücken suchten. Auch sind die Normen der Stücklöhne so eigentümlich, dass sie dem deutschen Leser kaum verständlich wären. Deswegen führen wir bloss als Beispiel einige Fälle von Erhöhung der Tagelöhne an:

Im Bezirk Lemberg wurden erkämpft Sommerlöhne 1,30 Kronen für den Mann und 1,20 für die Frau, Kinderlöhne 1,20 und 0,80 Kronen.

Im Bezirk Tarnopol wurde der Lohn in 15 Dörfern um je 30 Heller pro Tag erhöht.

Bezirk Bobrka: In 5 Gemeinden statt der früheren Sommerlöhne von 36 bis 50 Heller 70 bis 1,30 Kronen.

Bezirk Zaleszezyki (8 Gemeinden): Als Naturallohn die 10. Garbe statt der früheren 12. und im Sommer 2 Kronen für den Mann, 1,60 Kronen für die Frau (früher 0,50 bis 0,80 Kronen für den Mann und 0,40 bis 0,70 Kronen für die Frau).

Bezirk Przemysl (4 Gemeinden): Für den Mann 1,40 Kronen (früher 0,80 bis 0,90 Kronen), für die Frau 1 Krone.

Bezirk Czortkow (einige Gemeinden): An Naturallöhnen die 9. Garbe Gerste und die 10. Garbe Weizen (statt der 13. und 12.); Geldlohn: für den Mann 1,40 Kronen (früher 0,60), für die Frau 0,80 (früher 0,36 bis 0,50) Kronen u. s. w.

Von einer allgemeinen Lohnerhöhung darf nicht gesprochen werden. Die Löhne sind jedoch infolge der Arbeitseinstellungen an vielen Orten in die Höhe gegangen, manchmal auch in denjenigen Dörfern, wo es nicht zum Strike kam, aber in der Nachbarschaft eine Arbeitseinstellung ausgebrochen war.

Diese Vorteile, die weit hinter den Forderungen der Bauern zurückbleiben, sind mit ungeheuren Opfern und unter Schwierigkeiten jeder Art erfochten worden. Vor allem mussten die Bauern mit eigener Indolenz, mit materiellem Elend, Mangel an Organisation und Classen- oder eher Standesbewusstsein kämpfen. Die Indolenz des ruthenischen Bauern, durch seine elende Lage, durch den Mangel an Bildung und Arbeitsgelegenheit gesteigert, ist sprichwörtlich. Sie äussert sich sowohl in seinen Arbeitsleistungen als Lohnarbeiter, wie in der Führung der eigenen Wirtschaft. Während der Bauer in Westgalizien durch seine Arbeitsamkeit, seine Fertigkeit in Ausnützung verschiedener kleiner Erwerbsgelegenheiten sich trotz des geringen Umfangs seiner Wirtschaft immer noch zu helfen weiss und im äussersten Falle zur Auswanderung greift, ist bei den Ruthenen äusserste Verelendung und Hunger eine stete Erscheinung. Auch haben sie bis jetzt gegen den niedrigen Stand ihrer Löhne nicht reagiert. Die Massenkundgebung in den letzten Strikes war eine Ueberraschung für alle, sogar für diejenigen ruthenischen Parteien, die an ihr schon jahrelang gearbeitet haben.

Wenn die Agitation die ruthenischen Bauern zur richtigen Erkenntnis ihrer Lage gebracht hat, so waren sie bis zum Strike vollständig unorganisiert. Ein Beweis dafür war der Mangel eines Strikefonds, an vielen Orten der Mangel an Führung und die geringe Zahl der intelligenten Kräfte, die den Strikenden den Weg zeigen konnten. Von einer eigentlichen planmässigen Leitung, wie sie bei einer ganz ungeschulten Bevölkerung besonders nötig gewesen wäre, war keine Rede. Eine zweite Schwierigkeit erwuchs durch die aus allen Gegenden des Landes herbeigeholten Strikebrecher. Wie im ganzen Verlauf der Bewegung, hat sich auch in dieser Hinsicht die Sache ganz eigentümlich gestaltet. Am Anfange traten die ganz unvorbereiteten Gutsbesitzer häufig in Verhandlungen mit ihren Bauern ein. An vielen Orten kam es nach einigen Tagen oder Wochen zu gemeinsamen Beratungen, die Gutsbesitzer gingen auf einen erhöhten Lohntarif ein, und die Arbeiter kehrten zur Arbeit zurück. Erst in der zweiten Strikeperiode kam die Erbitterung und ein hartnäckiges Verweigern aller Verhandlungen. Nicht wenig haben dazu die hasserfüllten Ausschreitungen der ruthenisch-nationalen Presse beigetragen, die aus einer ökonomischen Bewegung durchaus eine nationale Hetze machen wollte. Andererseits überzeugten sich die Gutsbesitzer, dass ihnen der ganze behördliche Apparat zur Verfügung stehe, und hofften, die Widerspenstigkeit der Bauern durch Gewalt und Aushungerung zu brechen. Alles wurde in Bewegung gesetzt, um aus verschiedenen Gegenden Galiziens Arbeiter herbeizuholen, falls die benachbarten Dörfer auch im Ausstande waren. Auf diese Weise wurden in die strikenden Bezirke 5500 Arbeiter aus der Fremde geholt. Die höheren Ansprüche der Mazuren, ihre Reisekosten und der Umstand, dass sie bei der Nichteinhaltung der Versprechungen auch ein paar mal in Strike getreten sind, machen die Wiederholung dieser Versuche in Zukunft sehr zweifelhaft. Viel wahrscheinlicher ist es, dass die Gutsbesitzer in grösserem Masse als bisher sich der Hausknechte und Hausmägde bedienen werden. Die Lage dieser Leute muss aber auch besser werden, da die Hausleute überall sich dem

Strike angeschlossen haben. Auch die Einführung von landwirtschaftlichen Maschinen, deren man sofort 180 neue im Strikegebiete verwendet haben soll, ist vorauszusehen.

Die Strikenden verhielten sich den Strikebrechern gegenüber verschieden. Gegen ihre nächsten Nachbarn waren sie unerbittlich und scheuten sogar Gewalttätigkeiten nicht. Dies geschah in der richtigen Erwägung, dass die am nächsten stehenden Leute ihre Sache begreifen und sie nicht durch Arbeitsangebot stören sollten. Gegenüber den von weitem herbeigeholten Arbeitern, die manchmal mit Gewalt zur Arbeit gezwungen wurden, verhielten sich die Bauern milde. Sie suchten ihre Lage zu schildern, die Ankömmlinge zu überzeugen und für sich zu gewinnen. Es geschah sogar, dass sie die Hilfslosigkeit der Fremden, die andere Bedingungen gefunden hatten, als sie vermuteten, sich annahmen und ihnen hilfsbereit beistanden. Die schlimmsten Strikebrecher waren nicht die polnischen Arbeiter aus Westgalizien, sondern die ruthenischen Huzulen. Erstere, mehr aufgeklärt und mit höheren Ansprüchen, liessen sich oft bereden oder willigten einfach nicht in die ihnen angebotenen Löhne ein. Die Huzulen dagegen, aus dem Südsten Galiziens stammend, sehr unaufgeklärt, wenig cultiviert und mit noch niedrigerer Lebenshaltung, als die podolischen Bauern, nahmen ohne Zögern die ihnen angebotene Arbeit an und waren mit keinen Gründen für Solidarität zu gewinnen.¹⁴⁾

Strikebrecher wurden durch die Vermittelung des öffentlichen Arbeitsamtes in Tarnobrzeg herbeigeholt, auch wurden Sträflinge aus Gefängnissen zur Arbeit gebraucht. Die Behörden gaben an, dass sie von Arbeitseinstellungen nichts wüssten und berechtigt seien, für die ihrem Schutze empfohlenen Arbeit zu suchen. Gegenüber den Paragraphen des Gesetzes über Arbeitseinstellungen gewiss eine sonderbare Stellung. Ein directer Missbrauch aber war die mehrmals angewendete Methode, die Strikebrecher unter dem Schutze der Wachtleute arbeiten zu lassen. Die Behörden, Civil- wie Militairbeamte, waren, den Klagen der Strikenden nach, bemüht, Arbeiter für die Gutsbesitzer und gegen das Interesse der Bauern zu suchen. Von beiden Seiten wird viel über Gewalttätigkeiten und Uebertretungen des Gesetzes geklagt. Doch war der Kampf auf seiten der Bauern viel ruhiger und hielt sich mehr in den Schranken des Gesetzes, als das Vorgehen der Gutsbesitzer und Behörden ihnen gegenüber. Allerdings kam es zu Verletzungen des Gesetzes, die der Ministerpräsident Dr. von Koerber in seiner Parlamentsrede in 12 Fällen constatiert hat. »Scharen von feiernden Bauern begaben sich oft in benachbarte Dörfer und nötigten mit Drohungen und Gewalt zur Arbeitseinstellung.« Die Anwendung von Gewalt durch die Strikenden nennt der österreichische Premier unzählig. »Die Knechte und Mägde wurden an der Ausübung ihres Dienstes mit Gewalt verhindert. Auch sollen in zwei Bezirken die Häuser der Gutsbesitzer tage- und nächtelang belagert worden sein.« Die Belagerer waren strikende Bauern, aber nach der Angabe Dr. von Koerbers selbst immer nur in Fällen, wo sie ihre Genossen aus der Haft, als deren Ort zeitweilig das herrschaftliche Haus diente, befreien wollten. Andere Gewaltacte bestanden in Drohungen mit Geldstrafen, mit Verheerung der Saaten Arbeitender und in Aehnlichem. Es sollen sogar Todesdrohungen vorgekommen, Steine geworfen worden sein u. s. w. Der Verlauf der Gerichtsverhandlungen hat jedoch keine Fälle von Verletzungen oder empfindlichen Schäden ergeben. Am meisten haben die Fensterscheiben leiden müssen. Von wirklichen Zusammenstößen bewaffneter Bauern mit Militairabteilungen,

¹⁴⁾ Mit einer Ausnahme, im Bezirke Kamionka, wo 40 Huzulen, als Strikebrecher herbeigeholt, sich den Strikenden anschlossen.

von denen so viel geschrieben und gesprochen wurde, ist gar nichts bekannt. Im Gegenteil, manchmal haben zwei Gensdarmen genügt, um 500 bewaffnete Leute aus einander zu treiben. Es wurde massenhaft verhaftet, den Widerpenstigen, die sich beispielsweise weigerten, dem gegen die Strikenden gesandten Militair ihre Häuser zu räumen, wurde Hab und Gut zerstört und die Soldaten mit Gewalt einquartiert. An vielen Orten gab es Verwundete durch die blanke Waffe und sogar durch Schüsse. Die Verhafteten wurden häufig in Fesseln geschlagen, Verwundete, Frauen, Kinder zur benachbarten Stadt getrieben. In den Bezirken Zaleszczyki gab es Tote und Verwundete.

Für die Bauern und gegen die Behandlung, der sie zum Opfer gefallen sind, haben auch bei den Strikeprocessen in den meisten Fällen die Gerichte entschieden. Die Anklagen, die auf *Verbrechen* lauteten, wurden abgewiesen und die Angeklagten freigesprochen oder wegen *Vergehen* bestraft. Der monatelangen Untersuchungshaft folgten Strafen von ein paar Wochen oder Tagen, häufig eine vollständige Freisprechung. Im allgemeinen aber ist die Zahl der wegen Arbeitseinstellung bestrafte Personen eine geradezu erschreckende, und der Verlauf der meisten Prozesse macht in keinem Falle den Eindruck von Duldsamkeit. Nach einer Statistik des ruthenischen Organs *Dilo*, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt und bloss einen Teil der Prozesse umfasst, sind 97 Bauern mit zusammen 20 Jahren schweren Kerkers bestraft worden, 408 zu 18 Jahren Haft verurteilt und 177 Bauern freigesprochen. Diese 608 Angeklagten haben zusammen eine Untersuchungshaft von 76 Jahren und 9 Monaten erlitten.

Der materielle Verlust, den die Bauern während der Arbeitseinstellung erlitten haben, wird von verschiedenen Seiten, zum Beispiel durch den Ministerpräsidenten von Koerber, auf eine halbe Million Kronen geschätzt. Im Vergleich mit den Verlusten, die bei anderen Arbeitseinstellungen, zum Beispiel bei dem letzten Kohlenarbeiterstrike in Pensylvanien, von den Arbeitern erlitten wurden, ist diese Summe sehr gering. Für die ostgalizischen Bauern ist sie jedoch ungemein hoch, verglichen mit ihren minimalen Einkünften, und sie wird kaum so bald von den gewonnenen Lohnerhöhungen aufgewogen werden. Auch ist vorauszusehen, dass das Angebot von Arbeit sich in der nächsten Zeit eher vermindern, als erhöhen wird, da die Gutsbesitzer jetzt mehr landwirtschaftliche Maschinen anwenden und eine grössere Zahl Hausknechte halten werden. In den directen materiellen Eroberungen liegt also am wenigsten der Erfolg der letztjährigen Bewegung; aber das darf keine Ursache sein, diesen Erfolg zu leugnen.

Wenn auch unsere Meinung ganz vereinzelt dasteht, erblicken wir einen Gewinn aus der letzten Arbeitseinstellung, sowohl auf seiten der Bauern, wie der Gutsbesitzer. Er ist hauptsächlich moralischer Natur und besteht in dem Fortschritte, den die sociale und ökonomische Entwicklung von Ostgalizien machen muss. Bis jetzt rückschrittlich in der wirtschaftlichen Technik, sowohl auf Gross- wie auf Kleinbesitz, feudal in den Beziehungen des Gutsbesitzers zu seinem bäuerlichen Nachbarn und Arbeiter, muss es zu einer mehr intensiven Wirtschaftsweise übergehen. Diese Wirtschaft bedeutet für manchen capitalarmen Gutsbesitzer den Ruin, aber heute schon ist der Mittelbesitz bloss dem Namen nach in den Händen seiner Eigentümer, die ihn verpachten. Die Aenderung wird auf diese Weise eher die Form als die Substanz treffen. Auch wird eine rationelle Wirtschaftsweise der Raubwirtschaft der Pächter ein Ende machen. Vor die vermögenden und energischen Gutsbesitzer tritt die Notwendigkeit einer Aenderung ihrer Wirtschaftsmethoden, der sie gewiss folgen werden.

Hinsichtlich der Bauern, deren Existenz einem stehenden Wasser gleich, ist die Arbeitseinstellung ein Beweis, dass ihre Kraftlosigkeit und Demut gebrochen ist und dass sie über ihre Lage nachzudenken und nach Selbsthilfe zu suchen beginnen. Die Arbeitseinstellung ist weder ein genügendes, noch das ausschliessliche Mittel dieser Selbsthilfe, da die Löhne bloss einen Teil des bäuerlichen Einkommens bilden. Nach wie vor dem Strike werden sie durch das übermässige Arbeitsangebot gedrückt und durch das niedrige Lebensniveau niedergehalten. Weder das eine noch das andere kann durch Agitation aufgewogen werden. Nötig vor allem ist eine Industrialisierung des Landes, die neue Arbeitsfelder für die vorhandenen und künftigen Kräfte schafft, und eine intensive Bebauung des Bodens, die einen grösseren Teil dieser Kräfte verlangt. Erst diese Voraussetzungen werden die Bauernbevölkerung in die Lage setzen, die modernen Methoden des Kampfes und der Organisation mit wahrem Vorteil für sich und ohne Schaden für das Land anzuwenden.

Allgemeine Gewerkschaftsbibliotheken.

Von

Paul Bröcker.

(Hamburg.)

So manche Zahlstelle unserer Gewerkschaften hat ihre kleine Büchersammlung, die sie stolz *Bibliothek* nennt. Manchmal sind's auch grössere Sammlungen. Doch einerlei; ob gross, ob klein, wenn in einer Versammlung die Rede darauf kommt, so beklagt man sich meistens über die geringe Benutzung der Bibliothek. Diese auffallende Tatsache findet sich wohl fast bei allen Gewerkschaftsbibliotheken; Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Das ist merkwürdig; denn es steht anscheinend im Widerspruch mit dem oft erwähnten und von Objectiven aller Schattierungen anerkannten Bildungsdrang des arbeitenden Volkes, besonders seines classenbewussten Teiles. Und dann hat man auch mit gewissen anderen Büchereien, den öffentlichen Volksbücherhallen und Lesehallen etc. direct entgegengesetzte Erfahrungen gemacht: sie constatieren eine stetig wachsende Leserschaft.

Wie mag es kommen, dass man tatsächlich eine zu geringe Benutzung der in grosser Menge bestehenden kleinen Gewerkschaftsbibliotheken zugeben muss?

Das liegt an den mannigfachen Uebelständen, die infolge der Zersplitterung entstehen. Wir Socialdemokraten tadeln an der herrschenden Produktionsform die grosse Vergeudung von Arbeitskraft und Zeit, die infolge der Auflösung der Warenherstellung in eine Unmenge von Einzelbetrieben entsteht. Genau denselben principiellen Vorwurf erhebt man mit Recht gegen das Bibliothekwesen der Gewerkschaften. Auch hierbei bewirkt die Zersplitterung eine grosse Vergeudung an Zeit, Geld und Mühe. Die meisten Büchereien kommen nicht über die Grundlegung hinaus, denn mit dem Nachlassen der Frequenz verschwand auch der Bewilligungseifer. Zur Einrichtung einer halbwegs brauchbaren Bücherei gehört immerhin schon ein für die Casse einer Zahlstelle ansehnliches Säumchen, und da die Mitglieder der Bibliothek nach den bisherigen Erfahrungen leider nur wenig Interesse bezeigen, so verwendet man lieber das Geld zu anderen Zwecken, und die *Bibliothek* besteht in der unfertigen Form weiter, in der sie gegründet wurde. Ab und zu schenkt einer ein Buch; es wird dankend angenommen, und bald sieht man Minderwertiges und Gutes hant durcheinander.

Da ist es denn kein Wunder, dass die Mitglieder in der Benutzung der Bibliothek bald erlahmen. Schaffte man doch zunächst fast nur Aufklärungsschriften und Fachwerke an, also Sachen, von denen Jahrtausend jahrein in jeder Versammlung die Rede war. Kein Mensch, auch der beste nicht — oder gerade dieser am wenig-

sten! — kann immer und ewig aus Büchern und Vorträgen *lernen*. Seine Natur, sein selbstverständliches Verlangen nach Lebensgenuss bäumt sich dagegen auf. Wenn die Bibliothek ihm nichts zur *Unterhaltung* bietet, so lässt er sie eben links liegen. Und selbst wenn eine Gewerkschaft einsieht, dass die Bibliothek nicht nur Wissen schlechthin vermitteln soll, so fehlt meistens der sachverständige Berater, der die Auswahl der Bücher vornimmt. Solch eine Bibliothek soll Erziehungsarbeiten verrichten; ihr Leiter muss also Lehrender sein: er muss selber das besitzen, was die Bücherei dem Gros der Leser erst vermitteln will. Indes wann ist das bei den Bibliotheken der genannten Art wohl der Fall? So versorgen denn in Wirklichkeit diese Bibliotheken bestenfalls dies oder jenes Vereinsmitglied mit Lesestoff für einige Abende. Bekam einer ein Buch, das wohl gut, aber für sein geistiges Vermögen *zu hoch* ist, so liest er's nicht durch. Griff er aber zufällig ein gutes und seinem Empfinden naheliegendes Buch, so bekommt er das nächste Mal gewiss eins, das ihm nicht passt. Es ist also ganz und gar dem Zufall überlassen, ob die Bibliothek hie und da Pröbchen Gutes bringt! Denn nicht nur die Anzahl der Bände ist zu gering, um überhaupt eine Anzahl von Lesern *ziehen* zu können, — es fehlt vor allem an einer guten Zusammenstellung und an einem ordentlichen Leiter.

Diesem grossen Uebelstande könnte durch Einrichtung von *allgemeinen Gewerkschaftsbibliotheken* abgeholfen werden, indem sich die Zahlstellen der Gewerkschaften eines Ortes zur Gründung einer gemeinschaftlichen Bibliothek vereinigen. Das Gewerkschaftscartell wäre dazu die passende Vermittlungsinstanz. Die einzelnen Gewerkschaften müssten ihre Bücherbestände zusammen tun, ohne dass sie dabei des Eigentumsrechtes verlustig zu gehen brauchten. Wünschenswert wäre es allerdings, dass eine Mindestzeit festgelegt würde, während welcher eine Zurückziehung der hergegebenen Bücher nicht *angängig* ist, und dass die Bücher später nur nach rechtzeitig erfolgter Kündigung wieder ausgeliefert werden könnten. Das ist notwendig, um die allgemeine Bibliothek vor plötzlichen Schwächungen zu bewahren, die namentlich in den ersten Jahren einer Zersetzung unter Umständen gleich kommen würden.

Die im *Correspondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands* vom 2. Juni 1902 veröffentlichte Statistik der Gewerkschaftscartelle für 1901 constatiert, dass 117 Cartelle (von 319 bestehenden), meist solche in kleineren Orten, gemeinsame Gewerkschaftsbibliotheken eingerichtet haben. In den grösseren Städten zögen es die einzelnen Gewerkschaften vor, die früher geschaffenen Bibliotheken selbst in Händen zu behalten, »um die Anziehungskraft der Berufsorganisation zu erhöhen«. Aber man fände auch bereits in Grosstädten Centralbibliotheken, so in Bochum, Cassel, Dortmund, Hamburg, Mannheim, Posen und Stuttgart. Auch der Bearbeiter der Statistik spricht den Wunsch aus, diese »möge dazu beitragen, die Aufmerksamkeit der Cartelle mehr als bisher auf diese Seite nutzbringender Tätigkeit zu lenken. Vereinte Kräfte können jedenfalls weit Besseres zu stande bringen, als es den einzelnen kleinen Gewerkschaften möglich ist.« — Elf Cartelle hatten daneben auch Lesezimmer eingerichtet. Das *Correspondenzblatt* empfiehlt: »Wo sich ein solcher Raum ohne allzu grosse Kosten den Arbeitern zur Verfügung stellen lässt, da sollte bei der Einrichtung von Gewerkschaftsbibliotheken immer darauf Rücksicht genommen werden.«

Nach der erwähnten Aufstellung gaben 125 Cartelle für Gewerkschaftsbibliotheken 9168 Mark aus. Nach der im *Correspondenzblatt* vom 23. Juni 1902 gegebenen Statistik der deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1891 wendeten 12 Verbände (von 57 bestehenden) zusammen 6865 Mark für Büchereizwecke auf, desgleichen 5 Organisationen aus den Localfonds 735 Mark. Diese Zahlen geben jedoch nicht annähernd ein Bild von dem Bibliothekwesen der Gewerkschaften. Zunächst ist die tabellarische Darstellung der Localfonds nach Angabe des Statistikers aus guten Gründen höchst unvollständig. Einen Ueberblick über den Stand des Büchereiwesens

könnte nur eine umfangreiche Specialstatistik gewähren; sie würde ein ganz anderes Resultat zu Tage fördern.

Im folgenden will ich nun grundsätzliche Vorschläge für eine sachliche Einrichtung von allgemeinen Gewerkschaftsbibliotheken machen.

Sobald die verschiedenen Gewerkschaftsbüchereien eines Ortes zusammengelegt und auch die etwa erfolgten Schenkungen hinzugefügt wurden, geht ein Sachverständiger, unterstützt durch Hilfskräfte, daran, mit grösster peinlichkeit die Spreu von dem Korne zu lesen, wobei er nach Bedürfnis specialfachmännischen Beirat einholen soll. Die Entscheidung aber muss bei ihm allein liegen, denn eine nach einheitlichem Wollen und einheitlicher Auffassung gefügte Grundlage ist nötig, wenn sich die Bibliothek nachher als einheitliches, innerlich gesundes Ganzes entwickeln soll. Der Gründungsleiter muss nicht nur die nötigen literarischen Kenntnisse besitzen, er muss auch künstlerisches Verständnis haben, muss unterscheiden können, was Kunst, was Geistreicheln und Schönreden ist, damit er im stande ist, das Gute zu erkennen und das Schlechte draussen zu lassen, und wenn es noch so *beliebt* ist. Die Aufklärungslectüre darf natürlich nicht vernachlässigt werden, doch auch sie soll objectiv ausgewählt werden: Der Leser soll nicht immer nur die eine Ansicht kennen lernen; man will ihm ja keine Dressur, sondern Erziehung zu teil werden lassen.

Ganz falsch ist die Ansicht, als ob das Verständnis für künstlerisch zu bewertenden Lesestoff durch die Lectüre von Minderwertigem vorbereitet werden müsse. Eigentlich sollte es unnötig sein, über diese höchst primitive Ansicht überhaupt noch ein Wort zu verlieren. Und doch scheint es angebracht, darüber zu reden. Die Leitung einer grossen Arbeiterbibliothek ist nämlich augenscheinlich dieser Meinung. In dem Bericht eines Gewerkschaftcartells wird über die grosse, früher im Privatbesitz gewesene Bibliothek des Cartells — Angabe des Ortes ist unnötig, da es sich hier um die Sache, nicht um Personen handelt — gesagt: Durch den Uebergang in den Besitz der Gewerkschaften, ist es möglich gemacht, dass die Bibliothek, unabhängig geworden von dem Tagesgeschmack bzw. Sensationsbedürfnis des grossen Publicums, das *für sein gutes Geld* Neues, nur immer Neues verlangt, und es können die Mittel, welche für Erweiterung der Bibliothek zur Verfügung gestellt werden, nunmehr unter ausschliesslicher Berücksichtigung des literarischen, des künstlerischen Wertes zur Aufwendung gelangen. Oder doch kann die Erwerbung minderwertiger Sachen wesentlich eingeschränkt werden, davor ganz zu entraten, wird kaum möglich sein. Denn immer treten neue Recruten in unsere Reihen und wir wissen schon aus Erfahrung, dass immer wieder mit dem ABC angefangen werden muss, wo es sich um geistige Dinge handelt, seien es nun Gegenstände ernster Arbeit zwecks wissenschaftlicher Belehrung, sei es die leichtere Kost heiterer oder gemütbildender Unterhaltung. Wie man einem bildungsbedürftigen Nutzer unserer Bibliothek nicht das *Capital* oder Darwins Werke zum Lesen wird empfehlen wollen, ohne dass er durch einleitende Werke vorbereitet sei, ebensowenig wird es gelingen, Leser aus der werktätigen Bevölkerung zu gewinnen, welche den Genuss des literarisch Gebildeten, zum Beispiel an den Schriften Wilhelm Raabes, Storms, Stifters und an den Werken unserer Classiker sowohl wie der Alten mitempfinden, ohne dass eine allmähliche Heranbildung stattgehabt hätte. Wie beim Bau ein Stein auf den andern gefügt werden muss, wie bei der Pflanze sich Knospe auf Knospe und Blatt auf Blatt entwickelt, so erscheint auch die Entwicklung eines Menschen als natürlichste und deshalb gesündeste, bei welcher sich die Bildungselemente. — es ist hier nicht nur an intellectuelle Bildung gedacht — organisch aneinanderfügen. Von unten nach oben!

Ich habe deshalb so ausführlich citiert, weil dieser Bericht zeigt, wie die Leitung einer Bibliothek nicht sein soll! Wenn zunächst nach der Ansicht, dass, wer Storm oder Raabe geniessen wolle, erst Minderwertiges lesen müsse, wirklich

verfahren wird, so wirkt eine Bibliothek gerade ihrem eigentlichen Zwecke entgegen. nicht dadurch erzieht man den Leser zum Kunstgenuss, dass man ihm erst mit schlechtem Zeug Phantasie und Geschmack verdirbt. Wer anderer Ansicht ist, mit dem kann man überhaupt nicht über dieses Thema reden, — es sei denn, dass er erst selber sich die Fähigkeit zum künstlerischen Geniessen aneignete. Wer Kunst-erzieher — also auch Leiter einer Bibliothek — sein soll, muss sich selber erst mal über den Begriff *Kunst* im klaren sein. Zumal wer Kunst nicht für ernste Arbeit, sondern für *leichtere Kost heiterer oder gemütbildender Unterhaltung* halt, ist zum Lehrenden in der Kunst gänzlich ungeeignet. Und ein solcher ist doch der Leiter einer Arbeiterbibliothek, wenn sein Amt und das Institut überhaupt einen Zweck haben sollen. Ganz selbstverständlich ist es weiter, dass einer, der die Besucher einer Bibliothek zum Besten hinüberleiten will, selber des Deutschen mächtig ist; denn sonst kann er sich nie über den Wert eines Buches als Lehrer ein Urteil bilden. Dies alles ist schon zu berücksichtigen, wenn es sich bei der Gründung einer allgemeinen Gewerkschaftsbibliothek darum handelt, den aufbauenden Leiter auszuwählen; mit einem Wort, er soll Sachverständiger sein: nicht nur bibliographischer Fachmann, sondern vor allem ein Förderer und Freund des öffentlichen Büchereiwesens. Die Einrichtung einer solchen Bibliothek ist eine Arbeit, bei der neben technischem Wissen auch Liebe zum Werke sein muss.

Ist aus den vorhandenen Bücherbeständen das Gute gewählt, so werden die Lücken konstatiert: es wird festgestellt, was zum einheitlichen Ganzen noch nötig ist. Denn ein einheitliches Ganzes muss eine Bibliothek sein, wenn sie in den Händen des Bibliothekars ein Werkzeug der Erziehung sein soll. Das Fehlende wird angeschafft und eingereiht.

Für die Aufstellung des Planes bietet der vom *Kunstwart* herausgegebene *Literarische Ratgeber für 1903* gutes Material.

Die ständige Leitung der Bücherei ist ein gleich wichtiges Geschäft wie die Grundsteinlegung. Jener liegt zunächst die Complethaltung der Bibliothek ob: die Neuanschaffungen. Ein schwieriges Stück Arbeit, bei dem neben dem Zweck der Bücherei die besondere Gestalt derselben in Acht genommen werden muss. Sie darf bei allem Weiterbauen nichts an ihrem einheitlichen Wesen einbüßen. Durch Neuanschaffungen sind zunächst die alten Bestände auszubauen und dann zum Ganzen passende Neuerungen anzufügen. Die Bibliothek soll kein Archiv sein. Neuerscheinungen müssen, bevor sie eingefügt werden, auf ihren dauernden Wert hin geprüft werden. Bei Werken der Dichtkunst ist besonders darauf zu sehen, dass nicht etwa unkünstlerische Machwerke durchgleiten.

Genau so wichtig, wie der plangerechte Ausbau, ist die Bücherausgabe, die stets im einheitlichen Geiste gehandhabt werden soll. Der Bibliothekar soll die persönliche Art der Leser beobachten, ihren Geschmack zu beeinflussen suchen. Dazu gehört neben der Lust und Liebe pädagogische Begabung. Die Buchausgabe gilt sehr mit Unrecht als eine rein mechanische Hantierung. Gerade sie vollendet erst die Erziehungsarbeit, die der Büchereileiter zu pflegen hat.

Die Erziehung der Leser kann erleichtert werden, wenn der Bibliothekar sich so viel wie möglich der Presse bedient. Er veröffentliche in ihr neben den geschäftlichen Mitteilungen Besprechungen von Neuanschaffungen und älteren Sachen, die er den Lesern besonders gern vermitteln möchte. Er gebe, auf Grund seiner Erfahrungen im Verkehr mit dem Publicum, Ratschläge in populären Artikeln, indem er geschickt an Fragen anknüpft, für die gerade Interesse vorhanden ist. Die Arbeiten eines Büchereileiters lassen sich, entsprechend seiner Veranlagung, noch erweitern.

Es ist klar, dass solch ein Leiter einer allgemeinen Gewerkschaftsbibliothek, wenn irgend möglich, ein besoldeter Beamter sein muss, dessen wirtschaftliche Existenz eben sein Amt ist. Namentlich, da er auch umfangreiche statistische Arbeiten, die für das Gedeihen des Institutes und für das Volksbildungswesen an

sich von grossem Werte sind, zu erledigen hat. Mindestens soll der Posten des Bibliothekars ein Hauptberuf des Leiters sein. Wo ein Arbeitersecretariat besteht, mag es gut sein, die Bücherei diesem anzugliedern. Natürlich soll man den Arbeitersecretair nicht damit belasten, höchstens kann man einen weiteren Beamten anstellen, der im Nebenamt Secretariatsarbeiten miterledigt.

Keineswegs aber empfiehlt es sich, ein Gewerkschaftsmitglied im Ehrenamt mit der Verwaltung zu betrauen. Erstens trifft man dann wohl nie die richtige Wahl, da auch in dieser Beziehung sachverständige Leute vorläufig immer noch dünn gesät sind, und zweitens erfordern die Arbeiten viel zu viel Zeit.

Die Kostenaufbringung wird wohl überall die meisten Schwierigkeiten bringen, da sie natürlich meistens eine Mehrbesteuerung der Mitglieder nach sich ziehen wird. Eine solche ist immer nur schwer durchzuführen. Doch geben ja auch jetzt manche Gewerkschaften für ihre Bibliotheken bestimmte Summen aus und brauchen also wohl besondere Beiträge nicht zu erheben. Im übrigen sind die ordentlichen Unkosten gar nicht besonders hohe; ob die Einrichtungskosten bedeutend sein werden, richtet sich nach der Art der vorhandenen Bücherbestände. Die Kosten könnten ähnlich wie die der Arbeitersecretariate durch Monatsbeiträge der einzelnen Mitglieder aufgebracht werden; nur müsste man versuchen, statt eines für alle Berufe gleichen Beitrages (Kopfsteuer) einen nach den Durchschnittslöhnen zu bestimmenden einzuführen. Schwer ist es, schon hier in diesem Aufsatz die ungefähren Kosten zahlenmässig abzuschätzen. Wenn jedoch erst der Bücherbestand ein derartig grosser ist, dass er eine steigende Frequenz bewältigt, so sind die regelmässigen Unkosten jedenfalls keine besonders grossen, vor allem, wenn ein Sachverständiger die Neuanschaffungen bestimmt. Schon aus principiellen Gründen müsste man ferner die Staats- bzw. Gemeindeverwaltungen um Gewährung einer Beihilfe ersuchen, wenn das auch im lieben Deutschland, in dem das öffentliche Büchereiwesen im Verhältnis zu andern Culturstaaten sehr im Argen liegt, fast immer vergeblich sein wird.

Leider ist bei beabsichtigter Gründung einer allgemeinen Gewerkschaftsbibliothek mit dem Umstände zu rechnen, dass grössere Mitgliedschaften mit umfangreicheren Bücherbeständen sich weigern werden, sich der allgemeinen Bibliothek anzuschliessen. Ich weiss das aus einem besonderen Falle. Man wird sagen: Unsere Gewerkschaft hat jahrelang ihr Geld dafür ausgegeben, während andere nichts für Bücher übrig hatten, und nun sollen diese unsere Bücher mitbenutzen? Wir gebrauchen unsere übrigens auch zu agitatorischen Zwecken: um Mitglieder zu werben und alte an uns zu fesseln! — Und noch andere Gründe werden aufmarschieren. Nun, der erstgenannte widerlegt sich schon durch den einfachen Hinweis auf die Pflicht zur Solidaritätsübung. Der zweite ist hinfällig: Erstens tritt niemand der Bibliothek wegen in eine Gewerkschaft ein, und zum andern lässt sich keiner dadurch halten. Wenn es aber doch vorkommen sollte, so passiert das doch noch ebensogut nach Gründung einer allgemeinen Bibliothek: sie ist ja eine Gewerkschaftsbibliothek und steht nur solchen Arbeitern offen, die sich einer Organisation angeschlossen haben; und dabei bietet sie doch noch mehr, als eine Zahlstellenbücherei. — Und weiter: Wer sagt denn, dass jene grösseren Büchereien nun auch wirklich gute sind? Nach welchem sachlichen Entwurf geschah die Einrichtung? Nach welchem sachlichen Plan gehen die Neuanschaffungen vor sich? Vermutlich nach gar keinem. Geschieht die Buchausgabe etwa anders als rein mechanisch? Wird die Bibliothek überhaupt der Mitgliederzahl entsprechend ausgenutzt? Nein. Die ganze Arbeit besteht in der Neuanschaffung nach rein zufälligen Gesichtspuncten, in der Festsetzung einer Ausgabezeit, zu der sich niemand einfindet; man hat eine schöne Bibliothek und ist stolz darauf. Und dieser Stolz — lies *Eigentumsfanatismus* — ist auch der einzige innere Grund, warum man sich weigert, den Bücherbestand als Baumaterial für eine allgemeine Gewerkschaftsbibliothek herzugeben!

Wo sich einzelne Gewerkschaften vom Werke des gemeinsamen Wohls hartnäckig ausschliessen, da soll man es getrost ohne sie versuchen. Denn die Grösse einer Bibliothek macht's noch lange nicht. Die Hauptsache ist der innere Ausbau. Natürlich muss die Anzahl der Bände der Grösse des in Betracht kommenden Lesepublikums angepasst sein, damit in der Ausgabe keine bedeutenden Stockungen eintreten. Doch das Ausbleiben einzelner Gewerkschaften verringert auch zugleich die Anzahl der Leser, so dass ein gewisser Ausgleich von selbst erfolgt. Denn selbstverständlich können nur Mitglieder solcher Gewerkschaften, die sich dem allgemeinen Institut anschlossen, Bücher entnehmen. Der Ausgleich bewirkt, dass der Bücherbestand immer noch genügend gross bleibt und auch die Einzelbeiträge nicht steigen.

Es wird kaum nötig sein, über den Wert sachverständig geleiteter Arbeiterbibliotheken für den einzelnen und die Bewegung noch viel zu sagen. Es sei nur bemerkt, dass die Lectüre guter Bücher den Gesichtskreis erweitert und Erfahrungen vermittelt, so das Vermögen zur objectiven Anschauung weckt und starkt. Objectives Urteilsvermögen über Dinge aber, die mit dem persönlichen und dem Classeninteresse nicht direct zusammenhängen, fehlt heute jeder Classe; besonders das Proletariat kann solches zur Vertiefung seiner Classenkampfbewegung wohl gebrauchen.

Doch möchte ich noch auf eine andere Frage von Bedeutung hinweisen, die mit der Errichtung von allgemeinen Gewerkschaftsbibliotheken — vorausgesetzt immer, dass sie unter sachverständiger Leitung stehen! — ihrer Lösung um ein grosses Stück näher gebracht würde. Ich meine die Vermittelung guter Lectüre an die Arbeiterjugend.

Gute Jugendlectüre ist nämlich vorhanden und hat in den letzten Jahren ansehnlichen Zuwachs erfahren. Wertvoll für ihre Erschliessung ist vor allem die Läuterungsarbeit, wie sie die fortgeschrittene deutsche Lehrerschaft seit Jahren mit grossem Fleiss und Verständnis besorgt. Es handelt sich eben nur noch darum, wie die Jugendlectüre am besten — unter gleichzeitiger Bekämpfung des Schlechten — unter die Leser zu bringen ist. Dafür scheint mir gerade die Leitung einer allgemeinen Gewerkschaftsbibliothek eine sehr geeignete Stelle zu sein. Nicht etwa, dass eine besondere Nebensammlung von Jugendbüchern angelegt werden sollte! Das ist ganz und gar unnötig, denn es ist längst entschieden, dass gute Jugendlectüre immer den Erwachsenen so gut erfreut, wie das Kind. Dagegen ist die vielerörterte Frage, ob eine besondere *socialdemokratische* Jugendliteratur zu schaffen sei, längst durch die Discussion mit *Nein!* beantwortet worden. Womut natürlich nicht gesagt ist, dass ein Jugendbuch, das die Tendenz unserer Bewegung künstlerisch bemeistert, nun kein Anrecht auf Existenz hatte; im Gegenteil. Die gegenwärtig schon vorhandene gute Jugendliteratur braucht nicht erst besonders für unsere Kinder eingereiht zu werden: sie gehört grösstenteils ohnehin zum eisernen Bestand einer jeden ordentlichen Volksbibliothek. Der Leiter einer allgemeinen Gewerkschaftsbibliothek muss sie nur kennen und für sein Publicum erzieherisch zu verwerten wissen. Dann kann es sein, dass die durch unseren Schulunterricht geübte Bevorzugung des verstandesmässigen Betrachtens wenigstens bei einem Teil unserer Proletarierjugend durch grossere Berücksichtigung der Phantasie und des innerlichen Gefühls in ihrer einseitigen, für ästhetische Genussfähigkeit und Lebensfreude und wirkliche Bildung — bei der das Herz eine ebenso bedeutende Rolle spielt, wie das Wissen schlechthin — verderblichen Wirkung abgeschwächt wird. So kann eine solche Bibliothek, unter Leitung eines pädagogisch arbeitenden Vorstehers, für das Kind, den Heranreifenden und den Erwachsenen einen Bildungsgang vermitteln, der die Charakterbildung besser beeinflusst, als das blosse Lernen und Arbeiten um den Erwerb es allein vermögen.

Die Einrichtung von Leseräumen im Anschluss an die Gewerkschaftsbibliothek ist sehr anzuraten. Dem werden aber wohl meistens grössere Schwierig-

keiten entgegenstehen. Vor allem die Localfrage ist dabei nicht leicht gelöst. In einer Gastwirtschaft darf das Lesezimmer natürlich nicht sein; wenigstens muss ein von dem Wirtshausbetrieb gänzlich abgesonderter Raum dafür bestimmt werden, der ungenierten Aufenthalt gewährt. Trinkzwang oder irgend welche *moralische* Verpflichtung zum Geldverzehren darf nicht vorhanden sein.

Wird ein Leseraum eingerichtet, so sei sein *Wandschmuck* bildend für den Geschmack der Besucher. Denn gerade in Bezug auf die Ausschmückung der Wohnräume ist noch viel ästhetische Arbeit zu verrichten. Für wenig Geld kann man künstlerischen Wandschmuck bekommen; ein Zwanzigmarkstück genügt selbst für die Bedürfnisse eines geräumigen Lesesaals. Die Meisterbilder des *Kunstwart* und die farbigen Künstlersteinzeichnungen der Verlage von Teubner und Voigtlander sind sehr dazu geeignet.

Aus der Geschichte der englischen Getreidepreise.

Von

Heinrich Laufenberg.

(Berlin.)

Im Reichstage ist bei den Beratungen des Zolltarifgesetzes von conservativer Seite auf die gegenwärtige Lage der englischen Landwirtschaft als eine Folge der 1846 erfolgten Aufhebung der Getreidezölle exemplificiert, von socialdemokratischen Rednern dagegen das Schwinden des ländlichen Mittel- und Kleinbesitzes und das Anwachsen der Latifundien in England als eine Wirkung eben dieser Zölle und der ihr vorausgegangenen hohen Getreidepreise charakterisiert worden. Die nachstehende Untersuchung soll die Richtigkeit dieser letzteren Behauptung erhärten und einige markante und für das deutsche Proletariat besonders lehrreiche Züge aus der Geschichte der englischen Getreidepreise hervorheben. Es ist dies wohl nicht müssig, angesichts der Tatsache, dass erst der neue Reichstag, vor dessen Wahl wir jetzt stehen, durch die Beschlussfassung über die auf Grund des neuen Zolltarifs abzuschliessenden Handelsverträge die eigentliche Entscheidung dieses Kampfes der wirtschaftlichen Interessengegensätze bringt.

Schon im XVIII. Jahrhundert, zumal in dessen zweiter Hälfte, hatte man in England ausländisches Getreide Einfuhrzöllen unterworfen, die, ihrem Wesen nach vorwiegend Finanzzölle, durch das Gesetz vom Jahre 1773 auf den unbedeutenden Satz von 6 Pence per Quarter Weizen bei einem Marktpreise von 48 Shilling ermässigt worden waren. Im Jahre 1791 wurde ein verschärfte Korngesetz verabschiedet, das eine Weizeneinfuhr erst gestattete, wenn der Marktpreis die Höhe von 50 Shilling das Quarter Weizen erreicht hatte, und den Zoll von 6 Pence nur für den Fall aufrecht erhielt, dass der Marktpreis über 54 Shilling hinausging. Es kam dann die Zeit der durch die französische Revolution verursachten Umwälzungen auf dem Continent, die infolge ungeheurer und allgemeiner Preissteigerungen auf dem Getreidemarkt den englischen Grundbesitzern, wie wir sehen werden, enorme Profite in den Schoss warf und zu einer bedenklichen Ueberspeculation in Grund und Boden führte, gegen die nach dem Jahre 1815 der Rückschlag nicht ausbleiben konnte. Deshalb versuchten die englischen Landlords nach dem Friedensschluss, durch Prohibitivzölle dem unabwendbaren Preisfall vorzubeugen. Durch das Korngesetz von 1815 wurde jede Weizeneinfuhr verboten, solange der Inlandpreis nicht die Höhe von 80 Shilling das Quarter erreicht hatte. Im Jahre 1827 ward dann, um der wachsenden Opposition gegen die Kornzölle Rechnung zu tragen, eine gleitende Scala eingeführt, die je nach der Höhe des

Weizenpreises von 64, 69 oder 73 Shilling das Quarter einen Zoll je von 23, 16,8 und 1 Shilling festsetzte.

Wohl selten hat eine politische Partei grössere Machtmittel zur Verfügung gehabt, als die englische *Gentry* bei ihrem Eintritt in die Schutzzollbewegung. Schon zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts hatte sie sich die *Domaine im Unterhaus* zu sichern verstanden, als sie die Würde eines Grafschaftsritters von einem hohen Grundrentencensus abhängig machte. Auf ähnliche Weise hatte sie das Amt der Friedensrichter der Grafschaft sich völlig in die Hände zu spielen gewusst, wodurch sie sich nicht nur den massgebenden Einfluss in der Grafschaft sicherte, sondern sich vor allem auch eine feste politische Organisation schuf. Es war zuletzt dahin gekommen, dass ein Drittel der Sitze im Unterhause von den grossen Landlords unmittelbar, ein zweites Drittel durch ihren überwiegenden Einfluss als Patrone in den Landstädten geradezu vergeben wurden. So besass der englische Grundbesitz nicht nur eine Vertretung in dem Hochtortryhouse der Lords, sondern ein gefügiges Werkzeug auch in dem der Gemeinden, das selbst noch nach der Reformbill vom Jahre 1832 von Lord Palmerston ausdrücklich als ein Haus von Grundbesitzern bezeichnet werden konnte.

Man muss es den englischen Junkern lassen, dass sie ihre Machtstellung weidlich und rücksichtslos auszunutzen bestrebt gewesen sind. Sie duldeten nicht nur aus materiellen Gründen die der englischen Verfassung zuwiderlaufenden absolutistischen Neigungen eines später dem Wahnsinn verfallenen Königtums, dessen überseeische Abenteuerpolitik England die herrlichste seiner Colonieen kostete — nicht einmal den kleinsten Fetzen der absurdesten, aus der Zeit der normannischen Eroberung stammenden Jagdgesetze fühlten sie sich veranlasst fallen zu lassen. Im Jahre 1816 verhängte ein Gesetz auf Wilddiebstahl die unerhörte Strafe siebenjähriger Deportation, während im XIII. Jahrhundert dasselbe Vergehen nur mit einjähriger Gefängnisstrafe belegt war. Niemand durfte während der ersten drei Decennien des XIX. Jahrhunderts Wild hegen oder jagen oder gar Jagdhunde halten, dessen Landbesitz nicht zum mindesten 100 Pfund jährlicher Grundrente abwarf. Noch 1830 wurden nahe an 2000 Personen wegen Jagdrevells bestraft und erst 1831 der Kauf und Verkauf erlegten Wildes freigegeben. Staatsschulden verwies man auf den Weg der Anleihe, während man für Kirchenbauten, um dem wachsenden *revolutionären* Geiste Einhalt zu tun, in einem Jahre 1 Million Pfund zum Fenster hinauswarf. Daneben aber scheuten sich diese Edlen nicht, den Steuersäckel des Volkes in der unverschämtesten Weise zu plündern. Zwei Erzbischöfe und sieben Bischöfe nahmen von den dem englischen Episcopat ausgeworfenen Jahresrevenue von 150 000 Pfund 90 000 Pfund vorweg. Castlereagh, der Bruder des Ministers, bekleidete hohe hochbesoldete Stellen im Heer, als er noch Schüler in Eton-College war, um 19jährig in den diplomatischen Dienst zu treten und seinem Lande, wie ihm nachmals im Hause der Lords vorgerechnet wurde, in zehn Jahren 100 000 Pfund zu kosten. Jeder hoch und höchst gestellte Beamte suchte dem ewigen Geldbedürfnis seiner Gesippen mit reich dotierten Staatsämtern aufzuhelfen. Die vier ersten leitenden Minister des vorigen Jahrhunderts haben den ihrigen nicht weniger als 23 600 Pfund jährlichen Einkommens zugewandt. Besonders schön nimmt sich das aus, wenn man bedenkt, dass man den Arbeitern — ländlichen wie industriellen — jede Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Existenz zu nehmen versucht hatte, indem Arbeitercoalitionen bei Strikes mit mehrmonatlichem Gefängnis, Unternehmercoalitionen dagegen mit der lächerlichen Geldstrafe von 20 Pfund geahndet wurden. Wie weit die *Edelsten* einer Nation in Schamlosigkeit gedeihen können, erhellt aus dem Commissions-

antrage vom Jahre 1821, in dem man zur Hebung der landwirtschaftlichen *Depression* nichts geringeres empfahl, als Nichtbezahlen der Zinsen der Staatsschuld, also Staatsbankerott, um auf diese Weise einen Steuernachlass zu erwirken, und Verschlechterung der Landesmünze, »weil dadurch nicht nur die Getreidepreise in die Höhe gehen würden, sondern auch die Schulden leichter gedeckt werden könnten«.

Betrachten wir nun die Preisbewegung auf dem englischen Getreidemarkt etwas genauer. Wir legen dabei die Weizenpreise zu Grunde, denen die Preise der übrigen Producte im wesentlichen gefolgt sind. Schon gegen Schluss der achtziger Jahre des XVIII. Jahrhunderts hatten infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse und der gewaltig anwachsenden Bevölkerung — ein Vergleich der Jahre 1750 und 1801 ergibt eine Zunahme von 52 % — die Getreidepreise eine steigende Tendenz gezeigt, die sich jedoch nicht wesentlich von dem Durchschnittspreis der letzten Decennien abhob. Dies änderte sich unter dem Einfluss wiederholter Missernten, die sich auch auf den Continent erstreckten, und der französischen Kriege in den neunziger Jahren mit einem Schlage. Im Frühling 1796 erreichte der Weizenpreis zum ersten Male die Höhe von 100 Shilling das Quarter; nach der schlechten Ernte von 1800 stieg er auf mehr denn 134 Shilling, im März 1801, als Russland das Embargo auf englische Waren gelegt, sogar über 156 Shilling. Die Jahresdurchschnittspreise stellen sich um die Jahrhundertswende auf 67 Shilling 6 Pence 1799, 113 Shilling 7 Pence 1800 und 118 Shilling 3 Pence 1801. Mit der kurzen Unterbrechung der Jahre 1802 und 1803, in denen der Durchschnittspreis auf 57 Shilling bzw. 52 Shilling 8 Pence zurückging, erhielt sich in den folgenden Jahren im grossen und ganzen die fortschreitende Tendenz der Preise, wie die folgende Tabelle für Weizen beweist. Derselbe

December	1804	86	Shilling	2	Pence	December	1809	102	Shilling	-	Pence
August	1805	98	„	4	„	Frühling	1810	113	„	-	„
Herbst	1806	73	„	5	„	August	1810	116	„	-	„
November	1807	66	„	-	„	Ende	1810	94	„	7	„
Juli	1808	81	„	1	„	Juni	1811	86	„	11	„
Herbst	1809	92	„	-	„	August	1812	155	„	-	„

Angesichts dieser Zahlen, wird die schier unglaublich klingende Behauptung englischer Zeitgenossen, dass die Grundrente in den Jahren 1790 bis 1810 sich um das Vier- bis Fünffache gehoben habe, durchaus verständlich, und natürlich entsprach diesem Preisgange des Getreides auch der des Brotes. In den *Annals of Agriculture* für das Jahr 1796 findet sich ein interessanter Artikel von Artur Young, der uns einen Einblick in die Höhe der Profite gewährt, die in jenen Tagen auf dem Getreidemarkt erzielt wurden. Nach den Ausführungen Youngs stellte sich der Durchschnittspreis von Weizen während der zwölf Monate April 1795 bis Mai 1796 für England und Wales auf 10 Shilling 7 Pence per Bushel, der Durchschnittspreis für die gleiche Quantität in den Jahren 1782 bis 1794 dagegen auf 5 Shilling 10 Pence; als Mehrertrag ergeben sich also 4 Shilling 9 Pence per Bushel oder 38 Shilling per Quarter. Berechnet man nun den Weizenconsum des Jahres 1795-96 angesichts der vorhergehenden Missernte auf 6961 500 Quarter, das heisst um ein Fünftel unter dem Durchschnittsconsum, so erhält man für die Gesamtheit der Grundherren einen durch dieses eine Notjahr verursachten Mehrertrag von 13 226 849 Pfund, von mehr als $\frac{1}{4}$ Milliarde Mark.

Berücksichtigt man, dass beim Jahresschluss 1814 der Weizenpreis auf 66 Shilling 5 Pence und Juni 1815 gar auf 53 Shilling 7 Pence gefallen war, so versteht man, aus welchen Motiven heraus die englischen Junker zu Schutz-

und Prohibitivzöllen schritten. Wie stellen sich nun die Weizenpreise unter dem Zollregime?

Die volle Wirkung der Korngesetze zeigt sich in den Jahren 1816 bis 1820, wie die folgende Tabelle auf den ersten Blick erkennen lässt. Weizen stand

Mai 1816 auf	74	Shilling	—	Pence
Schluss 1816	103	„	—	„
Juni 1817	117	„	—	„
Juli 1817	111	„	6	„
December 1817	85	„	4	„
December 1818	78	„	10	„
Jahresdurchschnitt 1819	72	„	—	„
Jahresdurchschnitt 1820	72	„	—	„

Die Weizenpreise überschritten also in zwei Jahren das im Zollgesetz von 1815 geforderte Minimum von 80 Shilling beträchtlich und hielten sich im übrigen in dessen unmittelbarer Nähe, so dass der preissteigernde Zweck des Gesetzes in diesem Zeitraum offenbar völlig erreicht ward.

Welch menschenfreundliche Ansichten damals unter den englischen Grundlords vorherrschten, ersieht man aus Tookes epochemachender *Geschichte der Preise*. Danach war der Glaube weit verbreitet, dass selbst bei völligem Exportverbot die Getreidepreise nie beträchtlich und dauernd zu sinken vermöchten, da in gewöhnlichen Jahren nicht genügend Körnerfrucht für den Volkscosum erzeugt würde und nach den Erfahrungen der letzten 30 Jahre nie eine grössere Anzahl fruchtbarer Jahre auf einander folgte, ohne von einem völligen Fehljahr unterbrochen zu werden. Die unfehlbaren Wirkungen eines solchen auf der fortgesetzten Unterernährung der eigenen Volksgenossen ruhenden Systems hat man in dem Notjahr 1817, als in England der Hunger herrschte, noch dadurch nutzbringend verschärft, dass man 30 000 Quarter Weizen an die französische Regierung verkaufte. Während in England das Getreide 1819 und 1820 sich auf 72 Shilling hielt, notierte Wien September 1819 19 Shilling 6 Pence, München September 1820 24 Shilling 5 Pence. Es ist richtig, dass in den folgenden Jahren der Durchschnittspreis für englisches Getreide wesentlich herunterging. Aber es wäre grundverkehrt, daraus auf die Unwirksamkeit der Getreidezölle zu schliessen. Schon 1821 betrug die irische Einfuhr an Weizen und Weizenmehle über $\frac{1}{2}$ Million Quarter, während die englische Regierung grössere Mengen ausländischen Getreides in den Häfen unter Zollverschluss lagern liess, zwei Factoren, welche die Preisbildung wesentlich beeinflussen mussten. Vor allem aber lehnte als wirksamstes Mittel die öffentliche Meinung sich gegen eine rigorose Handhabung der Korngesetze auf. Wäre das Korngesetz vom Jahre 1815 streng durchgeführt worden, schreibt Tooke in dem angegebenen Werk, und hätte nicht durch Zulassung fremden Kornes zum Consum während der Jahre 1825, 1826 und 1827 eine Erleichterung Platz gegriffen, so müsste der Weizenpreis 1826 und 1827 unvermeidlich zwischen 70 und 80 Shilling gestanden haben, vorausgesetzt, das Publicum hätte einen solch empfindlichen Monopolpreis über sich ergehen lassen.

Mit dem Jahre 1827 trat die gleitende Scala in Kraft, welche im wesentlichen darauf hinwirken sollte, die Productionsdifferenzen zwischen England und den Importländern auszugleichen. Auch hier wäre es angesichts des Umstandes, dass die Durchschnittspreise eine Abschwächung im Vergleich mit denen des vorhergehenden Zeitraums zeigen, verfehlt, den Zoll als Preisfactor auf dem Inlandmarkt in Abrede stellen zu wollen. Die irische Concurrenz stieg ganz gewaltig; 1828 hatte sie sich im Vergleich zum Jahre 1821 verdoppelt. Die unterste Importgrenze war von 80 auf 64 Shilling herabgesetzt, was die

Möglichkeit der Einfuhr und damit die Menge des in den Zollhäfen sich aufspeichernden ausländischen Getreides erhöhte. Dabei wurde die Notwendigkeit, fremdes Korn zu importieren, angesichts des industriellen Aufschwungs und der wachsenden Bevölkerung sowie der völligen Unzulänglichkeit der eigenen Production immer zwingender, wie denn die Ministerien Canning und Peel die Acra des Freihandels systematisch vorbereitet haben. Nichtsdestoweniger hat die gleitende Scala ihren Zweck insofern erreicht, als sie in der That eine Preisdifferenz zum Schaden des Importgetreides für die weitaus grössere Mehrzahl der in Betracht kommenden Jahre geschaffen hat. Wenn in den ersten Decennien nach Aufhebung der Getreidezölle die englischen Getreidepreise nicht wesentlich herabgegangen sind, so liegt es an dem Aufhören der irischen Einfuhr, an dem durch den industriellen Aufschwung steigenden Eigenconsum der Importstaaten und dem ständig wachsenden Bedarf Englands; hatte es doch 1850 bereits $17\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner zu ernähren, während es nur für $16\frac{1}{2}$ Millionen Nahrungsmittel zu producieren ver.nochte.

Es liegt auf der Hand, dass Perioden mit Preisbewegungen ähnlich den geschilderten den grössten Einfluss auf das gesamte Volk, insbesondere auf den producierenden Stand, die Landwirtschaft, selber haben mussten. Die Notpreise der letzten Decennien des XVIII. Jahrhunderts liessen eine Bewegung wieder aufleben, die, seit langem im Fluss, nie ganz zum Stillstand gekommen war. Schon im XVII. Jahrhundert hatten die Landlords sich dem Flurzwang der Gemeinden zu entziehen und durch Besitznehmen weiter Strecken des Gemeinlandes, durch sogenannte *Einhegungen*, ihre Höfe abzurunden und zu vergrössern verstanden, wodurch zwar die Grundlage für die profitablere Viehzucht gewonnen, jedoch ausgedehnte Bezirke blühenden und mit Dörfern besäten Kornlandes zu Schafweide verwandelt und in Einöden umgeschaffen wurden. Im XVIII. Jahrhundert hatte die Zahl der Einhegungen beträchtlich nachgelassen, nahm jedoch in den Zeiten der Kriegs- und der darauf folgenden Zolljahre einen Umfang an, der dem ländlichen Mittel- und Kleinstand Englands durchaus verhängnisvoll geworden ist. Bis zum Jahre 1796 waren unter der Regierung Georgs III. nicht weniger als 2 800 000 Acres Gemeindeland durch nicht weniger als 1500 Einschlussgesetze den Landlords zugesprochen worden; im Jahre 1820 war das eingehegte Areal auf 6 331 800 Acres gestiegen. Um 1815 fanden sich nichtsdestoweniger noch in fast allen Teilen des Landes, besonders in den mittleren und östlichen Grafschaften, indes auch in den übrigen Counties ausgedehnte offene und Gemeindefelder; so lagen in Northampshire von 316 Kirchspielen noch 89, in Oxfordshire noch 100 Kirchspiele im alten Zustande, in Warwickshire waren noch etwa 50 000, in Berkshire 25 000, in Huntingdonshire 130 000 Acres, in Wiltshire die grössere Grafschaftshälfte Gemeindeland. Doch auch diese letzten Reste ländlichen Mittel- und Kleinbesitzes gingen in den Zolljahren unter. Im Jahre 1879 schätzte man die offenen und Gemeindefelder Englands insgesamt auf nur mehr 264 000 Acres, und kleine Bauern fanden sich nur noch dort, wo Gemeindeland uneingehegt verblieben war. Berücksichtigt man, dass nach 1850 nur wenige Einhegungen vorgekommen sind, so kann man sich der Richtigkeit eines officiellen Berichts über die Lage der englischen Landwirtschaft vom Jahre 1835 nicht verschliessen. Dort heisst es: In denjenigen englischen Grafschaften, in denen vormals Bauern im Besitz ihrer eigenen Güter reichlich vorhanden waren, hat kürzlich ein grosser Eigentumswechsel Platz gegriffen. Die hohen Preise des letzten Krieges führten zur Speculation im Ankauf, in der Verbesserung und Einhegung von Land. Geld wurde auf das väterliche Gut aufgenommen, was damals nicht für unvorsichtig galt. Die Preise sind

gefallen, die Schulden bleiben dauernd, oder das Gut hat seinen Besitzer gewechselt, und die Zwischenzeit zwischen dem Preisfall und der Anpassung von Last und Ausgabe an den neuen Geldwert ist für diese Menschenklasse höchst verderblich geworden.

Eine solch ungeheure Vernichtung selbständiger Existenzen wirkte naturgemäss zurück auf die ganze Structur der ländlichen Gesellschaft. Die kleine *Gentry* mit ihrer übertriebenen Nachahmungssucht der Grossen und ihrer geringen Neigung zum Fortschritt verschwand zuerst; ihr folgte der Freisasse, den die enormen Steuern, diesem der Mittelpächter, welchen das Steigen der Pacht und die vermehrten Betriebskosten ruinierten, und parallel damit ging jenes Aufsaugen des Kleinstandes, welchem der Verlust von Brache, Stoppel- und Gemeinweide die Viehhaltung unmöglich machte und seiner Wirtschaft gewissermassen das Rückgrat brach. Gleichzeitig damit entstand ein lediglich auf Tagelohn angewiesener ländlicher Arbeiterstand, der, sofern er sich nicht einen kleinen Besitz zu wahren wusste, zum grössten Teile in die Städte abwanderte und dort das industrielle Proletariat vermehrte. Wir versagen es uns, das unsägliche Elend, das die Zeitgeschichte im Gefolge der furchtbaren Industriekrisen und Brotteuerungen während der sechs Jahrzehnte von 1790 bis 1850 entrollt, die verzweifelten Versuche der Besitzenden, die Hungerrevolten mit dem Bajonett niederzuhalten, die noch verzweifelteren der Besitzlosen, ihrer Unterdrückung und Ausbeutung durch Zerstören der Maschinen, durch systematisches Abbrennen der eingeschauerten Erntevorräte Einhalt zu tun, eingehender zu schildern. Nur wenige Daten mögen angeführt werden, welche die Lage der bäuerlichen Arbeiter in jenen Zeitaltern beleuchten, hat man doch auch hier zu Lande hohe Getreidepreise als das sicherste und unfehlbarste Mittel angepriesen, das zur Erhöhung der Landarbeiterlöhne, zur Verbesserung der Lage der Landarbeiter führen werde.

Schon 1775 war der ländliche Tagelohn durchaus unzulänglich und musste vielfach aus der Armensteuer ergänzt werden. In der Zeit von 1775 bis 1815 erhöhte sich dieser Zuschuss von 6 Pfund 14 Shilling auf 18 Pfund 6 Shilling pro Person. Das Armenbudget erreichte 1817 die gewaltige Höhe von 7 870 801 Pfund bei einer Bevölkerung von 11 Millionen, das heisst die Armensteuer stieg in etwa 25 Jahren um das Vierfache. Die Industrie- und Grundrentenprofite hatten sich in den zwei Jahrzehnten von 1790 bis 1810 bis zum Fünffachen, der Landarbeiterlohn jedoch nur um circa 40 % gehoben. Dieser spärliche Mehrerwerb genügte natürlich bei weitem nicht, um den gesteigerten Lebensmittelpreisen auch nur annähernd die Wage zu halten. Brosch sagt in seinem Geschichtswerk, dass den niederen Volksklassen in vielen Jahren die Deckung des täglichen Lebensbedarfs zu einem unlösbaren Problem geworden sei. Der Jahreslohn ländlicher Arbeiter kam im Decennium 1770 bis 1780 dem Preis von 90 Scheffeln Weizen gleich, 1797 nur noch 65, 1808 gar nur noch 60 Scheffeln. In Northampton stieg der Wochenlohn eines Landarbeiters von 7 Shilling 6 Pence auf 12 Shilling 2 Pence, der Jahresbedarf einer Arbeiterfamilie dagegen von 36 Pfund 12 Shilling auf 54 Pfund 18 Shilling. Die notwendigen Ergänzungen aus der Armensteuer wurden allmählich so hoch, dass die Landlords anfangen, die Arbeiterwohnungen systematisch niederzulegen, um die Arbeiter zur Abwanderung zu zwingen oder weiteren Zuzug unmöglich zu machen. In den stehengebliebenen Behausungen, von denen sie oft stundenweit zur Arbeitsstätte zu wandern hatten, drängten sich dann die Arbeiter auf den engsten Raum zusammen. Im Jahre 1831 schrieb der bekannte englische General Napier: »Mein Herz tut mir weh, wenn ich die elenden Kinder hungernd in den Strassen sehe und die schmutzbedeckten Unglücklichen, die allenthalben um Nahrung schreien, inmitten

rollender Prunkwagen und all der herausfordernden Ueppigkeit, auf deren zur Schau Tragen die Reichen so stolz sind. Arthur Young berichtet in den *Annals of Agriculture*, dass er eine Person in Suffolk gekannt habe, die vor den grossen Teuerungen bei einem Wochenlohn von 5 Shilling kaufen konnte: 1 Bushel Weizen, 1 Bushel Malz, 1 Pfund Butter, 1 Pfund Käse und für 1 Penny Tabak. Im Jahre 1801 kosteten dieselben Waren 1 Pfund 6 Shilling 5 Pence. Young nimmt an, der Wochenlohn des Mannes habe sich um 80 %, also auf 9 Shilling, gehoben, und er habe ausserdem noch die hohe Armenrate von 6 Shilling die Woche bezogen; nichtsdestoweniger fehlten ihm noch 11 Shilling 5 Pence, um die früheren *Lebensgenüsse* erstehen zu können.

Es ist also ausser Frage, dass die Zeit der hohen Getreidepreise und der Zölle für den ländlichen Mittel- und Kleinstand, sowie die Arbeiterschaft Englands die verhängnisvollsten Folgen gehabt hat. Umgekehrt lässt sich in einer Zeit, wo die Grossgrundbesitzer mit Recht über Unrentabilität ihrer Betriebe klagten, eine Zunahme der selbständigen kleinen Existenzen constatieren. Seit dem Auftreten der verschärften americanischen Concurrenz vermehrte sich die Anzahl der Parcellenwirtschaften von 243 398 im Jahre 1873 auf 455 005 im Jahre 1890; es trat also nahezu eine Verdoppelung ein. Daneben findet sich eine bemerkenswerte Steigerung der sogenannten *small holdings*, der Höfe von 1 bis 50 Acres; im Jahre 1875 betrug deren Anzahl 388 941, 1890 dagegen 409 422. Billige Getreidepreise sind eben gleichbedeutend mit billigen Futtermitteln und erleichtern dem Kleinbauern die Viehhaltung.

Die Zunahme der kleinen bauerlichen Existenzen ist jedoch nicht die einzige segensreiche Folge, die England aus billigen Getreidepreisen zugeflossen ist. Abgesehen davon, dass die Erkenntnis der Unhaltbarkeit grossen Latifundienbesitzes in immer weitere Kreise dringt und Ober- wie Unterhaus sich für die Einführung der Intestaterbfolge auch für Fideicommissgüter ausgesprochen haben, stellt die Ernährung des englischen Volkes sich von Jahr zu Jahr billiger. Noch 1878 hatte die Eigenproduction Englands mit 170 Millionen Centner Körnerfrüchten beträchtlich den Vorrang vor der fremden Zufuhr, die 103 Millionen Centner betrug. Zehn Jahre später bereits hatte das Verhältnis sich zu ungunsten der heimischen Production verschoben, war der Anpassungsprocess an die veränderte Lage auf dem Weltmarkt in vollem Gange. In demselben Masse, wie die Anbaufläche für Brotkorn sank, stieg das Weidareal. Die Gesamtfläche unter dem Pfluge befindlichen Landes, die 1870 noch 18 335 000 Acres betragen hatte, war 1890 auf 17 675 000 Acres zurückgegangen, dagegen die Weide im demselben Zeitraum von 30 408 000 auf 32 768 000 Acres gestiegen; unterdes sank die Brache von 3,3 auf 3 % des Gesamtbodenareals, während die Zahl der Nutztiere, in Hauptgrossvieh umgerechnet, sich von 15 562 auf 17 099 hob. Nun belief sich der Gesamtwert der Einfuhr von Lebensmitteln aller Art in den Jahren 1876 bis 1880 auf 101 351 000 Pfund, ein Jahrzehnt später (1886 bis 1890) auf nur mehr 96 230 000 Pfund trotz der mit der Bevölkerungsmenge wesentlich gestiegenen Importmenge. So wurden 1876 bis 1880 63 310 000 Centner, 1886 bis 1890 dagegen 77 613 000 Centner Brotkorn und Brotmehl in England eingeführt. Nach dem Preisdurchschnitt von 1876 bis 1880 würde der Betrag des Imports 1886 bis 1890 37 948 000 Pfund ausgemacht haben, während er sich in Wirklichkeit auf nur 30 021 000 Pfund stellte.

Es ist also eine unrichtige Behauptung, wenn gesagt wird, die Aufhebung der Getreidezölle habe die englische Landwirtschaft zu Grunde gerichtet. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Das englische Volk hat den Mut besessen, aus der Tatsache, dass die eigene Bodenproduction nicht mehr zur Volksernährung hinreichte, resolut die Consequenzen zu ziehen und die durch

jene Tatsache bedingte Abhängigkeit von der Weltconjunctur zum eigenen Vorteil zu wenden. In dem englischen Sprichwort, dass keine Kette stärker ist, als ihr schwächstes Glied, steckt auch eine ökonomische Wahrheit; es ist für ein Gemeinwesen unmöglich, zu prosperieren, wenn die Kaufkraft gerade der breitesten Volksschichten um Millionen und Milliarden geschwächt wird zu gunsten weniger capitalisierenden Grossen.

Rundschau.

Oeffentliches Leben

Politik

Die Reichstagswahlen werden am 16. Juni stattfinden. Es hat etwas lange gedauert, bis die Oeffentlichkeit den Termin erfahren hat. Daher kam wohl auch der Verdacht, dass die Regierung eine Ueberumpelung der Wähler im Schilde führe und durch eine Wahl schon im Mai die Zeit der Agitation möglichst abkürzen wolle. Offenbar denkt aber die Regierung nicht daran, bei dieser Wahl die Geschäfte der Conservativen zu besorgen. Schon die Tatsache, dass die Regierung die Abänderung des Wahlreglements beim Reichstag in der Richtung eines besseren Schutzes der Wahlfreiheit beantragt und durchgesetzt hat, spricht nicht für eine Begünstigung der conservativen Parteien, sondern eher für das Gegenteil. Nicht umsonst witterte man in den Kreisen der Reaction die Gefahr, die in einer solchen Abänderung des Wahlreglements liegt; sie hätten am liebsten das Zustandekommen des Antrages vereitelt, wenn ihnen auch schliesslich der Mut dazu fehlte. Aber auch noch aus andern Anzeichen ersieht man, dass die Regierung sich diesmal streng neutral zu verhalten gedenkt, wahrlich nicht aus principiellen Gründen, sondern aus der Besorgnis, die agrarische Mehrheit möchte noch stärker anwachsen und den Stand der Regierung dem Auslande gegenüber beim Abschluss von Handelsverträgen erschweren. Wenn es wahr ist, dass die preussische Regierung Landratscandidaturen direct untersagt hat, so ginge daraus hervor, dass die Beeinflussung der Wähler durch den Beamtenapparat nach der Absicht der Regierung wenigstens bei der diesmaligen Wahl wegfallen soll. Ob freilich das Verbot genügen wird, um die Absicht der Regierung auch in die Tat umzusetzen, bleibt abzuwarten: die Regierung denkt, aber der Landrat lenkt. Auch nach einer anderen Richtung hin verhält sich die Regierung passiv: Die conservativen Parteien sind um eine Wahlparole

verlegen; ihre Presse bestürmt die Regierung um die Ausgabe einer solchen, aber weder mit Bitten noch mit Vorwürfen ist es bis jetzt gelungen, der Regierung eine Parole abzurufen. Aus all dem geht hervor, dass die Regierung ihre Schützlinge einmal allein schwimmen lassen will. Das ist sehr erfreulich für die Entscheidung bei der kommenden Wahl, wenn man auch die Bedeutung der neutralen Stellung der Regierung keineswegs überschätzen soll. Sie ist keineswegs Selbstzweck, sondern nur Mittel, um einigermaßen aus der handelspolitischen Klemme herauszukommen, in die man bei einer allzu stark agrarisch gefärbten Reichstagsmajorität geraten müsste.

Auch die Haltung der preussischen Regierung einer Reihe höherer Beamten gegenüber gibt zu denken. Nicht weniger als drei Zwangsverabschiedungen von Regierungspräsidenten sind in jüngster Zeit hinter einander erfolgt. Erst wurde der hannoversche Regierungspräsident von Brandenstein gemassregelt. Zunächst hiess es, er sei das Opfer einer Intrigue, einer bodenlosen Gemeinheit geworden, aber diese Gerüchte verstummten, als weitere Verabschiedungen erfolgten. Auf Veranlassung des Ministers des Innern nahmen die Regierungspräsidenten in Magdeburg und in Cöslin ihre Entlassung. Wie bitter beide Herren das Gegangenwerden empfanden, das geht daraus hervor, dass sie es für nötig erachteten, ihre zwangsweise Verabschiedung officiell bekannt zu machen und für die Kundgebungen *auf richtiger Teilnahme* zu danken, die ihnen zugegangen sind. Welche directe politische Veranlassung zu diesen Massregelungen geführt haben, ist nicht ersichtlich; jedenfalls aber will man in Preussen den Regierungsapparat den Intentionen der Staatsregierung gefügig machen, damit nicht etwa bei einer neuen Mittellandcanalvorlage die Regierung es erleben muss, dass sie von ihrer eigenen Bureaukratie im Stich gelassen wird.

Eine neue Auflage der **Dreyfus-Affaire** bereitet sich in Frankreich vor. In der französischen Deputiertenkammer nahm Jaurès die Verhandlung über die Ungültigkeitserklärung der Wahl Syvetons, des nationalistischen Deputierten des zweiten Arrondissements von Paris, zum Anlass, um neue Enthüllungen über den Dreyfus-Process zu machen. Jaurès ging davon aus, dass man mit einem falschen Briefe des deutschen Kaisers auf die Richter eingewirkt habe, obwohl der damalige Kriegsminister Cavaignac, der jetzige Führer der Nationalisten, diesen Brief als Fälschung nachzuweisen in der Lage gewesen wäre. Dass aber Cavaignac diesen Nachweis nicht führen wollte, das gehe daraus hervor, dass er einen überaus wichtigen Brief des Generals Pelieux dem Gesamtministerium unterschlug. In diesem Brief, dessen Text Jaurès verlas, verlangt Pelieux seine Entlassung, da er erkennen müsse, »dass ich das Opfer gewissenloser Personen geworden, kein Vertrauen zu meinen Untergebenen, noch zu meinem Vorgesetzten mehr haben kann, die mich mit einer Fälschung haben arbeiten lassen«. So ausdrucksvoll diese Enthüllung von Jaurès auch war, so entgegenkommend der jetzige Kriegsminister dem Verlangen von Jaurès gegenüber, eine neue Untersuchung einzuleiten, sich auch aussprach, so fand sich doch in der Kammer keine Mehrheit, die entschlossen gewesen wäre, die Affaire jetzt wieder aufzurollen. Die Tagesordnung von Jaurès und Brisson, die lautete: »Die Kammer nimmt die Erklärung der Regierung, betreffend die Anordnung einer Enquête, zur Kenntnis« wurde mit 318 gegen 212 Stimmen abgelehnt. Dafür wurde die Resolution des Radicalen Chapuis, in der die Kammer der Regierung Vertrauen ausspricht und erklärt, dass die Dreyfus Affaire den gerichtlichen Boden nicht verlassen dürfe, mit 250 gegen 75 Stimmen angenommen. Trotz dieser Haltung der Majorität der Kammer hat Jaurès mit seiner Rede einen grossen moralischen Erfolg erzielt, dessen Nachwirkungen für die endgiltige Erledigung der Affaire nicht ausbleiben werden. *Richard Calwer.*

Wirtschaft

Die Anzeichen mehren sich, dass allmählich wieder eine grössere wirtschaftliche Erholung um sich greift.

Auf den preussischen Eisenbahnen übertreffen die Transporte seit December das Vorjahr derart beträchtlich, dass blosser Verschiebungen zwischen Binnenschiffahrts und Schienentransporten nicht die Ursache

sein können. Auf der Beiratssitzung des Kohlsyndikats führte, Ende März, Director Olfe aus: Die Berichte über den Verbrauch der Industrie lauteten fortgesetzt hoffnungsvoller; besonders die Eisenindustrie habe erheblichen Zuwachs an Aufträgen erhalten, sodass die Wiederinbetriebnahme einer Anzahl Hochöfen erforderlich sei. Die Production an Roheisen betrug — im Reiche und in Luxemburg — vom 1. Januar bis Ende Februar 1903 1 516 743 t gegen nur 1 254 022 t im Vorjahre. Berücksichtigt man die Kürze des Monats Februar, so hat er die productionsreichsten Monate des Jahres 1900, des Höchstjahres der Aufschwungszeit, übertroffen! Dabei blieben allerdings, was gleichfalls die Lage kennzeichnet, die Preise niedrig und die Ausfuhrmengen ausserordentlich gross.

Auch die Beobachtungen des **Arbeitsmarktes** zeigen vorwiegend ein günstigeres Ergebnis. Für den Monat März urteilt die *Arbeitsmarktcorrespondenz*: »Auf 100 offene Stellen kamen an den Arbeitsnachweisen des Deutschen Reiches 124,6 Arbeitssuchende, während es im entsprechenden Monat des Vorjahres 148,6 gewesen waren. Inwiefern dies an den Mitgliederziffern der Krankencassen zum Ausdruck kommt, lässt sich bis jetzt mit Sicherheit nicht beurteilen, da die nunmehr amtlich gewordene Statistik ihren Erscheinungstag erst auf den 21. jeden Monats festgesetzt hat. Immerhin lassen die, wenn auch nur vereinzelt vorliegenden Nachrichten aus verschiedenen Städten eine nicht unerhebliche Zunahme der Beschäftigten erkennen, die in einigen süd-deutschen Städten, wie Frankfurt a. M., Stuttgart und namentlich Mannheim, erheblich über das Vorjahr hinausging. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt deckt sich ziemlich genau mit den Berichten aus unseren Industriebezirken sowie mit der Cursbewegung an der Börse, die allerdings schon wieder von einem Optimismus beseelt war, der sich in allerletzter Zeit einer Correctur unterziehen musste. . . . Im grossen und ganzen lassen sich die Nachrichten vom Arbeitsmarkt dahin zusammenfassen, dass die Lage zwar noch nicht normal, aber die Besserung doch wiederum ein gut Stück vorwärts gerückt ist.«

Die gleiche Wahrnehmung dürfte auch für England zutreffen, obwohl dort die Arbeitslosigkeit noch immer auffällig gross erscheint und die öffentliche Meinung mehr als seit langen Jahren beschäftigt. So constatiert der eben erschienene März-Bericht

der Schiffsbauer- und Kesselschmiedeorganisation (*Boilermakers' and Iron and Steel Shipbuilders' Society*), dass die im Februar bereits bemerkbare Erholung andauere, zum Teil allerdings infolge reichlicher Regierungsaufträge für die Erweiterung der Kriegsflotte. Der Schiffsbau in Schottland ist danach ziemlich gut beschäftigt; im Weardistrict ist er nicht mehr so gedrückt, wie im Anfang des Jahres. Im Belfastdistrict ist die Geschäftslage zufriedenstellend. Im Yorkshirbezirk war die Arbeit unregelmässig. In Staffordshire sind Kessel- und Brückenbau gut beschäftigt. In London ist keine Hebung eingetreten. Im Manchesterdistrict herrschte ziemliche Regsamkeit, im Teesdistrict eine ausgesprochene Besserung. Auch hier handelt es sich um einen Productionszweig, der in starkem Masse die wirtschaftliche Allgemeinslage widerspiegelt.

Sehr viel hängt allerdings nach wie vor von dem Gang der Ereignisse in den Vereinigten Staaten ab. Die Spannkraft der Aufschwungsperiode hat dort zwar nachgelassen, aber von einem dauernden, ersten Stillstand ist noch immer keine Rede. Beweis dafür ist der Fortgang der Gründungen im Monat Februar. Allein im Osten der Union haben sich im Februar Actiengesellschaften (von mindestens je einer Million Dollar Actiencapital) mit einem Capital von zusammen 175 975 000 Dollar incorporieren lassen, welche Ziffer hinter den 177 990 000 Dollar des vorhergehenden Monats nur wenig zurückbleibt. Erhöhungen des Capitals von bereits früher vorhandenen Gesellschaften sind mit eingeschlossen. Im December hatte das Capital solcher Neugründungen 97 350 000 Dollar betragen, im November 115 140 000 Dollar, im October allerdings 244 550 000 Dollar.

Die Depression in Europa, der anhaltend bessere Geschäftsgang in America kommt natürlich auch fortgesetzt in der starken Abwanderung aus der alten Welt und Zuwanderung in den Vereinigten Staaten zum Ausdruck. Nur das Jahr 1882 übertraf in der Einwanderung (788 992 Köpfe) das Jahr 1902 (739 289 Köpfe); der Zustrom aus Europa war jedoch noch niemals so gross (702 368 gegen 646 764 im Jahre 1882). Im einzelnen zeigt der Bericht des *Immigration Bureau* das folgende Bild:

Einwanderer aus	1901	1902
Oesterreich Ungarn	133 805	185 659
Deutschland	22 159	32 736
Griechenland	5 319	11 490
Italien	143 131	201 260
Norwegen-Schweden	38 295	59 172

Einwanderer aus	1901	1902
Russland	37 384	123 882
Ver. Königreich	45 473	51 338
Japan	6 966	19 293
China	2 503	1 999
Portugal	3 978	7 565
Westindien	3 945	5 267
Asiatisch. Türkei	6 136	7 363

Im ganzen hat die Union in den letzten zehn Jahren 3 946 433 Einwohner durch Zuwanderung gewonnen; davon kamen

	aus Europa	aus Asien	zusammen
1902	702 368	28 767	739 289
1901	500 386	15 721	522 573
1900	446 449	20 861	472 126
1899	297 349	8 972	311 715
1898	217 786	5 637	229 299
1897	216 397	9 662	230 832
1896	329 067	6 764	343 267
1895	271 233	4 123	279 948
1894	303 150	7 322	314 467
1893	488 832	6 999	502 917

Dass jedoch auch in den Vereinigten Staaten der Culminationspunct der Conjunctur für überschritten gilt, beweist die Herabsetzung der Eisenpreise durch die Werke des Südens, beweist ferner die gesteigerte Vorsicht und die Crediteinschränkung seitens der Banken.

Anfang April ist auch über die neue Reichsanleihe entschieden worden. 290 Mill. Mk. 3 procentiger Anleihe sind an das sogenannte *grosse Preussenconsortium* begeben worden; sie kamen am 17. April zum Preise von 92⁰/₁₀₀ zur Auflegung, während der Curs zur Zeit der Abmachung auf 92³/₁₀₀ stand. Die am 13. Januar vorigen Jahres begebenen 115 Mill. M. 3 procentige Reichsanleihe und 185 Mill. M. 3 procentige Consols wurden zum Curs von 89,80⁰/₁₀₀ (am 22. Januar) zur Subscription gestellt, während die älteren Emissionen 91,40⁰/₁₀₀ notierten. «Wie gewöhnlich» — bemerkt die *Vossische Zeitung* hierzu — «wird auch diesmal der Curs, zu dem die Banken die Emission übernommen haben, nicht officiell genannt. Im vorigen Jahre verlautete, dass er 89,20⁰/₁₀₀ betragen, hinter dem Zeichnungscurs also um 0,60⁰/₁₀₀ zurückgestanden hätte. Bei der im März 1901 begebenen Reichsanleihe von 300 Millionen betrug der Begebungscurs 80,80, der Zeichnungscurs 87¹/₂⁰/₁₀₀. Danach ist anzunehmen, dass der Begebungscurs, den das Reich bei der soeben abgeschlossenen Emission erzielt hat, kaum 91,50⁰/₁₀₀ betragen dürfte.» Das Ergebnis der Auflegung war eine 47fache Ueberzeichnung; statt 290 Mill. M. sind über 13³/₁₀₀ Milliarden gezeichnet —

ein Beweis, wie sehr eine sichere, wie auch bescheidene Anlage von Capital noch immer begehrt ist, da höhere, vor allem industrielle Profite fast nirgends winken.

In London erregt seit Ende März der Cursstand der englischen Consols ein ziemlich grosses Unbehagen. Zum Teil kam in dem Cursherabgang allerdings nur die automatische Zinsherabsetzung (von $2\frac{3}{4}$ auf $2\frac{1}{2}$ %) am 1. April zum Ausdruck. Zum Teil spiegelt sich hierin jedoch die Anspannung des englischen Geldmarktes wieder, wie auch der Discount in London andauernd höher bleibt als in Berlin. Früher hat das englische Standardpapier derartige Schwankungen, wie in letzter Zeit, überhaupt nicht gekannt. 1896 und 1897 erreichte es mit $113\frac{7}{8}$ % seinen höchsten Curs. 1901, unter dem Eindruck der Hiobsposten aus Südafrika, fielen die Consols bis auf 91 %; aber in demselben Jahre erreichten sie auch das Niveau von $98\frac{1}{2}$ % wieder. Ende März fielen sie jetzt bis auf 90 %, so dass wir erst während des deutsch-französischen Krieges eine noch tiefere Wertung wiederfinden. Die Ueberspannung der Kraft des Leihcapitals, wesentlich mit infolge des Krieges — auch eine neue Transvaalanleihe steht auf der Tagesordnung — trägt hier nach dem Siege und Friedensschlusse böse Früchte. 1899, beim Regierungsantritt der jetzigen Mehrheit, betrug die englische Nationalschuld etwa 635 Mill. Lstrl.; sie beträgt heute etwa 800 Mill. Lstrl. Man muss bis zum Jahre 1869 zurückgehen, um einen gleichen Betrag zu finden, so dass also die Abzahlungen eines Menschenalters wieder illusorisch gemacht sind und eine finanzielle Kraftreserve von entsprechendem Bedarf aufgezehrt ist. Die jährliche Mehrlast an Zinsen macht etwa 4 Mill. Lstrl. aus — etwa zwei Drittel des Teezolles, wie die Opposition den Wählern vorrechnet, um sie bei jedem Frühstück die Kosten eines conservativen Regimentes empfinden zu lassen.

Max Schippel.

Socialistische Bewegung

Die Reichstagswahlen, die auf den 16. Juni anberaumt sind, beherrschen natürlich das Parteileben derzeit fast völlig. Beginnt auch der letzte Act des Wahlkampfes, dem bis jetzt noch keine sehr lebhaft äussere Bewegung vorangegangen ist, erst mit dem Schluss der Reichstagsession, so ist doch das Kampffeld nahezu völlig geklärt. Mehr als je wird die Stellung zur Socialdemokratie der entscheidende Factor, der auch die handelspolitischen und die da und dort

auftauchenden confessionellen Gegensätze in den Hintergrund drängt.

Von besonderer Bedeutung ist der Kampf in den bisher rückständigen Centrumsdomainen des ober-schlesischen und des niederrheinischen Industriebezirks. Welches Gewicht man in Centrumskreisen dieser Entscheidung, für die eine Reihe badischer und rheinisch-westfälischer Gemeinde- und Gewerbegerichtswahlen das weiterleuchtende Vorspiel abgegeben haben, beimisst, zeigt symptomatisch eine in Trier veranstaltete Wallfahrt des katholischen Arbeitervereins als Antwort auf und gewissermassen Sühne für die nach langer Zwischenzeit dort abgehaltene socialdemokratische Versammlung. Natürlich fehlt es auch nicht an der klerikalischen Aufklärung der Arbeiter durch den überaus rührigen *Volksverein für das katholische Deutschland*. So ist ein für die kirchlich moralische Beurteilung der Arbeiterfragen recht interessanter Arbeiterkatechismus von zwei Jesuiten herausgegeben worden, auf den unter dem Titel *Arbeiterpflichten, jesuitische Fragen und socialdemokratische Antworten* eine Erwiderung im *Vorwärts*-Verlage erschienen ist. Im wesentlichen dürfte das Centrum mehr als je, seiner jetzigen Stellung als führende Partei der *Reichsfreunde* entsprechend, seine Wahlhilfe den Gegnern der Socialdemokratie zur Verfügung stellen, aller Plänkeleien über Jesuiten- und Ordensgesetze ungeachtet. Da auch die freisinnige Volkspartei, in der den Nachwuchs der Virchow und Munckel die Kopsch und Wiemer stellen, den Wahlkampf als ein Flügel der Ordnungsparteien führt, so ist der Aufmarsch der Parteien sehr einfach.

Drastisch wird dieser rein sociale Charakter des Wahlkampfes beleuchtet durch einen Wahlaufruf des *Bundes der Berliner Grundbesitzervereine*, der da sagt: »Am Ausgange dieses Kampfes sind auch die Hausbesitzer stark interessiert, die in der Socialdemokratie nicht die politische Partei, sondern die nach Macht und Einfluss ringende wirtschaftliche und sociale Weltanschauung erblicken, die derjenigen der Hausbesitzer diametral gegenübersteht. Ob conservativ oder nationalliberal, ob freisinnig oder ultramontan zu wählen ist — das hat jeder mit sich selbst auszumachen, das kommt für ihn als Hausbesitzer erst in zweiter Linie in Betracht, aber der einen Devise muss er als Hausbesitzer unter allen Umständen treu bleiben: Für das ansässige Bürgertum und gegen die Socialdemokratie, die grundsätzliche und unversöhnliche Gegnerin der Hausbesitzer!«

Die *Wellanschauung der Hausbesitzer*, ebenbürtig der Oertelschen des *Bundes der Landwirte*, zeigt in voller Schärfe die Gegensätze, die zur Entscheidung stehen: Monopol und Privileg oder Freiheit und sozialer Fortschritt? Die bekannten Trostschriften gegen die Argumente der Socialdemokratie, wie die *Enthüllungen* ehemaliger *Parteigenossen* fehlen natürlich auch diesmal nicht in dem Arsenal geistiger Waffen. Industriell fructificiert wird dieses geistige Bedürfnis durch eine *Antisocialistische Correspondenz*, die kein Geringerer redigiert, als Herr Max Lorenz, der geborene Standartenrager des antisocialistischen Cartells.

In den letzten Wochen haben *Landesparteitage* abgehalten die Genossen Württembergs und der oberen Rheinprovinz. Der erstere bekundete ein lebhaftes Parteileben: 159 Mitgliedschaften (im Vorjahre 148), von denen 139 mit 8697 Mitgliedern vertreten waren. Der Cassenbericht war günstig, die Parteipresse wies jedoch keinen Fortschritt auf. Die südliche und westliche Rheinprovinz ist ein Schmerzenskind der Bewegung; in einer Reihe Wahlkreise der Eifel und des Moselgebiets wurden bisher nicht einmal socialdemokratische Stimmen gezählt. Doch wurde diesmal von einem lebhaften Fortschritt, wenigstens in den industriellen Bezirken, berichtet, der auch im Aufschwung der Parteipresse zum Ausdruck gekommen ist. So hat die *Rheinische Zeitung* in einiger Zeit 2000 Abonnenten gewonnen.

Die *Gemeindewahlen* in Baden ergaben wieder einige Erfolge. In Welsch-Neureuth siegten in der 3. Classe unsere Candidaten ohne Gegenliste, in Königsbach mit 92 gegen 44 Stimmen. In Laderburg wurden 13 Genossen gewählt, so dass jetzt die 3. Classe ganz in unseren Händen ist. In dem grossen Industriort Weinheim gewannen wir 3 von 17 Vertretern. In Lichtenberg bei Berlin siegten 3 Genossen mit je 533 bis 540 Stimmen ohne Gegenkandidaten. Dieser Verzicht der Gegner, der immer häufiger wird, zeigt, wie tief die Partei heute im Volke wurzelt. Noch mehr tritt dies zu Tage in der öfter ohne Wahlkampf erreichten Vermehrung unserer Stimmen.

Die socialdemokratische Partei Ungarns hielt zu Ostern ihren Parteitag ab, an dem 281 Delegierte der industriellen und Landarbeiter der verschiedenen Nationali-

täten teilnahmen. Ein neues Parteiprogramm, das sich an das Erfurter Programm anlehnt, und ein neues Organisationsstatut wurden beschlossen. Für die Wirtschaftspolitik wurde Loslösung von Oesterreich und ein System industrieller *Erziehungszölle* gefordert. Eine Resolution gegen den Alkoholismus kam zur Annahme.

In Holland hat sich ein gewerkschaftlicher Kampf vollzogen, der von der Partei unterstützt wurde, aber mit der Niederlage der Arbeiter endete. Eine vor kurzem erfolgte Arbeitseinstellung bei den privaten Eisenbahngesellschaften veranlasste einen Gesetzentwurf der conservativen Regierung, der eine militärische Eisenbahnbrigade und strafgesetzliche Beschränkungen des Streikrechts, insbesondere des Strikepostenstehens forderte. Um die Annahme der Vorlage, die auch von den Liberalen unterstützt wurde, zu verhindern, proclamierte ein gewerkschaftliches Verteidigungscomité, dem mehrere Anarchisten und nur ein Socialdemokrat angehörten, den Generalstreik, der von einem Teile der Eisenbahner, von Metallarbeitern, Bäckern, Diamantarbeitern in Amsterdam und anderen aufgenommen wurde. Die Bewegung, an der etwa 25 000 Arbeiter teilnahmen, scheiterte schon nach einigen Tagen. Das Zwangsgesetz wurde gegen die Stimmen der Socialdemokraten und der Demokraten angenommen.

Auch in Belgien wurde auf dem socialdemokratischen Parteitag anlässlich der vorjährigen Verfassungscampagne die Frage des Generalstrikcs behandelt. Folgende Resolution wurde beschlossen: »Der Congress hält den Generalstreik für das vornehmste Mittel zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechts. Die Partei weist loyale Hilfe nicht von der Hand. Inzwischen ist alle Aufmerksamkeit und Kraft auf den Ausbau der Gewerkschaftsorganisationen zu richten. Die socialistischen Abgeordneten haben vor den Wahlen (1904) die Revision der Verfassung wieder zu beantragen.« Anseel befürwortete das Zusammengehen mit den Liberalen, fand jedoch zumeist Widerspruch. Auf Antrag Vanderveldes wurde fast einstimmig beschlossen, vom 1. April 1904 an keine alkoholhaltigen Getränke mehr in den Volkshäusern und Consumvereinen zu verkaufen.

Vom 12. bis 14. April hat der Congress der Jaurèsisten in Bordeaux stattgefunden. Von der reichhaltigen Tagesord-

nung wurde nur die principiell wichtige Frage Millerand erledigt, dessen Ausschluss wegen seiner Haltung zum Cultusbudget, zum Militarismus und zur Parteidisziplin von 25 der 38 Föderationen der Partei beantragt worden war. Millerand verteidigte seine Auffassung, die eine revolutionäre Action ablehnt, mit Entschiedenheit; er erklärte aber, seine parlamentarische Haltung künftig in Einklang mit der Fraction zu setzen. Jaurès, der den consequenten Verzicht auf die Revolution wie die einzelnen angegriffenen Abstimmungen Millerands missbilligte, verteidigt trotzdem, um jeder socialistischen Richtung Raum in der Partei zu geben, mit Wärme sein Verbleiben in der Partei und setzte die Ablehnung des Ausschlussantrags durch. Die für diesen Fall eingesetzte Specialcommission (Berichterstatter Renaudel) beantragte mit 19 gegen 16 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) den Ausschluss, der jedoch mit 109 gegen 89 Stimmen bei 15 Enthaltungen verworfen wurde. Doch ist bei dem System der Vereinigung mehrerer, selbst einander widersprechender imperativer Mandate in einer Hand eine ganz klare Abstimmung ausgeschlossen. Angenommen wurde die Resolution Jaurès: Betonung des *Endziels*, des Kampfes gegen die Kirche und der parlamentarischen Disciplin neben theoretischer Freiheit und Kenntnissnahme der in diesem Sinne von Millerand gegebenen Erklärungen.

Ferner wurde beschlossen, ein Gemeindeprogramm aufzustellen und einen Congress der Gemeindevertreter abzuhalten. Zum internationalen Bureau wurde, nachdem Jaurès sein Mandat niedergelegt hat, Pressensé, als Ersatzmann Cipriani gewählt.

Es muss sich zeigen, ob nunmehr Einheitlichkeit in die Action dieser Partei, die bei den Wahlen 1902 405 000 von 650 000 socialistischen Stimmen erhalten hat, einkehren, oder ob ein Anschluss des linken Flügels an die *revolutionäre* Gruppe Guesde-Vuillant-Allemane sich ergeben wird. An eine Einigung mit dieser Richtung ist nach der Entscheidung in der Millerand-Frage zweifellos fürs erste nicht zu denken.

Im übrigen hat in Frankreich der Socialismus auch wieder einige Erfolge zu verzeichnen. In Paris wurde an Stelle eines Nationalisten Gabriel Deville (Jaurèsist) in die Kammer gewählt. 2 socialistische Gemeindeforderungen wurden behauptet, dabei ein *ministerieller* Socialist durch einen *revolutionären* ersetzt. Im Gemeinderat erhielt bei der Präsidentenwahl Genosse

Brousse, der Führer der Possibilisten, 39 Stimmen gegen 40 des gewählten Nationalisten. Im ganzen scheint die nationalistische Sturzwelle in Paris zu ebbem, und der Socialismus dringt wieder vor.

Kurze Chronik. Ihr zehnjähriges Bestehen feierten am 1. April die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* in Kiel und die *Reussische Volkszeitung* in Greiz. — Die *Hütte*, das vom Genossen Dr. Morgenstern trefflich geleitete und künstlerisch ausgestattete *Organ für das Volk und seine Jugend*, ist leider aus Mangel an Mitteln eingegangen. Das Bedürfnis für eine solche Zeitschrift bleibt bestehen. — Neben einer Reihe neuer Partebroschüren über principielle und Tagesfragen ist vor allem das vom Parteivorstand herausgegebene *Handbuch für socialdemokratische Wähler* zu nennen, das für 4 M. (für Vertrauensleute, Wahlcomités und Wahlvereine 2 M.) zu beziehen ist. — Die *Görlitzer Volkszeitung* erscheint jetzt täglich und gewann sofort in der Stadt allein über 1000 neue Abonnenten. — Die letzte Quittung der Parteeasse weist einen Eingang von rund 8530 M. im März auf, die, einem geheiligten Brauche gemäss, unaddiert, nur in Einzelposten aufgeführt werden. Dieses Ergebnis erregt nicht allein den begründeten Neid, sondern wegen einiger höherer Posten (bis zu 30000 M.) auch recht scherzhaft anmutende Combinationen im gegnerischen Lager. — Die belgische Parteileitung hat eine Sammlung für die deutschen Wahlen eröffnet und selbst 1250 fr. bewilligt. — In Kopenhagen unterlag bei der Gemeindefwahl die Partei dem anti-socialistischen Cartell. Der städtischen Vertretung gehören an 19 Socialdemokraten, 14 Liberale, 8 Conservative. — In Stockholm wurde bei der Gemeindefwahl der erste Genosse gewählt. Ein demokratischer Bürgermeistercandidat erhielt mit Hilfe der Partei die weitaus grösste Stimmenzahl. — Die czechischen Parteigenossen Mährens tagten in Brünn und berieten die Gemeindepolitik; sie haben 68 Vertreter in 28 Gemeinden und 5 Blätter. — In Anaconda (Montana) wurde ein socialistischer Bürgermeister gewählt, der zweite in den Vereinigten Staaten. *Simon Katzenstein.*

Gewerkschaftsbewegung

Die deutschen Gewerkschaften haben im Jahre 1902, dem zweiten Krisenjahre, eine durchaus günstige Entwicklung genommen. Das kann man schon jetzt sagen, obwohl

alle Jahresabrechnungen der 57 Gewerkschaften noch nicht vorliegen. Besonders der Mitgliederstand der Gewerkschaften im Jahre 1902 hat sich, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, sehr gehoben. Bisher liegen uns von 24 Gewerkschaften Mitgliederzahlen vor, die das günstige Bild, welches unsere erste Zusammenstellung bot, nur bestätigen. Es hatten Ende 1902 Mitglieder: der Bäckerverband 4897 (gegen den Durchschnitt des Jahres 1901 + 226), der Bau- und Erdarbeiterverband 17893 (— 393), der Bergarbeiterverband 48278 (+ 10 236), der Bildhauerverband 3797 (+ 615), der Buchbinderverband 10 698 (— 727), der Bureauangestelltenverband 386 (+ 64), der Fleischerverband 1395 (— 69), der Gemeindefarbeiterverband 6774 (+ 1798), der Glaserverband 2512 (— 83), der Handels- und Transportarbeiterverband 20 912 (+ 2628), der Kürschnerverband 1457 (+ 617), der Lederarbeiterverband 4387 (— 443), der Porcellanarbeiterverband 8137 (— 565), der Sattlerverband 3611 (— 604), der Steinsetzerverband 3995 (— 649), der Stuccateurverband 2679 (+ 746), der Tabakarbeiterverband 18040 (+ 303) und der Tapeziererverband 4509 (+ 98). Wenn man die in der vorigen Rundschau veröffentlichten Ergebnisse berücksichtigt, so weisen die 24 Organisationen am Ende des Jahres 1902 gegen den Durchschnitt 1901 eine Vermehrung der Mitgliederzahlen um 27 053 auf. Von den Organisationen, welche eine Abrechnung bisher nicht veröffentlicht haben, insonderheit von den grossen Verbänden der Buchdrucker, Holzarbeiter, Metallarbeiter und Textilarbeiter, weiss man, dass sie im Jahre 1902 eine bedeutende Vermehrung der Mitgliedziffern erfahren haben. Mit Sicherheit kann man schon jetzt sagen, dass die deutschen Gewerkschaften sich im Jahre 1902 auf mehr als 700 000 Mitglieder vermehrt haben. Daneben lief eine durchaus günstige Entwicklung der Cassenverhältnisse der Organisationen. Die Krise wäre von den Gewerkschaften somit nicht nur gut überstanden, sondern hätte ihnen auch nach innen und aussen eine erhebliche Kräftigung gebracht.

Von der günstigen Entwicklung der Gewerkschaften zeugen auch die in der letzten Zeit vorgenommenen **Gewerbegerichtswahlen**. In Witten (Ruhr) siegten die Gewerkschaften über die christlichen Verbände mit 100 Stimmen Mehrheit. In Linden bei Hannover erreichten die freien Gewerkschaften 2346, die christlichen 464 Stimmen;

in Mainz die freien 2649, die christlichen 485; in Iserlohn die freien Gewerkschaften rund 1200, die christlichen 250. Das meiste Interesse erfordert aber die Wahl in Essen, wo die freien Gewerkschaften mit 5871 Stimmen über die christlichen, die 5257 Stimmen erzielten, siegten; das Stimmenverhältnis bei der im Jahre 1900 dort vorgenommenen Wahl war 1608 : 2679. In Gewerkschaftskreisen herrscht über diesen Sieg mit Recht lebhaftes Genugtuung.

Einige der in Deutschland bestehenden **Gewerkschaftshäuser** haben bereits ihre Jahresberichte veröffentlicht. Daraus ist zu ersehen, dass die Krise der letzten Jahre für die Entwicklung dieser Unternehmungen nicht sonderlich förderlich, teilweise aber von grossem Nachteile gewesen ist. Am ungünstigsten schloss das Berliner Gewerkschaftshaus ab. Der Bierumsatz belief sich auf 237,8 hl im Durchschnitt des Monats, gegen 237 hl im Jahre 1901, und 284,7 im Jahre 1900. Auch die Frequenz der Herberge liess zu wünschen übrig. Die Zahl der Zugereisten stieg gegen 1901 von 12 403 auf 12 930, dagegen sank die Zahl der Uebernachtungen von 57 504 auf 56 058. Es wurde nur ein Bruttoüberschuss von rund 4000 M. erzielt, da aber Abschreibungen in Höhe von 14 000 M. vorgenommen werden mussten, so ergab das Jahr 1902 einen Verlust von 10 000 M. — Das Frankfurter Gewerkschaftshaus erzielte einen Umsatz von 230 000 M., davon 104 000 M. auf Speisen und 88 708,35 M. auf Bier. Der Fremdenverkehr war etwas stärker, als im Jahre 1901; es übernachteten 26 469 Fremde. Es wurde ein Reingewinn von 9 000 M. erzielt, der zur Tilgung der 600 000 M. betragenden Hypotheken Verwendung findet. — Das Stuttgarter Gewerkschaftshaus hatte im Jahre einen Gesamtumsatz von 191 341 M., davon 126 645 für Speisen und Getränke; die Unkosten beliefen sich auf 31 493 M., so dass als Hausmiete etc. 33 203 M. abgeführt werden konnte. — In allen diesen Berichten wird über die schlechte Geschäftslage geklagt.

Die geplante Gründung eines Gewerkschaftshauses in Chemnitz ist durch alle möglichen Concessionschancen der Behörden vereitelt worden. Das Breslauer Gewerkschafts-cartell hat beschlossen, den Wirtschaftsbetrieb des dortigen Gewerkschaftshauses in eigener Regie zu verwalten.

In den Tagen vom 29. bis 31. März fand in Berlin der 2. **Bauarbeiterschutzbund** statt. An demselben nahmen 437 Delegierte,

die durch 836 Mandate 719 Orte vertreten, 17 Vertreter ausländischer Bauarbeiterorganisationen, Vertreter der Bauarbeiterschutzcommission, der *Generalcommission* und der socialdemokratischen Reichstagsfraction teil. Die Reichsregierung war leider nicht vertreten. Der Congress nahm den Bericht der *Centralcommission für Bauarbeiterschutz* entgegen, weiter verhandelte er über den gegenwärtigen Stand des Bauarbeiterschutzes. An diesen Erörterungen beteiligten sich Vertreter aller Bauberufe, die speciellen Missstände ihres Berufes und die notwendigen Abhilfsmassregeln behandelnd. Angenommen wurde unter anderem noch eine Resolution, durch welche die Organisation des Bauarbeiterschutzes geregelt werden soll. Der Congress nahm einen würdigen Verlauf und dürfte die Frage des Bauarbeiterschutzes sehr gefördert haben.

Im Anschluss an den Congress fand eine Ausstellung für Bauunfallverhütung statt, durch die Modelle vorschrittgemässer Gerüste und Photographieen über erfolgte Gerüsteinstürze und Bauunfälle vorgeführt wurden.

Die Haltung von **Unternehmern gegen Gewerkschaften** ist auch in den letzten Wochen durch viele Fälle beleuchtet worden. In Bremerhaven hat die Direction des *Norddeutschen Lloyd* in Verfolg der erfolgreich beendeten Hafnarbeiterbewegung mehr als 40 Führer des Hafnarbeiterverbandes gemassregelt, und als dieser Gewaltact seinen Zweck, die Hafnarbeiter in einen Ausstand zu treiben, verfehlte, von allen bei ihr beschäftigten Arbeitern den Austritt aus ihrer Organisation gefordert. Wolffs Telegraphenbureau beeilte sich, über den Erfolg dieser Massregel ein langes Telegramm zu veröffentlichen. Danach sollten 1100 Hafnarbeiter infolge dieser unternehmerterroristischen Massnahmen aus ihrer so bewahrten Organisation ausgetreten sein. So weit ist es ja nun nicht gekommen; die Arbeiter wissen ihre Organisation zu gut zu schätzen, als dass sie derselben ohne Weiteres den Rücken kehren. Jedenfalls ist dieser *Scharfmacher*coup ein geeignetes Zeugnis von unserer Zeiten Schande, ebenso wie die folgenden Fälle bezeichnend sind für die aller Achtung vor dem Coalitionsrecht der Arbeiter baren Anschauungen des Unternehmertums: In Berlin haben die *Scharfmacher* der Holzindustrie den Strike der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter wieder einmal zum Anlass genommen zu einer Massregelung grossen Stils. Sie haben be-

schlossen, falls dieser Strike nicht beigelegt wird, 25% der im Holzarbeiterverband organisierten Tischler, obwohl sie an dem Strike unbeteiligt sind, auszusperrern. Bis jetzt ist der Beschluss noch nicht durchgeführt. In Iserlohn ist dem Beschluss einer Fabrikantenvereinigung zufolge 4000 Metallarbeitern gekündigt worden als Antwort auf einen geringfügigen partiellen Conflict. Und in Pirmasens ist ebenfalls ein Conflict in einer Schuhfabrik zum Anlass genommen worden zu einer Aussperrung von 6000 Fabrikschuhmachern, die am 18. April in Kraft getreten ist. Alle diese Massregeln gehen aus von liberal sein wollenden Unternehmern und charakterisieren sich als Willküracte gegen das Coalitionsrecht der Arbeiter.

Aehnlich wie die Unternehmer verfahren die **Behörden gegen Gewerkschaften**. In Braunschweig kam es im Uebereifer der Behörden, ausländische Arbeitswillige vor Berührungen mit strikenden Arbeitern zu schützen, zu Zusammenstössen zwischen Strikenden und Polizei und Militair. Ebenfalls in Colmar i. E. Dort weigerten sich importierte, italienische Arbeiter zur Uebernahme von Strikearbeit, und als sie mit den Strikenden demonstrierten, kam es zu einer blutigen Krise. Eine Versammlung der Strikenden wurde mit blanker Waffe auseinandergetrieben, wobei es erhebliche Verwundungen gab, und über eine Arbeitervorstadt der Belagerungszustand erklärt.

Grell wurde die organisationsfeindliche Haltung der Behörden, soweit die Arbeiter in Betracht kamen, durch einen Vorgang im reichsländischen Parlament beleuchtet. Der Staatssecretair von Köller sprach dort dem oberelsässischen Bezirkspräsidenten seinen Dank aus, weil er unseren Gewerkschaften das verweigert hatte, was er den christlichen gestattete.

Die erfreuliche Besserung der Geschäftslage hat auf die **deutsche Strikebewegung** sehr anregend gewirkt. Die Zahl der Strikes ist bedeutend gestiegen. Wir müssen uns deshalb auf die Anführung der bedeutenderen beschränken. Erfolgreich wurden durchgeführt Strikes der Schneider in Jena, Erlangen, Solingen, Elmshorn (bei Schwartz), der Steinsetzer in Hamburg, der Leitergerüstarbeiter in Berlin, der Fensterputzer in Hamburg, der Tapezierer in Duisburg und Wilhelmshaven, der Textilarbeiter in Oedt, Colmar i. E. (bei Hartmann), Glauchau (bei Tasches Nachf.), der Tischler in Lauchburg a. E., Höchst (bei Becker & Söhne),

der Töpfer in Posen, der Schuharbeiter in Berlin (bei Jakoby), Boizenburg, der Landschaftsgärtner in Berlin; teilweise erfolgreich der Ausstand von 400 Arbeiterinnen in der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* in Berlin.

Neben den in letzter Rundschau genannten, teilweise wohl noch unerledigten Strikes sind noch zu nennen Ausstände der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer in Bromberg und Strassburg i. E.; der Maurer in Swinemünde und Podejuch; der Bauhilfsarbeiter in Cassel und Apenrade, der Zimmerer in Kellinghusen, Holzhausen, Zehdenick, Colmar i. E., Förste a. H., Klötze, Reppen und Königsberg i. Pr.; Aussperrungen der Zimmerer in Stolp, Neustettin, Neustrelitz und Warin; Metallarbeiter der unterschiedlichsten Branchen in Augsburg (Eberle & Co.), Chemnitz (Spitzner), München-Thalkirchen (Zipperer), Barmen (*Wupperthaler Eisenhülle*), weiter in einzelnen Betrieben in Limbach, Schönebeck, Düsseldorf, Emmerich, Schwartzenberg, Schöningen, Lüdenscheid, Schwelm, Waldhof bei Mannheim; die Metallschläger in Zittau und Grossschönau, sowie in Fürth, die Klempner in Berlin und Stettin; die Steinarbeiter in Meissen, partiell in Mannheim und Mülhausen i. E.; die Schuhmacher in Magdeburg und partiell in Gräbschen bei Breslau und Berlin; die Steinsetzer in Lübeck; die Putzer in Cöln; die Textilarbeiter in einzelnen Betrieben in Crefeld, Barmen und Aachen; die Maler in Königsberg, Wilhelmshaven, Cassel, Kalk, München-Gladbach, Nordhausen, Baden-Baden und Glauchau; die Töpfer in Königsberg, Frankfurt a. O., Tirschenreuth und Erfurt; die Tischler in Cassel, Martinroda, Luckenwalde, Wanne und partiell in Eilenburg und Bieberich; die Uniformschneider in Berlin und Regensburg, die Schneider in Neu-Ruppin; die Kleber und Böttcher der Bierfassbranche partiell in Berlin; die Tapezierer in Hamburg, Magdeburg, Cottbus und Wiesbaden, die Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter in Berlin. Wobei wir bemerken, dass unsere Strikeliste auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen kann.

Zahlreiche Lohnbewegungen, besonders der Schneider und der verschiedenen Bauberufe, sind ohne Strikes durchgeführt worden: der beste Gradmesser für die Besserung der Geschäftslage in einigen Gewerben.

Von der ausländischen Strikebewegung sind zu nennen ein Maurerstrike in Basel, dann Strikes der Steinarbeiter in Mailand, der Maurer in Szatmar, der Näherinnen in Grosswardein, von 2400 Arbeiter der ver-

schiedenen Berufe in Dobroczin, der Bäcker in mehreren Städten Ungarns, der Strassenbahner, Steinmetze und Nagelschmiede Budapests, der Hutmacher in Curoghen, der Möbelträger in Paris, der Dockarbeiter in Havre und Gefle, der Erdarbeiter und Schmiede in Amsterdam, der Erdarbeiter an der Linie Morlanwolz—Chapelle-les-Herlaimont, der Strassenbahner in Helsingborg und eine Aussperrung der Hafenarbeiter Stockholms.

Der Strike der Granithauer in Kopenhagen wurde nach 1jähriger Dauer mit Erfolg beendet. Der Kampf der Hafenarbeiter in Odense um ihr Coalitionsrecht zieht immer weitere Kreise.

Nunmehr ist auch der Bericht der im Anschluss an den pensylvanischen Kohlengraberstrike eingesetzten sogenannten *Anthracitecommission*, deren Aufgabe es war, die Verhältnisse der Kohlengraber zu untersuchen und Vorschläge zu ihrer Besserung zu machen, erschienen. Die Commission verfuhr bei ihrer Erhebung ähnlich, wie die bei uns in Deutschland eingesetzte Cartellenquëtecommission. Das Resultat ist denn auch dementsprechend. Die Commission hält die Miners als zu einer Lohnerhöhung von 10% für berechtigt, da davon aber nur die eigentlichen Kohlengraber betroffen werden, so wird an den herrschenden Lohnverhältnissen im pensylvanischen Kohlengebiet wenig geändert. Dann wird, allerdings auch nur für einige Arbeitskategorien, die Einführung der 9stündigen Arbeitszeit anempfohlen. Des weiteren wurde für künftig die gemeinsame Regelung von Differenzen durch die Unternehmer und die Beamten des Bergarbeiterverbandes abgelehnt; dagegen empfohlen Einführung einer *gleitenden Lohnscala* nach dem Marktpreis, Einsetzung von permanenten Vermittelungscomités, Abschaffung der *Kohlen- und Eisenpolizei*, Bezahlung der Helfer durch die Unternehmer und Anstellung von Wägemeistern, deren Gehälter von den Löhnen der Arbeiter abzuziehen sind.

Das ist ein recht bescheidener Erfolg eines ersten Versuches, eine friedliche Lösung von Arbeitsconflicten mit Hilfe der *Citic Federation* herbeizuführen. Den amerikanischen Arbeitern dürfte es kaum nach einem zweiten solchen Versuch verlangen.

Kurze Chronik. Das auf dem Stuttgarter Gewerkschaftscongress gegründete Centralarbeitersecretariat ist nunmehr am 1. April in Tätigkeit getreten. Adresse

desselben ist Robert Schmidt, Engel Ufer 15IV, Berlin S.O. — Der Metallarbeiterverband hat die zur diesjährigen Generalversammlung notwendigen Delegiertenwahlen nach einem ganz neuen Wahlmodus vornehmen lassen. Es wurde danach nicht den einzelnen Verbandsfilialen überlassen, die Wahlen in den während eines gewissen Termins stattfindenden Versammlungen vorzunehmen. Es wurde vielmehr, nach Art der parlamentarischen Wahlen, für alle Filialen ein einheitlicher Wahltag auf den 29. März festgesetzt, an welchem in der Tageszeit von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags die Wahlhandlung vorzunehmen war. — Eine am 5. April in Elberfeld stattgefundene Konferenz der Gewerkschafts-cartelle von Rheinland-Westfalen beschäftigte sich vorwiegend mit speciell westdeutschen Agitationsfragen. — Mit der Gründung von Arbeitersecretariaten beschäftigten sich zur Zeit die Gewerkschaften in Dresden und Elberfeld. — Im Anschluss an den Maurerverbandstag hat in Berlin eine internationale Maurerkonferenz stattgefunden, an der sich Organisationsvertreter der Maurer aus Dänemark, Norwegen, Schweden, Deutschland, Holland, Oesterreich, Ungarn, Schweiz und Italien beteiligten. — Die Wärmestube des Dresdener Gewerkschafts-cartells wurde vom 3. December 1902 bis zum 21. März 1903 von 11 621 Personen benutzt. Die Frequenz im vorhergehenden Winter belief sich auf 6998 Personen. — Im Anschluss an den Congress des *Allgemeinen Gewerkschaftsbundes* in England, der am 9. und 10. Juli d. J. in Dublin abgehalten wird, findet eine 2. internationale Konferenz der Landesgewerkschaftssecretaire statt, ähnlich der, die 1902 anlässlich des Gewerkschaftscongresses in Stuttgart stattfand. — Nach der *Labour World*, dem japanischen socialdemokratischen Parteiorgan, gibt es in Japan eine gewerkschaftliche Organisation der Eisenarbeiter, die bereits 6000 Mitglieder in 42 Zweigvereinen zählt. *Ernst Deinhardt.*

Genossenschaftsbewegung

Die in Nr. 12 des *Wochenberichts* veröffentlichte Tagesordnung des constituierenden Genossenschaftstages des *Gesamtverbands der deutschen Consumvereine* sieht zwei grössere Referate vor: eines über den Stand der deutschen Consumgenossenschaftsbewegung, erstattet vom Redacteur Kauffmann, das andere über die Gründung des Verbandes und den Statutenentwurf, gehalten vom sächsischen Verbands-

director Radestock. Die Einladung schliesst mit einem flammenden Appell an die deutschen Genossenschaften, aus allen Gauen ihre Vertreter zur Vollendung des grossen Werkes zu entsenden.

Leider hat die volle Einmütigkeit, mit der man gehofft hatte, in Dresden ans Werk gehen zu können, einen starken Abbruch erlitten dadurch, dass der grösste Unter-verband, der ursprünglich die Führung der ganzen Bewegung in die Hand genommen hatte, der süddeutsche Verband, sich nicht an der Gründung activ beteiligen wird. Die Leitung des Verbandes, an ihrer Spitze Verbandsdirector Barth, glaubte es auf dem am 22. März in Esslingen abgehaltenen Verbandstage aus Rücksicht auf einige grössere noch schwankende Vereine nicht verantworten zu können, den sofortigen Beitritt zu empfehlen, sondern schlug vor, noch weiter eine abwartende Haltung einzunehmen. Es war noch ein glücklicher Gedanke von Hammerbacher-Erlangen, zu beantragen, den Beitritt wenigstens im Princip zu beschliessen, welcher Antrag denn auch einstimmig Annahme fand.

Gegenüber diesem glänzenden Resultate muss die Vorsicht der Verbandsleitung etwas merkwürdig und übertrieben erscheinen. Wenn wirklich einige grosse Vereine — eigentlich können ja nur Stuttgart und Karlsruhe in Frage kommen, da München und Ludwigshafen nach erfolgter innerer Reorganisation sich auf der Seite der modernen Bewegung gestellt haben resp. stellen werden — heute vielleicht noch nicht den Beitritt zum neuen Verband mitmachen würden, sondern erst übers Jahr, — nun, so hätte man sie ja ruhig nachkommen lassen können. Warum aber die anderen zurückhalten und dadurch berechnete Missstimmung hervorrufen?! Nachdem gerade im Interesse eines geschlossenen Vorgehens und einer Gewinnung möglichst aller die Gründung mehr als lieb hinausgeschoben wurde, ist diese Verhinderung einer vollen Einmütigkeit und der imposanten Wirkung einer solchen doppelt bedauerlich.

Der am 13. und 14. April in Luckenwalde abgehaltene Verbandstag der brandenburgischen Consumvereine fasste erfreulicherweise einstimmig den Beschluss, dem *Gesamtverband* beizutreten.

Die Hamburger *Production* bringt in ihrem Bericht über das 4. Geschäftsjahr eine sehr interessante Darstellung der ausserordentlichen Entwicklung des noch so jungen Unternehmens. Dass der Verein

jetzt rund 14 000 Mitglieder zählt und 24 Verkaufsstellen besitzt, teilten wir bereits in vorletzter Rundschau mit. Der Umsatz 1902 betrug 2 221 583 M., der erzielte Reingewinn 74 000 M. Hiervon wird eine $2\frac{1}{2}$ procentige Rückvergütung auf den Umsatz gewährt, und circa 13 000 M. werden den verschiedenen Fonds zugewiesen.

Nächst dieser stets geübten starken Speisung der Reserven verdankt der Verein dem grossen Vertrauen seiner Mitglieder in die Leitung, dass sich in der Benutzung der Sparcasse durch Einlagen in der Gesamthöhe von 321 336 M. äussert, die besonders bewundernswerten Erfolge, die er bereits auf dem Gebiete der Bautätigkeit erzielt hat. Das vor 2 Jahren erworbene 81 m breite und 53 m tiefe Grundstück an der Wendenstrasse ist heute zum grossen Teil bebaut. Die ganze Strassenfront nehmen 3 Doppelwohnhäuser ein mit je 4 Wohnungen in einem Stockwerk, die sämtlich vermietet sind. Obgleich alle neuzeitlichen Bequemlichkeiten geboten werden, sind die Mietspreise für Hamburger Verhältnisse sehr billige. Interessant ist die Mitteilung des Berichts, dass die rechtzeitige Fertigstellung der Wohnhäuser durch die Aufnahme einer Strikeclausel in die contractlichen Bestimmungen möglich war, durch die sich die Uebernehmer der verschiedenen Arbeiten verpflichteten, allgemeine Forderungen der betreffenden Arbeiterorganisationen zu bewilligen, ohne erst eine Arbeitseinstellung abzuwarten. Die entstehenden Mehrkosten trägt die *Production*. Tatsächlich beliefen sich diese Mehrkosten insgesamt auf 859 M., im Verhältnis zur Gesamtbausumme von 243 498 M., ein recht kleiner Betrag.

Auf dem nach dem Canal zu gelegenen hinteren Teile des Grundstücks zeigt uns der dem Bericht beigegebene Bebauungsplan links das grosse Lagerhaus mit Expeditionsraum und Comptoir, an das sich seitlich die Remisen und Stallungen anschliessen. Rechts hinten steht die neuerbaute grosse Bäckerei, die eine Grundfläche von 20×38 m einnimmt. Der nach dem Muster anderer grosser Genossenschaftsbäckereien eingerichtete Betrieb ist mit einer Anzahl leistungsfähiger Maschinen zum Sieben und Mischen des Mehles, Kneten und Formen des Teiges, 5 grossen Dampfbacköfen, Zwieback- und Gerstelofen sowie Badeeinrichtungen für das Personal ausgestattet. Zur Kräftezeugung wird der Sauggasgenerator zur Anwendung gelangen; die zur elektrischen Beleuchtung von Bäckerei, Speicher und der Treppenhäuser in den

Wohngebäuden nötigen Dynamos und Motoren sind bereits in Bestellung gegeben.

Die fortwährenden Tischlerarbeiten bei der Ausstattung von Verkaufsstellen oder Reparaturen haben bereits eine eigene Tischlerei rentabel gemacht. Ein im Grundstück gelegenes Restaurant bietet den Bewohnern und Angestellten zu mässigen Preisen gute Speisen und Getränke und wurde auch von Mitgliedern aus anderen Stadtteilen besucht.

Die Genossenschaft zählt heute 130 Angestellte, darunter 3 Vorstandsmitglieder, 7 im Comptoir und 100 für den Verkauf angestellte Personen, 1 Lagermeister, 8 Lagerarbeiter, 2 Kutscher, 6 Tischler, 1 Oekonom.

Möge der Verein auf der betretenen Bahn kräftig weiterschreiten, ein segensbringender Factor im Hamburger Arbeiterleben und ein leuchtendes Beispiel für alle jungen emporstrebenden Genossenschaften!

Die *Gesellschaft für sociale Reform* hielt am 8. März eine Ausschusssitzung ab. In der Dr. Reinhold Riehn und der Arbeiterscretair Giesberts Referate über die Arbeiterconsumvereine hielten. An die Ausführungen der Redner, die die grossen wirtschaftlichen und sittlichen Vorteile der Consumvereine betonten, schloss sich eine lebhaft Discussion an, die zugleich mit den Referaten demnächst als Hef. 9 der Schriften dieser Gesellschaft im Verlage von Gustav Fischer erscheinen wird. Eine zum Schluss einstimmig angenommene Resolution betont das gesetzliche Recht der Arbeiter, vermittelt der genossenschaftlichen Selbsthilfe ihre wirtschaftliche und sociale Lage zu heben. Sie constatirt, dass die consumgenossenschaftliche Bewegung eine zweckmässige und fortschrittliche Art der Warenvermittlung darstellt, die in erheblichem Masse erzieherisch auf die Arbeiterschaft wirke und ein heilsames Gegengewicht gegen die Cartelle der Unternehmer bilde. Sie beklagt deshalb aufs lebhafteste die sich in Massregeln der Gesetzgebung und Verwaltung äussernden Anfeindungen, die die Arbeiterconsumvereine erfahren und hält es für dringend geboten, dass an deren Stelle eine sachliche Beurteilung der volkswirtschaftlichen und socialen Wirkungen dieser Vereine trete.

Der Ausschuss beschloss, die Arbeiterconsumvereine auch auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Generalversammlung zu setzen.

Die Göttinger Handelskammer hat vor einiger Zeit in einer Eingabe an den Handels-

minister ein Dividendenverbot für die Consumvereine gefordert. Dieser Antrag hat bei einigen norddeutschen Handelskammern Zustimmung gefunden, bei anderen hat er zu heftigen Debatten und sogar zu Gegenkundgebungen Anlass gegeben. Hervorhebenswert ist unter den letzteren die — in Nr. 12 des *Wochenberichts* abgedruckte — Eingabe der Lüdenscheider Handelskammer an das Handelsministerium. In scharfsinniger Weise legt die Eingabe die eigentlichen Ursachen des Niedergangs des kleinen Detailhandels bloss: Die weit den Bedarf übersteigende Ueberfüllung mit Geschäften durch Personen, denen es am nötigen Capital und an der noch notwendigeren Sachkenntnis mangelt. Es wird konstatiert, dass die bisherige *Hilfe*, die dem Kleinhandelsstand durch die Besteuerung der Grossbetriebe hat geboten werden sollen, wirkungslos geblieben ist. Ebenso wirkungslos würde auch ein Dividendenverbot für die Consumvereine bleiben, da die Folge davon eine Herabsetzung der Warenpreise und somit eine noch viel empfindlichere Concurrenz für die kleinen Kaufleute sein würde. Den Schluss macht eine wirklich vorurteilslose Würdigung der praktischen Wirksamkeit und der idealen Bestrebungen der Consumvereine und die ausgesprochene Zuversicht, dass die Regierung dem von der Göttinger Handelskammer gestellten ungerechten und obendrein wertlosen Antrag nicht Folge geben werde.

*

Kurze Chronik. Die Hamburger Tabakarbeitergenossenschaft hat in ihrem letzten Geschäftsjahre wieder eine Steigerung ihres Absatzes um 35% zu verzeichnen; sie verkaufte 8400000 Cigarren.* An Consumvereine wurde für 170 000 M. Waren gegen 110000 M. abgesetzt. Das Geschäftsergebnis ist wegen ungünstiger Einkaufsverhältnisse diesmal ein weniger gutes: es können nur 2% (gegen 3% im Vorjahre) Warenrückvergütung und Lohnzuschlag gewährt werden. Auf erstere entfallen 5826, auf letztere 2345 M.; mit 3751 M. werden die Geschäftsanteile zu 5% verzinst und 2992 M. den Reserven zugeführt. Die Hamburger Fabrik beschäftigt jetzt 72, die Frankengerber Filiale 110 Arbeiter. — Der Dresdener Stadtrat hat das im vorigen Jahre in die neue Arbeitsordnung für städtische Arbeiter aufgenommene Verbot der Teilnahme an Consumvereinen wieder aufgehoben. — Eine am 8. März in Hamburg abgehaltene Konferenz der Lagerhalter der nordwestdeutschen Consumvereine beschloss eine Invaliden-

Alters- und Lebensversicherung mit eventueller Unterstützung der Vereine anzubahnen. — Die ungeheure von dem *Verband Schweizerischer Consumvereine* gegen den Zolltarif entfaltete Agitation hat nicht vermocht, den Entwurf durch die Volksabstimmung zu Fall zu bringen. — Eine französische Frauengenossenschaftsgilde, die *Ligue française de femmes pour la coopération* ist in Paris begründet worden. Die Vereinigung will durch Versammlungen, Congresses, Veröffentlichungen in den Blättern und Herausgabe von Broschüren für die Ausbreitung des Genossenschaftswesens und vor allem für die Hineinbeziehung der Frauen in die Bewegung tätig sein. — Zu unserer Notizin der vorigen Rundschau (pag. 307), die Gründung einer französischen Genossenschaftsversicherung betreffend, müssen wir berichtend bemerken, dass die Versicherung sich zunächst nur auf Feuerschäden beziehen wird und dass sie erst später auf alle Versicherungsgebiete ausgedehnt werden soll.

Gertrud David.

Socialpolitik

Die Demonstration der Krankencassen gegen die rückschrittlichen und die Selbstverwaltung schwer bedrohenden Bestimmungen der *Krankencassen-novelle* schien anfangs keinen Einfluss auf die Entscheidung des deutschen Reichstags auszuüben. In der Commission wurde der Antrag Spahn angenommen, der sich im wesentlichen mit der viel bekämpften Bestimmung der Regierungsvorlage deckt und der die Enthebung der Cassenvorstandsmitglieder und Cassenführer wegen sogenannter *grober Pflichtverletzungen* durch die Aufsichtsbehörden zulässt. Ferner wurde die Novelle noch durch die Annahme des Antrages Savigny verbessert: »Die Casse hat eine Dienstordnung zu beschliessen, durch welche die Rechtsverhältnisse und allgemeinen Anstellungsbedingungen der Cassenbeamten geregelt werden. Die Dienstordnung und spätere Abänderungen derselben unterliegen der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde.« Es gelang indessen den Socialdemokraten im Plenum, in letzter Stunde, am 30. April, die führende Partei des Centrums zur Nachgibigkeit zu zwingen. Der letztgenannte Zusatz wurde wieder gestrichen, und der Passus von der *groben Pflichtverletzung* wurde durch den Zusatz *bei der Cassenführung* seines gefährlichen Charakters entkleidet. Ein schöner Erfolg unserer Partei.

*

Von der **Gesetzgebung in der abgelaufenen Reichstagsession** ist nicht viel zu berichten. In dritter Lesung wurde das Kinderschutzgesetz verabschiedet. Einige Verschlechterungen kamen leider noch in dieses Gesetz hinein. Die Beschäftigung eigener Kinder in Gast- und Schankwirtschaften wurde ausnahmsweise zugelassen. Der Gesetzentwurf über die Kaufmannsgerichte ist in der jetzigen Session des Reichstags nicht eingebracht worden. Im Bundesrate regen sich starke Strömungen gegen die Begründung selbständiger Berufsgerichte.

Die schwächlichen Arbeiterschutzanträge des Centrums und des Nationalliberalen von Heyl fanden im Reichstage eine Mehrheit. Diese Anträge streben eine Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren auf 10 Stunden und das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Haus an. Von Bedeutung ist noch die Annahme der Resolution Gröber zu gunsten der Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Sehr beachtenswert sind die Bemühungen des Abgeordneten Rösicke, die Vorlegung eines Gesetzentwurfs bei der Reichsregierung durchzusetzen, der den Berufsvereinen auch die Einwirkung auf die Gesetzgebung gestattet. In der Wohnungspolitik wird die Regierung hoffentlich durch die Annahme der Resolution Jäger gedrängt, mit wohnungspolitischen Massnahmen hervorzutreten. Sie soll sich einmal zunächst über ihre bisherigen Leistungen durch eine Uebersicht über ihre Wohnungsreformbestrebungen ausweisen. Das Scheitern des socialpolitisch so wichtigen Antrags auf Einführung eines allgemeinen Zehnstundentags ist sehr beklagenswert. Das Begräbnis, das die Resolution über die Betriebsaufsichtsbehörden mit Arbeiterbeigeordneten erfuhr, belastet das Schuldconto unserer bürgerlichen Parteien schwer. Unverständlich ist uns die Ablehnung der Resolution, die eine finanzielle Unterstützung der Commission zur Bekämpfung der Wurmkrankheit durch wissenschaftliche Kräfte von Reichs wegen vorsah.

Die Rechenschaftsberichte der grossen Ortskrankencassen Deutschlands sind jetzt erschienen.

Die Leipziger Ortskrankencasse fördert in sehr weitherziger Weise alle nationalen und internationalen hygienischen Bestrebungen. Sie war ferner auf dem internationalen Arbeiterversicherungscongress vertreten. Die Leipziger Ortskranken-

casse ist ein socialhygienisches Institut von gigantischem Umfange. Die Casse übernahm im Jahre 1902 die Fürsorge für 52 466 mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle mit 1 169 191 Krankheits-tagen. Ausserdem gewährte sie freie ärztliche Hilfe und Arznei an 109 729 erwerbsfähige Mitglieder, an 55 084 Einesfrauen, an 125 540 Kinder und 5323 sonstige Angehörige der Mitglieder. Im grossen Umfange liess die Casse den Mitgliedern kleinere Heilmittel zufließen. Die Casse verpflegte in in ihren eigenen Heimstätten Förstel, Gleesberg und Augustusbad 1492 Personen und zwar 36 731 Tage lang. Die Einnahmen der Cassen belaufen sich fast auf 4 Mill. M. (3 920 980 M.). Zur Bekämpfung der Simulation hat die Casse eine mustergiltige Krankencontrole ins Leben gerufen.

Die Frankfurter Ortskrankencasse, die unter der bewährten Leitung Ed. Grafts, Frankfurt a. Main, steht, hat eine Mitgliederzahl von 63 866 Personen. Die Arbeitslosigkeit des verflossenen Jahres suchte die Casse schwer heim. Sie musste ihrem Reservefonds zur Deckung des Defizits 81 963 M. entnehmen. Die Casse betritt mit ihrem neuesten Geschäftsbericht eine fortschrittliche Bahn. Im Interesse der Krankheitsverhütung belehrt sie ihre Mitglieder durch eine vortreffliche Abhandlung über das Wesen und die Folgen der Geschlechtskrankheiten. Aus dem Geschäftsbericht erhalten wir einen Einblick in die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten unter den Mitgliedern der Frankfurter Ortskrankencasse. Von 47 159 männlichen Mitgliedern erkrankten 2052 Männer an Geschlechtskrankheiten, das sind 3,27% der Gesamterkrankungen. Von den weiblichen Mitgliedern waren, soweit sich dies aus Krankmeldungen und Rückfragen bei den Aerzten feststellen liess, 301 an Geschlechtskrankheiten erkrankt (1,07% der Erkrankungen). In folgenden Gewerbezeigen kamen die grösste Zahl weiblicher Geschlechtskranken vor: im Restaurationsgewerbe 48 weibliche Mitglieder und 40 männliche, im Schneidergewerbe 50 weibliche und 51 männliche Mitglieder, in den Wasch- und Badeanstalten, Farbereien 32 weibliche und 2 männliche Mitglieder, Hut-, Schirmmacher, Kürschner 13 weibliche, 3 männliche Mitglieder, im Schuhmacher-gewerbe 8 weibliche und 30 männliche Mitglieder, im Handelsgewerbe 46 weibliche und 463 männliche, in Berufen ohne nähere Bezeichnung, 26 weibliche und 10 männliche Mitglieder. Wir können aus den Erkrankungsziffern erschen, dass in einigen

weiblichen Berufsarten die Zahl der Mädchen und Frauen, die sich prostituieren, offenbar sehr gross ist. Es sind eben heute schon ganze Gruppen der Prostituierten der Krankenversicherung unterstellt. Unser Vorschlag, die Prostituierten der Krankenversicherung einzugliedern, bewegt sich also vollkommen auf dem Boden des schon Bestehenden.

Sehr verdienstlich sind die Bemühungen der Krankencassen, den Umfang der Gewerkrankheiten in bestimmten Arbeitszweigen zu erfassen. Vor uns liegt der Geschäftsbericht der Berliner Ortskrankencasse der Maler für das Jahr 1902. In diesem Bericht zeigt die Casse, zu welcher furchtbaren Geissel die Bleierkrankungen für die Maler geworden sind. Für die directen Bleivergiftungen und die anderen damit verknüpften Erkrankungsarten veranschlagt die Casse 48 569 M. und zwar für 29 514 Krankheitstage. Mehr als die Hälfte sämtlicher Krankheitstage bilden die Bleivergiftungen und die mit diesen Erkrankungen in Verbindung stehenden Krankheitsformen. Die Feststellung derartiger Tatsachen muss auf die Fortentwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung einwirken. Die Krankencassen haben es in der Hand, ein schnelleres Tempo in unsere schleppende Arbeiterschutzgesetzgebung hineinzubringen. Die Cassen befruchten ja durch ihre Tätigkeit die mannigfaltigsten socialen Gebiete. Namentlich verspürt man den Einfluss der Krankencassen schon auf dem Gebiet der Hygiene, Die Ortskrankencasse Höchst a. M. agitiert unermülich für die Errichtung eines communalen Volksbades. Diese Casse und die Pforzheimer Ortskasse gehen gegen die Wohnungsmissstände durch Wohnungsuntersuchungen vor. Die Pforzheimer Casse untersuchte die Wohnungen von 850 Erkrankten. Nur einer verhältnismässig geringen Zahl der Erkrankten stand der durchaus erforderliche Mindestluftraum vom 20 cbm zur Verfügung, nämlich circa 30 % derselben; 62 Kranke — 23 männliche und 39 weibliche — benutzen das Bett mit erwachsenen Personen. 77 Kranke — 24 männliche und 53 weibliche — mit Kindern; während eine Person ein Sopha und eine andere auf dem Zimmerboden hergerichtete Lagerstätte benutzte. Zwei Erwachsene und ein Kind teilten mit Personen, die mit acuten Infectionskrankheiten behaftet waren, das Bett, und 16 Erwachsene und 20 Kinder teilten das selbe mit Lungenleidenden.

Auf dem Gebiete der **Unfallversicherung** haben sich unsere deutschen Arbeiterssecrétaires zu wirklichen Anwälten der Verunglückten entwickelt. Die jüngst erschienenen Berichte der Nürnberger, Hamburger, Lübecker, Frankfurter Secrétaires gewähren einen erschöpfenden Einblick gerade in diesen Zweig der Secretariatstätigkeit. Der Bericht des Lübecker Secretairs Wissel beleuchtet trefflich den Geist, der heute in unseren Unfallversicherungsinstituten herrscht. Durch Einlegung der gesetzlich vorgesehenen Rechtsmittel erstritt Wissel für die armen Verunglückten ungefähr einen Gesamtbetrag von 11 696,51 M. Das Verhalten der Aerzte gegenüber den Unfallverletzten kritisiert Wissel eingehend an der Hand eines grossen Materials. Die Aerzte weigern sich in der grössten Zahl der Fälle, den Unfallverletzten Atteste über die Folgen der Unfälle auszustellen. Ein Herr Professor Thiem, der häufig vom Reichversicherungsamt zur Erstattung von Obergutachten herangezogen wurde, erklärt einmal direct: »Fast jedes auf alleiniges Verlangen des Verletzten ausgestellte und von dem Verletzten bezahlte Gutachten ist nur in einem für diesen günstigen Sinne ausgestellt und ist daher parteiisch.« Ein Schwerverletzter, der wegen Beschädigung der Wirbelsäule ein Stützcorsett tragen musste und für eine Zeit die Vollrente erhielt, muss sich von einem ärztlichen Obergutachter Folgendes in einem Atteste sagen lassen: »Der p. B. leidet an hochradig gesteigerten Begehrlichkeitsvorstellungen und an einem gewissen Grade von Nervosität, den er sich auf der Jagd nach unberechtigtem Vermögenserwerb erworben hat!«

Auf dem Gebiete der **Invalidenversicherung** nimmt der Umfang der Invaliditätsverhütung in erfreulicher Weise zu. Die Landesversicherungsanstalt Württemberg erhöhte ihre Ausgaben für das Heilverfahren von 3 198 66 M. im Jahre 1900 auf 4 757 40,47 M. im Jahre 1901. Die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau gewährt eine dauernde Unterstützung der in Cassel zu errichtenden Walderholungsstätte.

Kurze Chronik. Anfang April ist in Danzig ein Verband der dortigen Krankencassen gegründet worden. — In Mülhausen ist ein Conflict der Aerzte mit den Ortskrankencassen ausgebrochen. — In Stralsund wurde der Aertzestrike zu ungunsten der Cassen entschieden. — In München beabsichtigt der ärztliche Bezirksverein, die

sämtlichen Verträge mit den Krankencassen, die von der Novelle berührt werden, zum gesetzlichen Termin für erloschen zu erklären und die Verträge mit den übrigen Krankencassen zum nächsten gesetzlichen Termin zu kündigen. *Paul Kampffmeyer.*

Sociale Communalpolitik

Der Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Beamten und Untergestellten hat über die Bewegung der städtischen Arbeiter in der Zeit von 1900 bis 1902 einen Bericht erstattet, der viele interessante Daten über die communale Socialpolitik enthält. Wir entnehmen ihm das Folgende. Der Mitgliederstand des Vereins, der im Jahre 1896 gegründet worden war, hat nicht unbedeutend zugenommen. Ende 1899 zählte er 3479 Mitglieder, Ende 1900 4723, Ende 1901 5118, und am 1. Januar 1903 7550 Mitglieder. Der Verein hat in den folgenden deutschen Städten Fuss gefasst: Berlin, Bremen, Breslau, Cassel, Chemnitz, Crefeld, Dresden, Erlangen, Fürth, Gera, Görlitz, Göppingen, Hamburg, Heilbronn, Kiel, Leipzig, Ludwigshafen, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Mülhausen i. E., München, Nürnberg, Pforzheim, Rixdorf, Stuttgart, Stettin und Wiesbaden. Dagegen sind die Filialen in Königsberg, Halle a. S., Darmstadt, Heidelberg und Karlsruhe wieder zusammengebrochen, und zwar, wie der Bericht hervorhebt, infolge des grenzenlosen Indifferentismus der städtischen Arbeiter selber. Ueber die gewerkschaftliche Rückständigkeit der städtischen Arbeiter klagt der Bericht überhaupt an zahlreichen Stellen. Es recrutieren sich dieselben zum grossen Teil aus Elementen, die erst kurze Zeit in den Städten ansässig und noch in den ländlichen Anschauungen befangen sind. Dazu kommt, dass von den städtischen Behörden der Organisation der Arbeiter zahlreiche Hindernisse in den Weg gelegt werden, wie überhaupt ihre ganze Arbeiterpolitik darauf hinausläuft, einen Arbeiterstamm für ihre Betriebe zu gewinnen, der sich von jeder gewerkschaftlichen und politischen Betätigung fern hält. Zum Beweise führt der Bericht Aeusserungen an, die in Charlottenburg gefallen sind. Darin hat man es den städtischen Arbeitern zum Vorwurf gemacht, dass sie trotz aller Zugeständnisse sich organisieren und sogar die Oeffentlichkeit in Anspruch nehmen. Die städtischen Behörden könnten ihren Arbeitern nie die Ausübung eines Einflusses auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die Gewährung von Arbeiterausschüssen zugestehen. Im allgemeinen ver-

meiden es die oberen städtischen Behörden, zu dem Coalitionsrechte ihrer Arbeiter klar und deutlich Stellung zu nehmen. Sie sehen es nicht gerne, wenn davon Gebrauch gemacht wird, aber schliesslich dulden sie doch wenigstens die Organisation. Dagegen ist die Stellung der leitenden Betriebsbeamten und unteren Aufsichtsorgane eine direct feindliche gegen die Organisation, und die vorkommenden Massregelungen sind daher meist ihr Werk. Diesen ist der Verband, so schreibt der Bericht, ein Dorn im Auge, der manche ungerechte Massnahmen aufdeckt und durch sein Wirken ihre Machtbefugnisse einschränkt. Daher hassen sie vielfach die Organisation und suchen ihr eins auszuweichen, wo es nur möglich ist. Sie tun dieses meistens nicht in directer Weise, indem sie Leute formell wegen der Zugehörigkeit zum Verbannde entlassen, sondern auf indirecte Art. Formell ist dann die Entlassung wegen eines Vergehens erfolgt, factisch aber wegen der Organisation. Namentlich in der ersten Zeit, wenn der Verband in einem Betriebe, resp. Orte, Fuss fasst, spielen sich die Vorgänge ab. Die Beamten sind ausser sich vor Wut, dass die Arbeiter, welche Jahre lang mit ihren Verhältnissen zufrieden waren, sich plötzlich organisieren, und suchen nach Ursachen, um die unzufriedenen Elemente loszuwerden. Einige Heisssporne drohen auch wohl mit Entlassung, doch werden sie bald von *Obern* eines besseren belehrt, dass man schon gute Miene zum bösen Spiele machen müsse, und directe Massregelungen wegen *des zu befürchtenden Scandals* nicht vornehmen dürfe. Dann beginnt die Politik der Nadelstich-, bis man sich schliesslich im Laufe der Zeiten mit dem Factum der Organisation abgefunden hat, und die Welt ihren Lauf gehen lässt. Trotzdem kann der Bericht eine Anzahl von Massregelungen aufzählen, die sich nach sorgfältiger Prüfung als solche herausgestellt haben. So wurden in Berlin 6 Verbandsmitglieder, in Dresden 3, die die eigentliche Leitung der Bewegung in Händen hatten, in Leipzig 2 — angeblich wegen Arbeitsmangel —, in Breslau der Vorsitzende der dortigen Filiale, in Mannheim 2 und in Hamburg 1 Verbandsmitglied gemassregelt.

Der Bericht erkennt an, dass sich die Lebenslage der deutschen Gemeindearbeiter in den letzten Jahren gebessert habe. Diese Erscheinung ist aber durchaus keine allgemeine. Es gibt noch zahlreiche Orte, die nicht das Geringste zur Besserstellung ihrer Arbeiter getan haben, und schliesslich

ist es nur eine kleine Zahl von Städten, die wirklich bedeutendere Verbesserungen vorgenommen haben. Der Bericht weist auf die Einführung allgemeiner Lohnscalen nach dem Dienstalter, von Ferien, Krankengeldzuschüssen, Arbeiterausschüssen, Ruhe- und Hinterbliebenengeldern und ähnlichen Einrichtungen hin. Dadurch, sowie durch die Regelung der Anstellungsverhältnisse wird das Arbeitsverhältnis dem Beamtenverhältnis angenähert. Es ist nun die grosse Gefahr vorhanden, dass durch die beamtenähnliche Stellung die städtischen Arbeiter zu Gleichgiltigkeit gegenüber der gewerkschaftlichen Bewegung, zu lächerlicher Ueberhebung und zu einer »casernenhofmässigen Unterwürfigkeit geführt werden, die es als einen grossen Verstoß gegen die Subordination betrachtet, sich zu organisieren, um gegen die Behörden Front zu machen«. Es ist erfreulich, dass die Verbandsleitung die Gefahren, die von einer solchen Verbeamtung des Arbeitsverhältnisses drohen, in der gleichen Weise einschätzt, wie dies in meinem Artikel *Fortschritte der kommunalen Socialpolitik (Socialistische Monatshefte, 1903, Nr. 2, pag. 53 ff.)* geschehen ist. So sehr die Gemeindearbeiter die Verbesserung ihrer Lage anerkennen, so weit sind sie davon entfernt, diese Vorteile mit dem Aufgeben ihrer Bewegungsfreiheit und dem *kleinlichen Geiste preussisch-deutschen Beamtenlums* erkaufen zu wollen. »Die Gemeindearbeiter werden sich immer als einen Teil der Arbeiterklasse zu betrachten haben, und jenem Geiste der Ueberhebung, der namentlich grosse Kreise der staatlichen und kommunalen Bureaukratie auszeichnet, fremd gegenüber stehen müssen.«

Die Fortschritte in den Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter sind nicht ausschliesslich, aber doch zu einem guten Teil der Tätigkeit des Verbandes zuzuschreiben. Der Verband hat in zahlreichen Fällen den Anstoss zu solchen Verbesserungen gegeben. Die Seiten des Berichtes, die sich mit dieser Tätigkeit des Verbandes beschäftigen und seine Kämpfe um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse darstellen, bilden wohl den interessantesten Teil desselben. Leider ist es uns nicht möglich, an dieser Stelle ausführlicher auf diese Vorgänge einzugehen. Wir beschränken uns darauf, zwei Städte herauszuheben — Berlin und Charlottenburg. Der Bericht behandelt den Charlottenburger Gasarbeiterstrike, der im April 1901 ausbrach, ausführlicher, weil derselbe nach seinen Worten uns in der Charlottenburger Stadtverwaltung eine Stadtverwaltung zeigt, »die sonst von patri-

archalischer Fürsorge für ihre Arbeiter überfließt, sofort aber brutal wird, sobald diese es wagen, aus eigener Kraft Missstände beiseitigen zu wollen.« Die Charlottenburger Gasarbeiter glaubten sich über ihren Betriebsingenieur beklagen zu müssen und beriefen zu dem Zweck eine öffentliche Versammlung, um darin Stellung in der Angelegenheit zu nehmen. In der Versammlung wurde der Beschluss gefasst, durch eine Commission dem zuständigen Stadtrat die Wünsche der Gasarbeiter zu unterbreiten. Ehe es dazu kam, wurden zwei Arbeiter, die die Einladungszettel zu der fraglichen Versammlung verteilt hatten, entlassen bezw. gekündigt. Das Verlangen, die Entlassenen wieder einzustellen, wurde von der Direction kurzerhand abgewiesen, und als die versammelten Arbeiter sich weigerten, sofort an ihre Arbeitsstätten zurückzukehren, auch diese für entlassen erklärt. Darauf hin legten die übrigen Arbeiter ebenfalls die Arbeit nieder. Der Bericht hebt mit Nachdruck hervor, dass der Strike eine grosse Dummheit war, dass die Arbeiter ferner das Strikestatut des Verbandes durch ihr Vorgehen verletzt hätten und dass daher auf einen günstigen Ausgang von vornherein nicht gerechnet werden konnte. Gegenüber den Versuchen der Verbandsleitung, einen Ausgleich herbeizuführen, stellte sich nun der Magistrat auf den Standpunct, die bedingungslose Unterwerfung der Strikenden zu verlangen. Darauf hin wandten sich die strikenden Arbeiter an das Einigungsamt des Gewerbegerichtes und luden den Magistrat zu einer Verhandlung ein. Die Gasdeputation lehnte jedoch ebenso wie der Magistrat das Erscheinen und jede Verhandlung vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichtes ab. Man mag das Vorgehen der Gasarbeiter als unberechtigt bezeichnen, man wird aber doch für das Verhalten des Magistrats nur Worte des schärfsten Tadels haben können. Die Entlassung der beiden Arbeiter war eine Massregelung schroffster Art. Die Klagen über die Behandlung seitens des Ingenieurs hätten unbedingt untersucht werden müssen. Die Ablehnung des Einigungsamtes ist eine Handlung, die den Magistrat auf das Niveau des *Scharfmacherlums* herabbringt. Dieser stellte sich auf den Standpunct, dass über die Arbeitsbedingungen nur er zu entscheiden habe, und lehnte deshalb auch die Einführung von Arbeiterausschüssen ab, weil dieselben darauf Einfluss zu nehmen suchen würden. Der Magistrat will Herr im Hause sein — dass er sich in dem Gasarbeiterstrike mit

dieser Forderung in Widerspruch zu der ganzen Bevölkerung gesetzt hat, scheint ihn nicht zu einer nochmaligen Prüfung seines Verhaltens veranlasst zu haben. Nur ganz wenige der Ausständigen wurden wieder angenommen, die grosse Mehrheit musste sich anderswo Arbeit suchen.

In die Berichtsjahre fallen fast alle die Bestrebungen, die in Berlin gemacht wurden, um die städtische Arbeiterpolitik aus dem Sumpf der Stagnation herauszuheben, und der anderer Städte nahe zu bringen. Auf Anregung einer grossen Versammlung städtischer Arbeiter, die am 7. März 1900 stattfand, kam es zur Einsetzung eines Stadtverordneten-ausschusses, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter einer generellen Prüfung unterziehen sollte. Im Ausschusse wurde auch der geringste Fortschritt auf dem Gebiete der städtischen Arbeiterpolitik von dem Vertreter des Magistrates aufs hartnäckigste bekämpft; verstieg sich doch derselbe zu der Aeusserung: Alterszulagen für die Arbeiter wären Prämien auf deren Faulheit! Auch die Altersversorgung kam nur gegen den Widerstand des Magistrats zu stande. In der berühmten gewordenen Verfügung über den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches zeigte sich die socialpolitische Rückständigkeit dieser Körperschaft in ihrer vollen Glorie. Auch hier wieder bedurfte es langer Verhandlungen, ehe es gelang, einige Verbesserungen an derselben anzubringen. Die gleichen Vorgänge spielten sich in der Sommerurlaubsfrage ab. Als die Berliner Filialen die Sache in Bewegung brachten, gewährte der Magistrat ein winziges Concessiönchen. In der Stadtverordnetenversammlung versuchten dann die socialdemokratischen Mitglieder, den Urlaub in sachgemässer Weise zu regeln. Es wurde ein Ausschuss eingesetzt, in dem die Angelegenheit noch ruht. Das ist die Socialpolitik des Communal-freisinns!

Zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit hatte der Magistrat der Stadt Halle a. S. die Summe von 100,000 Mark bewilligt erhalten, um sterilisierte Milch als Nahrung für Säuglinge billiger abgeben zu können. Es sollte nur ein einmaliger Versuch sein, ein weiteres Vorgehen der privaten Wohltätigkeit überlassen bleiben. Ein echt freisinniger Beschluss! Ist es doch charakteristisch für die freisinnige Communalpolitik, Aufgaben, die ihrem Wesen nach solche der öffentlichen Gesundheitspflege sind und daher nur von öffentlich rechtlichen Körperschaften in befriedigender Weise

gelöst werden können, privaten Wohltätigkeitsvereinen zuzuweisen, um so die Gemeinden vor pecuniärer Inanspruchnahme zu schützen. Die Resultate, die von dem Magistrate erzielt wurden, sind in jeder Hinsicht günstige gewesen. Von 149 Personen entnahmen 87 die ausgegebenen Milchmarken regelmässig und während der ganzen Dauer der Versuchszeit. Es wurden also 87 Säuglinge ausschliesslich mit sterilisierter Milch genährt. Und von diesen starben ungefähr $3\frac{1}{2}\%$, während die allgemeine Sterblichkeitsziffer der Säuglinge annähernd $6\frac{1}{2}\%$ betrug. Die ausschliessliche Ernährung mit keimfreier Milch scheint also die Sterblichkeit beträchtlich herabgemindert zu haben. Allerdings sind die Ziffern zu klein, um sichere Schlüsse zu ziehen. Eine Wiederholung des Versuches auf grösserer Stufenleiter wäre daher dringend zu empfehlen. Von den 149 Personen, die Milchmarken entnahmen, waren 75 Arbeiter und 42 Handwerker, während die übrigen selbständigen Gewerbetreibenden, Beamten und anderen Berufen angehörten.

In der Reichstagssitzung vom 14. März führte bei Beratung des Marineetats der Abgeordnete Singer aus, dass die Stadt Berlin von den in ihrem Bezirk errichteten Reichs- und Staatsgebäuden gar keine Vorteile habe und es deshalb durchaus unbillig sei, von ihr Zuschüsse zu Reichs- und Staatsbauten zu verlangen. Er benutzte dann die Gelegenheit, um das Wohlwollen für die Stadt Berlin, das in den höheren und höchsten Kreisen vorhanden ist, der Wirklichkeit entsprechend darzustellen. So sei ihr durch kaiserliche Ordre die Concession für den Bau einer Untergrundbahn vom Potsdamer Bahnhofe nach der inneren Stadt und dem Alexanderplatz mit der ausdrücklichen Begründung verweigert worden, diese Linie bekäme nicht die Stadt Berlin, dieselbe müsse vielmehr der Actiengesellschaft *Siemens & Halske* vorbehalten bleiben, damit die Hochbahn rentabel würde. In seiner Nummer vom 26. März hat der *Vorwärts*, um ein in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* gegen den Abgeordneten Singer erlassenes Dementi zu widerlegen, die in Betracht kommenden Schriftstücke zum Abdruck gebracht. Es sind zwei Aeusserungen des Berliner Polizeipräsidenten, und diese lassen in der Tat nicht den geringsten Zweifel darüber, dass die Siemenssche Bahn sich sehr hoher Protection zu erfreuen hat und dass der Stadt Berlin angesonnen wurde, ihre Unterpflaster-

bahnprojecte einer Revision zu unterziehen und dabei von der Siemensschen Bahn als einer gegebenen Grundlage auszugehen. Noch deutlicher drückte sich das Polizeipräsidium in seinem Schreiben vom 18. Juni 1900 aus. Hier wird es als *dringend erwünscht* erachtet, die von der Firma *Siemens & Halske* gebaute Hochbahn als Unterpflasterbahn über den Potsdamer Platz sowohl durch die Voss- und Mohrenstrasse nach dem Spittelmarkt, als nach dem Friedrichstrassenbahnhof und in weiterer Fortsetzung nach dem Stettiner Bahnhof fortzuführen. Das Polizeipräsidium empfiehlt daher, dem Bau dieser beiden Linien möglichst bald näher zu treten und die übrigen seitens der Stadt geplanten Linien zur Zeit zu vertagen. Verhandlungen, die der Magistrat mit der Firma *Siemens & Halske* darüber gepflogen hatte, ob und unter welchen Bedingungen die Firma bereit sei, auf die genannte Unterpflasterbahn zu verzichten, verliefen resultatlos, da dieselbe im Bewusstsein ihres Rückhalts in hohen Regierungskreisen alle Vorschläge der Stadt rundweg ablehnte. Das sind in der Tat sehr interessante Documente. Sie werfen ein helles Licht auf die engen Beziehungen, die das Grosscapital mit den obersten Regierungskreisen unterhält. Und diese Beziehungen sind für beide Teile fruchtbringend. Das Grosscapital erhält freie Bahn für die Ausbeutung der Bevölkerung und der Gemeinden, und für manchen höheren Beamten fällt ein letter Directions- oder Aufsichtsratsposten ab.

Kurze Chronik. Die Hanauer Stadtverordnetenversammlung beschloss die Beschäftigung der Arbeitslosen und Notstandsarbeiter um einen Monat, bis zum 1. Mai, zu verlängern. — Um die Tapeziererinnung, deren Gesellen sich im Strike befinden, zu unterstützen, entband die Verwaltung der städtischen Fortbildungsschule in Magdeburg sämtliche Lehrlinge der Innung während der Dauer des Strikes vom Besuche der Fortbildungsschule. — Die Theateraussschüsse in Dortmund und Essen haben das Project der Vereinigung der beiden Stadttheater auf die Dauer von zwei Jahren angenommen. — Die Berliner Armendirection hat die Beschwerde der Bäckermeister, die sich gegen den Abschluss solcher Bäckermeister, die in der Armenverwaltung ein Ehrenamt bekleiden, von den Lieferungen für diese Verwaltung wande, abschlägig beschieden. — Die Dortmunder Stadtverordneten nahmen ein Ortsstatut an, wonach von den Grund-

stücken, die durch Neu- und Umpflasterung von Strassen besondere wirtschaftliche Vorteile haben, Beiträge zu denselben zu zahlen sind. Die Beiträge sollen bis zu 50% der Kosten ausmachen. — Dem Hamburger Senat ist das Project einer Schwebebahn vorgelegt worden, deren Anlagekosten auf ungefähr 35 Mill. M. veranschlagt worden sind.

Hugo Lindemann.

Diversa

Bücher

Dr. Arthur Kann: *Schutz gegen die Geschlechtskrankheiten!* Ein Wort der Aufklärung. Berlin, Oscar Coblenz.

Dr. G. Zepler: *Ueber die Notwendigkeit einer Krankenunterstützung für Prostituierte und einige andere Massnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.* Berlin, Oscar Coblenz.

Die Begründung der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* hat eine Flut von Aufsätzen und Broschüren über die Prostitutionsfrage und die öffentliche Prophylaxe der Geschlechtskrankheiten hervorgerufen. Von den beiden oben genannten Schriftchen begnügt sich die erste damit, in Anbetracht der Misserfolge, welche bisher die öffentliche Prophylaxe auf diesem Gebiete aufzuweisen hat, die männliche Jugend auf die Notwendigkeit der persönlichen Schutzmassregeln hinzuweisen.

Ernster zu nehmen ist die Zeplersche Schrif. Zepler will die heutige Reglementierung durch eine obligatorische Krankenversicherung der Prostituierten ersetzt wissen und macht ziemlich detaillierte Vorschläge, wie derartige Krankencassen zu organisieren seien. So zweckmässig eine solche Einrichtung, die übrigens keineswegs neu ist, vielmehr früher allgemein bestanden hat und auch jetzt noch in nicht wenigen Städten zu Recht besteht, so zweckmässig, sage ich, eine solche Einrichtung auch auf den ersten Blick scheint, so hatten ihrer Ausführung doch nicht geringe Schwierigkeiten an. Welches Mädchen wird denn aus freien Stücken die *Prostitution* als Beruf angeben! Und die zwangsweise Einschreibung in die Mitgliederliste der Prostituiertenkrankencasse würde natürlich als ebenso entehrend empfunden werden, wie heute die Einschreibung in die Dirnenliste — nur dass heute an den meisten Orten die Prostituierten all das umsonst geniessen, wozu sie nach dem Zeplerschen Vorschläge noch erst Beiträge

zahlen sollen. Und diese Beiträge werden gewonnen aus dem Geschäftsbetrieb der Prostituierten, eingetrieben nötigenfalls von niederen behördlichen Organen, die es an Schrofheit gewiss nicht fehlen lassen und bei schlechterem Geschäftsgang und mangelnder Zahlungsfähigkeit die Mädchen naturgemäss zu grösserem Geschäftseifer anfeuern würden. Personen, die, ohne der Krankenversicherung anzugehören, Prostitution treiben, sollen als *geheime Prostituierte* straffällig sein. Haben wir da nicht wieder die patentierte und nicht patentierte Prostitution von heute in bester Form? Ein gesunder Kern steckt trotz alledem in der Zepferschen Idee — eine ähnliche Versicherung hat neuerdings Kampffmeyer auf dem Frankfurter Congress der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* empfohlen. Man müsste nur versuchen, das Gute an dem Gedanken festzuhalten ohne all die Schattenseiten, welche seine Ausführung in der genannten Form mit sich bringen würde. Aber das Problem ist nicht einfach; und die *Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* wird sich wohl mit demselben beschäftigen müssen.

Alfred Blaschko.

Otto Spielberg: *Gedanken und Meinungen des hochwohlgeborenen Herrn Spielberg, Freiherrn von Natur, und von Gottes Gnaden sein eigener König.* Stuttgart, Robert Lutz.

»Dem Tauschmittel Geld werden wir unbedingt einen grossen Teil seines Verkehrswertes beschneiden müssen, dass sich niemand damit Arbeitskräfte dingen darf, um selbst spazieren gehen zu können. Es entsteht ein unsittliches Gefühl daraus, das einen Schimpf auf den drückt, der in Dienstbarkeit steht.« (pag. 41.) »Das Geld soll der Lohn meiner Arbeit sein, den ich zum Ausgleich für andere Arbeit verwende. Mit meinem Ableben muss es seinen Wert verloren haben, wie ein Staatspapier, das ausgelost und aus dem Verkehr gezogen worden. Will der Nachkomme Genuss von seinem Leben haben, so soll er sich die Mittel dazu erwerben. Nur Erworbenes, nicht Ererbtes, lässt sich moralisch rechtfertigen. Der Sohn gehört, und wenn der Vater Millionen und die höchsten Stellen besessen, an Pflug und Ambos, wie ich. Die Freude am Leben ist aus Mühe und Arbeit zu schöpfen, aus Spazierengehen nicht allein.« (pag. 42.) Diese Sätze stehen in Spielbergs Buch, und sie klingen ziemlich vernünftig. Aber wie spärlich sind solche vernünftige Sätze in dem ganzen Buch

verstreut, und wie sind sie von Torheit und Unsinn überwuchert! Das macht, der *Freiherr von Natur* ist keiner von jenen innerlich Freien, die mit jedem Feinde ringen, bis er sie segnen muss; keiner von jenen Kühnen, die jedem feindlichen Element: dadurch Trotz bieten, dass sie mitten hineintauchen. Ungeachtet seiner turnerhaften Kraft und Kernmenschenalluren gehört er im Grunde zu jenen Wehleidigen und Furchtsamen, die sich von allem Feindlichen oder auch nur Fremden und Unverständlichen dadurch absperren, dass sie die Läden schliessen und die Schlafmütze tief über die Ohren ziehen, und womöglich auch über die Augen. Das Weltbild eines solchen Zipfelmützeinsiedlers und Schmolliwinkelphilosophen kann natürlich nur ein höchst fragmentarisches sein. Und sehr, sehr fragmentarisch ist auch Spielbergs Weltbild. Seine persönlichen Neigungen spiegeln sich in einem, rein ästhetisch genommen, sehr hübschen Gesellschaftsideal wieder: Freie, naturalwirtschaftende Bauern, als selbstherrliche Hausväter auf der eigenen Scholle waltend, unabhängig von der Gunst des Marktes, wie von der Gnade irgend welcher Grossen. Diese Bauern zu souverainen demokratischen Gemeinden verbunden. Kein Staat steht über diesen Gemeinden, höchstens zwischen ihnen als eine Art Institut für Verkehrserleichterung, wie etwa heute der Weltpostverein zwischen den Staaten; wohl aber Freundschaft und Verbrüderung der in souverainen Gemeinden organisierten Freien und Gleichen auch über die Staats- und Nationsgrenzen hinaus. Keine Dynastien, kein Adel, auch kein Beamtenum, denn die freien Männer der Arbeit regieren sich am besten selbst; keine Industrie, denn die ist überflüssig und unhygienisch und schafft unfreie Existenzen, also fort mit ihr! Diese seine Utopie schmückt der Verfasser mit den lieblichsten Farben, wie nur je ein gläubiger Schwärmer sein Himmelreich. Er bedenkt nicht, dass die Menschen, die ohne Industrieproducte leben konnten, im heutigen Europa längst nicht mehr existieren; er bedenkt auch nicht, dass zur Verwirklichung seines Ideals nicht nur qualitativ die Zurückschraubung der Cultur Europas um Jahrhunderte nötig wäre, sondern vor allem auch quantitativ die Zurückschraubung der Bevölkerungsziffer Europas auf höchstens ein Zehntel des jetzigen Bestandes. Denn um die riesenhaft angewachsene und stets noch rasch wachsende Bevölkerung Europas zu ernähren, und sei es auch nur so mangelhaft zu ernähren, wie dies heute geschieht, dazu bedarf es entweder einer

Industrie, die auf den heimischen Märkten kolossale Mengen von Producten absetzt und ausserdem noch auswärtige Absatzmärkte beherrscht, oder aber einer äusserst intensiv betriebenen Landwirtschaft, die aber wiederum zu ihrem Bestehen einerseits auf die Verwendung und Verwertung zahlreicher Industrieproducte, andererseits auf den Absatz eines sehr grossen Teils ihrer eigenen Erzeugnisse auf den lohnendsten Märkten angewiesen wäre. Somit würde die zwangsweise Rückkehr zur Naturalwirtschaft nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als ein Todesurteil über mindestens vierhundertfünfzig Millionen Europäer. Wer also die commerciale Abhängigkeit des Producenten vom Käufer als entwürdigend verabscheut, der soll nach Centralasien auswandern und Pfahlbauer im Lop-Nor-See werden. Brauchen wir aber Handel und Industrie, dann bleibt uns auch jene umfangreiche Sphäre territorialer Gemeininteressen erhalten, die den Staat unentbehrlich macht. Dann müssen wir uns auch, und wären wir selbst im Herzen alle so reactionär-patriarchalisch gesinnt, wie Spielberg, mit der Befreiung der erwachsenen Kinder aus der elterlichen Gewalt, mit der Befreiung der Frau aus der vormundschaftlichen Gewalt des Mannes abfinden; denn beides sind, von allen ideologischen Motiven ganz abgesehen, notwendige Konsequenzen der heutigen Productionsbedingungen. Aber für Spielberg existiert eben die Nationalökonomie nicht. Er mag sie nicht, gerade wie er die Industrie nicht mag. Und er behandelt die ihm missliebigen Erscheinungen nach der Methode des scharfsinnigen Philosophen Kaspar Schlich: »Und wenn etwas mir nicht lieb — *Weg damit!* ist mein Princip.« Diese Kaspar Schlich-Perspective ist aber, mit Verlaub zu sagen, die denkbar ärgste Froschperspective. Daher fällt denn auch des Verfassers Urteil über alles specifisch Moderne, von der Industrie bis zu Ibsen, unsäglich borniert und verschroben aus: Man lese nur einmal: »Ibsen: Ein verunglückter Faust, in Geniehitze gebraten, nicht Fisch noch Fleisch; forciert, borniert und schrecklich gemütsarm. Das seinem verrückten Brand die Agnes nicht davon gelaufen, ist nur des Dichters Intuition. Ibsen und Zola: Koketten des Geistes, die mit den ersten und tiefen Wahrheiten der Natur und Menschheit spiegelstechen und Weiber zu Närrinnen machen, anstatt ihnen mit dem kalten Wasserstrahl von Rechts und Mannes wegen, der für sich und die Kinder eine tüchtige Hausfrau und keine Grüblerin und Collegienheftschwärmerin

verlangt, zu Hilfe zu kommen.« (pag. 180). Oder aber: »Es kommen auch Fabrikarbeitern, sowie allen in Brot und Lohn Stehenden, also auch Staatsangestellten, Dienern der Kirche, Geschäftsleuten, Advocaten u.s.w. keine den Bestand der Gesellschaftsordnung beeinflussenden Rechte zu, weil ihre Abhängigkeit von anderen ihre Rechtllichkeit von vornherein verdächtigt.« Oder auf Seite 33—34 rundweg: »Kann der Arbeiter anders stimmen, als wie es der Brotherr wünscht?« Auf Seite 37 wiederum charakterisiert Spielberg den vierten Stand als »einen Stand, der nicht viel mehr wie Arbeitstier ist, das in Abhängigkeit von seinem Futterherrn lebt und der sich (sic!) aus diesen Arbeitstieren seine Hilfstruppen drillt, mit denen er der Regierung zu Leibe geht, dass sie ihm die grösstmöglichen Vorteile für seine Industrie gewährt.« Und weiter im Text auf derselben Seite: »Er (der Grossindustrielle) ist es auch, der am meisten mit seinen Anträgen die Parlamente beschäftigt und, da seine Arbeitstiere Wahlrecht haben, einen Druck auf die öffentliche Meinung ausübt.« Liest man diese, nach actualster Tendenz schmeckenden Leistungen, so wäre man fast versucht auszurufen: »Spielberg, ich kenne Dir!« Aber nein; Herr Spielberg ist kein heimtückisch-verschmitzter Agent des *Bundes der Landwirle*. Er ist nur sehr — harmlos.

Ladislaus Gumpłowicz.

Notizen

Herr Friedrich Hertz brachte in den *Socialistischen Monatsheften* (1902, II. Bd., pag. 876 ff., 962 ff.) eine längere Abhandlung *Moderne Russentheorien*, in der alle Neuerscheinungen auf diesem Gebiete eingehend gewürdigt werden, überall mit ausführlichster Titel- und Quellenangabe. Allein bei Erwähnung meines Namens unterlässt er diese vollständig, indem er mit den unten aufgeführten absprechenden Sätzen über meine Bücher hinweggehen zu können glaubt. Ich muss hierin eine geflissentliche Vorenthaltung den Lesern gegenüber erkennen, denen er damit die Gelegenheit nimmt oder erschwert, sich selbst davon zu überzeugen, ob seine Kritik zutreffend ist oder nicht. Ich meine aber, wer ein solches Urteil wagt, wie Hertz in den nachfolgenden Worten, der müsste erst recht correct und mit der peinlichsten Wahrhaftigkeit und Vollständigkeit verfahren, um nicht in einen falschen Verdacht zu geraten: »Die *Werke Driesmans* zu lesen habe ich mir erspart, und zwar bin ich dafür Otto Ammon zu Dank verpflichtet, der dies durch seine

Recension im *Centralblatt für Anthropologie* bewirkt hat. Ich glaube, dass die Verpflichtung, die Literatur über einen Gegenstand zu kennen, Grenzen hat und dass, wer zum Beispiel die Natur der Traumzustände studiert, noch keineswegs verbunden ist, jedes ägyptische oder chaldäische Traumbuch zu durchforschen. Doch sei es mir gestattet, den bekannten Anthropologen Dr. Wilser reden zu lassen, der eine Besprechung Driesmans' mit den Worten schliesst: »Dem Verfasser fehlen die elementarsten physiologischen und anthropologischen Kenntnisse, und seine Rassenpsychologie ist nichts als ein oberflächliches Geschwätz.«

Ich überlasse es dem Leser, den bezeichnenden Ausdruck für jemand zu finden, der ein vernichtendes Urteil fällt über Bücher, die er nicht einmal selbst gelesen und geprüft hat, und der sich nicht scheut, dies offen einzugestehen. Selbst wenn Wilser als wissenschaftlicher Vertrauensmann gelten sollte, so gehört sich das in einem Fall entscheidender Urteilsabgabe doch nicht, ihm einfach nachzubeugen. Denn das persönliche Urteil ist immer subjectiv gefärbt, und andere urteilen anders. Aber es kommt noch stärker. Denn die erwähnte Recension Otto Ammons über mein *Keitentum*, dem er sich zu *Dank verpflichtet* erklärt, weil er sich danach die Lectüre meiner Bücher hätte *ersparen* können und zu deren Verstärkung gleichsam er den Schlusssatz der Wilerschen Recension anfügt, lautet nach einzelnen Ausstellungen ganz anders, nämlich wie folgt: »Heinrich Driesmans bietet uns . . . einen Versuch an, auf Grund geschichtlicher, cultur- und besonders literaturgeschichtlicher Tatsachen die Rasseninstincte der europäischen Hauptvölker in ihrer Beschaffenheit und in ihrer Wechselwirkung vor unserem geistigen Auge erstehen zu lassen. Seine Auffassung ist geistvoll und von dem Standpunct des Rassenanthropologen aus im ganzen auch annehmbar, sogar verdienstlich. Das Buch enthält eine Menge von Tatsachen, die bisher noch nie als Aeusserungen von Rasseninstincten dargestellt wurden, die aber, unter diesem Gesichtspunct betrachtet, eine Fülle von Licht ausstrahlen . . . als Fundgrube wertvoller Materialien für den Anthropologen ist sein Buch wertvoll und seine Verbreitung unter den Laien ist zu wünschen . . . Wir sind überzeugt, dass das Buch viele dankbare Leser finden wird, und wir können dasselbe nur bestens empfehlen.« Hiernach ist unverkennbar, dass Hertz dieser Stelle

durch die nachgesetzte von Wilser einen ihrem wahren völlig entgegengesetzten Sinn gegeben hat. Denn jeder, der die Wilerschen Worte liest, muss die bloss erwähnten Ammonschen sich in ähnlichem Sinne ausdeuten. Somit liegt hier ein offener Missbrauch vor. Da Herr Hertz in diesem Falle kein selbständiges Urteil abgibt, sondern nur ein fremdes nachspricht, hatte er nicht nur geflissentlich das Ungünstigste heraussuchen dürfen, was bisher über meine Bücher gesagt worden ist, sondern auch die von ihm gekannten und erwähnten Ammonschen Worte zur Geltung kommen lassen müssen. Das wäre wohl nicht mehr als recht und billig gewesen. Damit, dass er die letzteren unterdrückt hat, bekundet er, dass er sich bei seinen Beurteilungen unter Umständen auch noch von anderen, als rein sachlichen, Gesichtspuncten leiten lässt. Das ist keine objective Kritik mehr, sondern in der unverkennbaren Absicht geschrieben, mir zu schaden. *Heinrich Driesmans*

o

Heinrich Driesmans macht mir im Vorstehenden und in einem *Verrohung in der Kritik* überschriebenen Aufsatz der Zeitschrift *Ernstes Wollen* zwei Vorwürfe:

1. Ich hätte seine Bücher verurteilt, ohne sie gelesen zu haben, und mich nicht geschämt, dies selbst zu bekennen. 2. Ich hätte eine lobende Recension Ammons in ihr Gegenteil verkehrt. — Der letzterwähnte Vorwurf beruht offenbar auf einem Missverständnis. Ich staune, dass Herr Driesmans den ironischen Sinn meiner Worte nicht begriffen hat. Nach der Würdigung, die ich dem wissenschaftlichen Charakter Ammons zu teil werden liess, muss es wohl jedermann klar sein, dass ein Lob seitens dieser Autorität in meinen Augen das Gegenteil einer Empfehlung ist. Doch hat nicht nur das fatale Lob Ammons ein ungünstiges Vorurteil gegen Herrn Driesmans in mir erweckt, sondern vor allem einige positive Angaben, die ich in den Recensionen fand, und Aufsätze Driesmans', die mir zu Gesichte kamen. — Doch muss ich bemerken, dass Driesmans' Buch *Rasse und Milieu* zur Zeit der Abfassung meines Aufsatzes noch garnicht erschienen war und ich beabsichtige, in anderem Zusammenhang darauf zurückzukommen.

Selbst bei der strengsten Auffassung von den Pflichten eines Recensenten wird doch niemand die Absicht der Beschränkung und Auswahl des zu lesenden Materials tadeln, der die Rassenliteratur kennt und weiss, wie wenige wertvolle Körnlein man in

Haufen von ungläublichen Phantasieen, kritiklosen Combinationen und rohen Phrasen gegen jede humane Tendenz findet. Mit Rücksicht auf den Raum und den Zweck meiner kritischen Uebersicht musste ich gar vieles unterdrücken, was noch über den Gegenstand zu sagen gewesen wäre. E. Dühring ist nicht einmal erwähnt, ebensowenig das alberne Geschwätz gewisser gallischer *Sociologen*, mit deren Lectüre ich nur Zeit verloren habe. Natürlich war es keineswegs meine Absicht, Driesmans unrecht zu tun, ich hätte seine Werke damals sogar gelesen, wenn sie nur in irgend einer Wiener Bibliothek vorhanden gewesen wären, wo ich sie verlangte.

Mittlerweile habe ich das Versäumte nachgeholt und Driesmans' Werke gelesen. Ich finde Wilsers Kritik vollständig bestätigt, gedenke aber demnächst in einem besonderen Artikel auf Driesmans zurückzukommen.

Noch ein Wort zur *Verrohung*, die mir mein Gegner vorwirft. Ich staune wiederum, wie zartfühlend plötzlich *Rassenheoretiker* werden können. Sonst pflegen die Herren gerade nicht sehr viel Rücksicht auf ihre Gegner zu nehmen, die sie gewöhnlich mit einem verachtungsvollen Hinweis auf ihre vermutete minderwertige Rassenzugehörigkeit abtun, wenn sie es nicht vorziehen, ihre Haltung einfach mit *Bestoehenheit* zu charakterisieren. Man lese, wie höflich Chamberlain *Herrn Mommsen*, Renan, Ranke etc. behandelt oder die einem akademisch gebildeten Grafen Pückler anstehende Art, in der Otto Ammon auf die sachliche Kritik Gumpłowicz' reagierte (vergl. *Deutsche Welt* vom 1. und 8. Juni 1902). — Vielleicht würdigt Driesmans die *Verrohung* seiner Parteileute einmal einer ethischen Betrachtung.

Friedrich Hertz.

Zu Hermann Schneiders Aufsatz *Die unentgeltliche Aukunfterteilung in den Arbeitersecretariaten* (*Socialistische Monatshefte*, 1903, No. 2, pag. 144 ff.) gestatte ich mir, in betreff der Aukunfterteilung im Beuthener Secretariat folgendes zu bemerken.

Im allgemeinen scheint es am Mangel grösserer Berichte zu liegen, dass nicht alles den Tatsachen entspricht, was über das Beuthener Bureau verbreitet wird. So hat zum Beispiel Dr. Soudek in seiner Schrift *Die Deutschen Arbeitersecretariate*

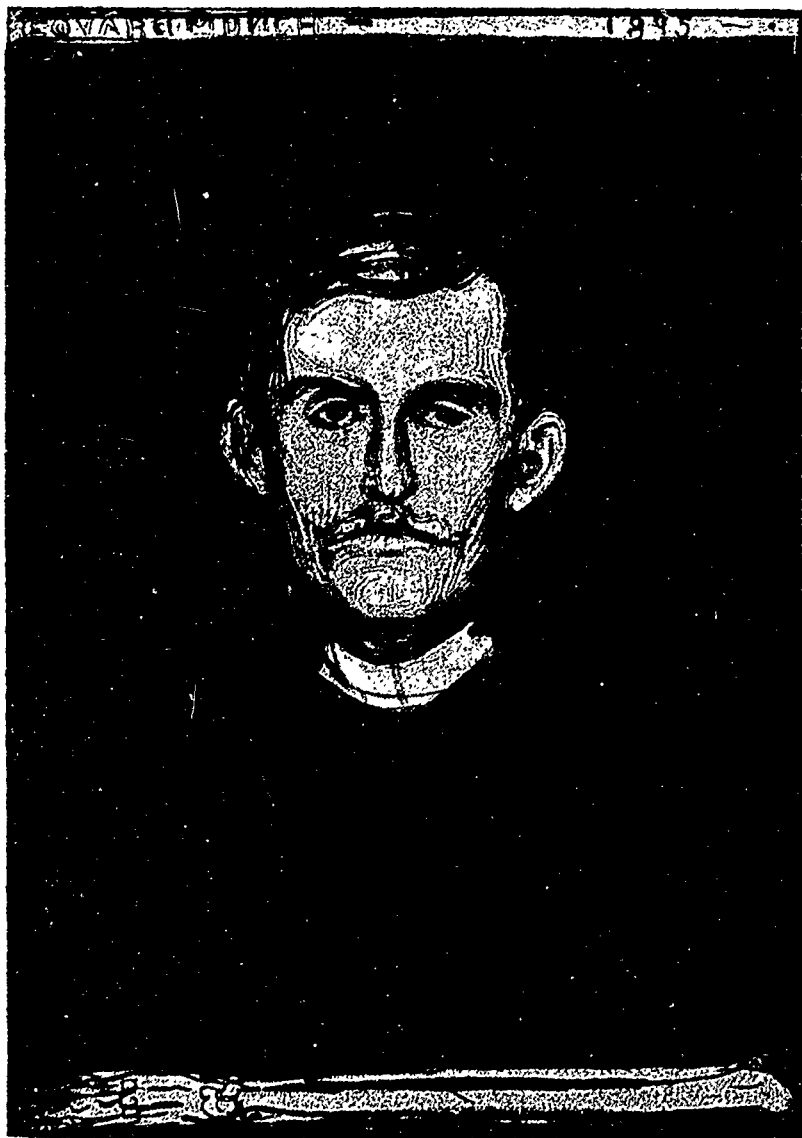
behauptet, das Beuthener Secretariat — Soudek spricht sogar von *oberschlesischen Secretariaten*, obwohl es bisher nur eins giebt — sei *agitaloris causa*, eines Agitators wegen (nicht: *agilationis causa*, der Agitation wegen) gegründet worden. Vielleicht ist dies auch nur ein Druckfehler.

In betreff der unentgeltlichen Rechtsschutzerteilung im Beuthener Secretariat, das seit dem 1. November 1898 besteht, liegt die Sache anders, als Schneider annimmt.

Im Anfange des Bestehens des Secretariats wurde Rechtsschutz an alle Besucher erteilt; das ging Jahr und Tag, bis es infolge des Personenandranges unmöglich wurde. Die Anzahl der Rechtsschutzsuchenden Personen betrug im Jahre 1901 10 783, deren Abfertigung — neben der eine ganz bedeutende gewerkschaftliche Arbeit verrichtet werden musste; die Verwaltung von über 20 teils grossen, teils kleinen Einzelmitgliedschaften der Gewerkschaften, verbunden mit Markenverwenden, Zeitungsexpedition mit circa 400 wöchentlichen Drucksachensendungen — nicht geringe Arbeit machte und uns mit Notwendigkeit bestimmte, die Besucher um einen Teil der Nichtorganisierten zu vermindern, nämlich um die, welche wohl im stande waren, sich zu organisieren, es aber vorzuziehen schienen, den Rechtsschutz auch ohne Beitritt zur Organisation zu benutzen. In dieser Weise ist die Besucherzahl im Jahre 1902 auf 9138 Besucher herabgegangen, weil organisationsfähigen, aber nicht der Organisation beitretenden Personen der Rechtsschutz verweigert wurde. So ist es auch bei der neuerlich auf der Gewerkschaftskonferenz in Wysoki-Brzeg in Galizien erfolgten Reform der Gewerkschaftsverhältnisse des oberschlesischen Industriebezirks für die weitere Zeit festgesetzt worden, dass ausser an Organisierte nur noch an hilflose Invaliden und Witwen Rechtsschutz erteilt werde; die härtere Bestimmung, dass man diese Rechtsschutzbesucher, wenn sie organisationsfähige Anverwandte hätten, diese den Organisationen zuführen sollten, um Rechtsschutz zu erhalten, wurde dagegen abgelehnt.

So steht es um die Erhebung von Gebühren im Beuthener Secretariat; gelegentlich der Rechtsschutzerteilung gezahlte Parteibeiträge, die ab und zu gezahlt werden, haben selbstverständlich mit Gebühren nichts zu tun.

August Winter.



EDVARD MUNCH
Selbstportrait
Nach einer Lithographie